

A
A
0
0
0
2
3
4
0
3
0
5

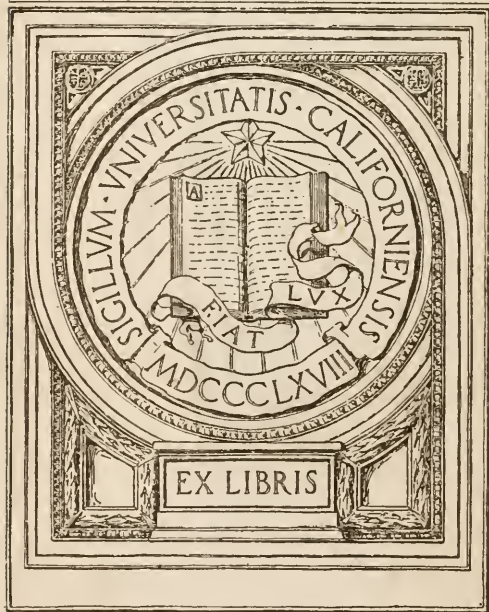


UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY

Kaiser Friedrichs Tagebuch



THE GIFT OF
WILLIAM G. KERCKHOFF
TO THE
UNIVERSITY OF CALIFORNIA
AT LOS ANGELES



THE LIBRARY OF
FRIEDRICH KLUGE

UNIVERSITY of CALIFORNIA
LOS ANGELES
LIBRARY

Digitized by the Internet Archive
in 2008 with funding from
Microsoft Corporation

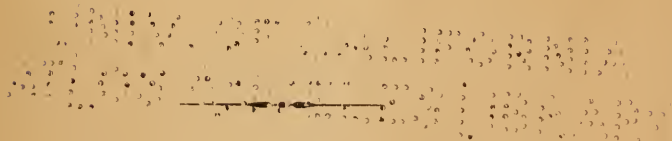
Kaiser Friedrichs Tagebuch

Mit Einleitung und Aktenstücken

Von

Eduard Engel

Erstes bis zehntes Tausend



Halle (Saale)

Heinrich Diekmann Verlagsbuchhandlung

1919

133167

Copyright by
Heinrich Diekmann Verlagsbuchhandlung, Halle (Saale)
1919

Alle Rechte, auch das der Übersetzung, vorbehalten

Einleitung und Aktenstücke.

Am 20. September 1888 wurde das Oktoberheft der Deutschen Rundschau in Berlin ausgegeben. An der Spitze des Heftes, des ersten des 57. Bandes, stand ein Urkundenstück mit der Überschrift: Aus Kaiser Friedrichs Tagebuch. 1870—71 und der Fußnote: „Um jeden Zweifel an dem Ursprung dieser Veröffentlichung auszuschließen, bemerken wir, daß Seine Majestät, der verewigte Kaiser Friedrich, das von ihm während des französischen Feldzuges geführte Tagebuch höchstselbst unserem Einsender mitgeteilt, und daß dieser nur aus Gründen der Diskretion sich auf die nachfolgenden Auszüge aus demselben beschränkt hat, welche geeignet sind, sowohl die edle Persönlichkeit des hohen Verfassers in ihrer vollen Bedeutung hervor- treten zu lassen, als einen wichtigen Beitrag zur Ge- schichte jener großen Zeit zu bilden. Die Redaktion der Deutschen Rundschau“ [Dr. Julius Rodenberg].

Die Überlebenden jener Tage werden sich noch deut- lich des ungeheuren Aufsehens erinnern, das sogleich nach der Ausgabe des Heftes der Deutschen Rund- schau entstand. Nicht bloß in ganz Deutschland und den befreundeten Ländern; auch im mehr oder minder feindlichen oder unfreundlichen Ausland wurde

wochenlang von nichts anderm so anhaltend und so leidenschaftlich gesprochen, geschrieben, gestritten wie von des Kaisers Friedrich Tagebuch. Es war damals in der That so, wie es in einer der Sonderschriften darüber hieß: „Es gibt vielleicht keine Veröffentlichung, die an Wert und Interesse derjenigen gleichkäme, die soeben in der Deutschen Rundschau uns geboten ist. Aus einer großen Zeit, die für die Geschichte unseres Vaterlandes entscheidend war, wird uns das innere Empfinden, das Denken und Fühlen eines Mannes bloßgelegt, das nicht nur mitbestimmend auf die Ereignisse einwirkte, sondern der sich selber als der Träger der Zukunft seines Volkes fühlte. Was sonst erst späten Geschlechtern vergönnt ist, das öffnet sich hier der staunenden Mitwelt: ein Blick in die geheimsten Vorgänge, welche dem äußeren Gange der Geschichte zugrunde lagen“ (Otto Arendt, Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses, in seiner Schrift „Kaiser Friedrich und Fürst Bismarck“).

An die Hervorhebung des außerordentlichen Wertes des Tagebuchs knüpfte dieser Beurteiler die damals fast allgemein übliche philisterhafte Betrachtung der Gefährlichkeit des Erscheinens einer so wichtigen geschichtlichen Urkunde: „Aber gerade darin (in dem „Blick in die geheimsten Vorgänge“) liegt das Bedenkliche, ja das Gefährliche dieser Veröffentlichung. Was den verschwiegene Blättern eines Tagebuchs anvertraut wird, was vielleicht bewährten Freunden mitgeteilt werden kann, darf das der Öffentlichkeit übergeben werden? Niemand hat ein Recht hierzu, unter allen Umständen ist dem Toten ein schweres Unrecht,

dem Vaterlande ein erheblicher Schaden geschehen. — Die Wirkung der Veröffentlichung des Tagebuchs wird eine nachhaltige sein und Schaden stiften, der nicht wieder gut zu machen ist."

Schon hier stehe das durch ein Menschenalter nach der Veröffentlichung des Tagebuchs bestätigte Urtheil unbefangener Zeitgenossen von 1888: Weder dem toten Kaiser Friedrich ist irgendwelches Unrecht, noch dem Vaterlande irgendein Schaden daraus erwachsen, daß 18 Jahre nach den im Tagebuch geschilderten inneren Vorgängen der Schleier ein wenig gelüftet wurde, der die Verdezeit des Deutschen Reiches bis dahin umhüllte hatte. Es war in jenem Falle so gegangen wie überall, wo Wahrheit und Irrtum miteinander im Kampfe gestanden:

„Schädliche Wahrheit“, wie zieh ich sie vor dem „nützlichen Irrtum“,
Wahrheit heilet den Schmerz, den sie vielleicht uns erregt.

(Goethe.)

Untersucht man das damalige redensartige Gejammer über den angeblichen Schaden des kronprinzlichen Tagebuchs, so läuft es auf das in allen solchen Fällen von Mund zu Mund, von Feder zu Feder nachgesprochene und nachgeschriebene Gerede von der Unreife grade des lebenden Geschlechts für die Kenntniß und Würdigung der Wahrheit hinaus.

Wäre das Tagebuch damals nicht erschienen, so ist es sehr fraglich, ob es überhaupt bekannt geworden wäre. Wir wüßten dann noch heute nichts Zuverlässiges von der politischen Gesinnung des Kaisers

Friedrich; gäben uns den größten Irrtümern über den Anteil Wilhelms des Ersten, Ludwigs des Zweiten und anderer deutscher Fürsten an der Gründung der Reichseinheit und des Kaisertums hin; wären des Glaubens, daß um die Wende von 1870 zu 1871 alle politische Einsicht an einer Stelle geherrscht, daß die Schöpfung des Deutschen Reichs ein glattes Unternehmen, die damals beginnende innere Politik Deutschlands die einzig mögliche, ja die einzig in Aussicht genommene gewesen sei. Gerade im grellen Licht unsrer Tage gewinnt das Tagebuch Kaiser Friedrichs eine noch viel tiefere Bedeutung, als 1888 ermessen werden konnte: heute fühlen wir alle, wohl ohne Unterschied der Parteien, welch ein graufiges Verhängnis für das deutsche Volk und Reich es gefügt hat, daß ein ganzes Zeitalter seiner Entwicklung durch den tödlichen Zufall einer Krankheit vernichtet, unmöglich gemacht, ausgeschaltet wurde: das Zeitalter des „freiheitlichen Ausbaus des Reiches“ (S. 151) und des Schmiedens der „Kette zwischen beiden so ganz aufeinander angewiesenen Ländern“ (Deutschland und England, S. 120). Was uns das am 9. November 1918 abgelaufene Zeitalter des schroffen Gegensatzes gegen jene zwei Grundzüge der Politik Friedrichs gebracht hat, sehen heute alle, die Augen zum politischen Sehen haben.

Ein anderer, tiefer blickender, Beurteiler des Tagebuchs, Hans Delbrück, hat schon damals zwischen dem Tagesereignis des Abdrucks und dem dauernden geschichtlichen Werte mit ruhiger Würdigung geschieden: „Die Leidenschaften, welche die Veröffentlichung ‚Aus

dem Tagebuche Kaiser Friedrichs' erregt hat, sind so gewaltig, daß es schwer hält, zu dem Standpunkt unbefangener Würdigung hindurchzudringen. Das Hilfsmittel, dessen man sich zu diesem Zwecke bedienen muß, das den Nebel spaltet und den Blick frei macht, ist eine vollständige Trennung des Inhalts des Tagebuchs selbst von der Tatsache und der Art der Publikation. Man muß suchen, sich in einen Historiker des 20. Jahrhunderts hineinzudenken, der aus den geschichtlichen Dokumenten die Ereignisse und Personen der Vergangenheit unbeirrt vom Interessentkampfe der Gegenwart rekonstruiert. Eine der kostbarsten Fundgruben für seine Arbeit sind ihm solche Tagebücher; sie sind recht eigentlich sein, seine Domäne, sein Erbteil." Dann folgt allerdings eine Wendung, die im letzten Grunde wissenschaftswidrig ist: „Niemals sind ‚Tagebücher‘ für die Mitlebenden bestimmt; ihr Zweck ist, ein Stück des Lebens ihres Schöpfers zu sein, mit ihm zu sterben und erst in der Geschichte wieder aufzuerstehen.“ Gibt es nur eine Geschichte ferner und fernster Vorzeit? Hat nicht jedes Zeitalter das Recht, seine Geschichte mit seinen Mitteln zu erforschen? Hat nicht Lessing das tiefe Wahrwort geschrieben, daß den Namen eines Geschichtschreibers nur der Darsteller der Geschichte seiner Zeit verdient?

Auch Delbrück sprach das Tagesgerede vom Herbst 1888 nach: „So ist ein unwiederbringlicher Schade dem Andenken Kaiser Friedrichs' zugefügt worden durch die vorzeitige Veröffentlichung dieser Blätter. Die Zeit aber wird kommen, wo sie aus den trüben Wassern, durch die sie jetzt gezerrt werden, gerettet als köstliches

Denkmal eines edlen Herzens und deutscher Gesinnung mit ungeteilter Pietät vom deutschen Volke verehrt werden.“ Als ob die Offenbarung eines edlen Herzens und deutscher Gesinnung nicht einen köstlichen Schatz des deutschen Volkes zu jeder Zeit darstellte; als ob sein Wert sich immer erst einem künftigen Geschlecht enthüllen dürfte. War mancher Deutsche, dem im Herbst 1888 kund geworden, welch edles Herz und welche deutsche Gesinnung mit dem unglücklichen Kaiser Friedrich in die frühe Gruft gesunken, hat sich in den letzten dreißig Jahren mehr als einmal an seinem Tagebuch aufgerichtet.

*

Der heutige Geschichtschreiber kann die süßsaure Beurteilung des Tagebuchs nach seinem Erscheinen nur verstehen, wenn er erfährt, welcher Ton von der damals maßgebenden Stelle, also vom Fürsten Bis-
marck, sogleich angeschlagen wurde. Ich bin ein Zeuge mit gutem Gedächtnis dafür, daß Kaiser Friedrichs Tagebuch in den ersten Tagen nach der Ausgabe des Oktoberheftes der Deutschen Rundschau, etwa bis zum 24. September 1888, in den gebildetsten Kreisen Deutschlands nur mit den Gefühlen innigen sachlichen Anteils, ja fast durchweg mit heller Freude am Inhalt, jedenfalls mit dankbarer Liebe für den Verfasser gelesen wurde. Die Presse aller Richtungen erkannte sogleich den vollen Wert dieser geschichtlichen Urkunde, brachte reiche Auszüge, und selbst ein Blatt wie die „Post“, das sich ganz im amtlichen Fahrwasser bewegte, kam aus sich nicht auf den Gedanken, daß das Tage-

buch dem Reiche schädlich sein könne; es werde „ohne Zweifel dazu beitragen, das Andenken Kaiser Friedrichs in dem Herzen des deutschen Volkes zu festigen und zu heben, die Liebe zu dem so früh Hingeschiedenen noch zu stärken“.

Bismarck, der damals in Friedrichsruh weilte, wird das Tagebuch am 21. September gelesen haben. An die Norddeutsche Allgemeine Zeitung erging sogleich seine Weisung, bekannt zu geben, daß der Reichskanzler das Tagebuch für „apokryph“, also unecht, gefälscht, erkläre, daß die Veröffentlichung ohne Wissen des Kaisers erfolgt sei — was sich für jedermann von selbst verstand —, und über den Inhalt die Behauptung: „Was den Text des angeblichen Tagebuchs des verewigten Kaisers Friedrich betrifft, so enthält dasselbe nach den Erinnerungen der bei den Ereignissen beteiligten Persönlichkeiten [die in dem Augenblick noch gar nicht befragt sein konnten] so starke chronologische und tatsächliche Irrtümer, daß die Echtheit bezweifelt werden muß. Namentlich ist es ausgeschlossen, daß der ganze Inhalt von dem Kronprinzen selbst herrührt und täglich also in frischer Erinnerung von ihm aufgezeichnet worden ist.“ Durch dieses erste Donnerrollen erfuhr die politische Welt am 24. September, daß Bismarck heftigen Anstoß am Inhalt des Tagebuchs genommen, und die nunmehr beginnende schärfere Mißbilligung in dem amtlich beeinflussten Teil der deutschen Presse ist hierauf, wohl auch auf unmittelbare Winke aus Friedrichsruh zurückzuführen.

Parteihaß kam hinzu: die entschieden liberale Presse hielt mit ihrem sachlich unbestreitbaren Urteil

nicht zurück, daß Kaiser Friedrichs Tagebuch ihn als Anhänger einer freisinnigen Innenpolitik des neuen Reiches offenbare, und es mutet den heutigen Leser seltsam an, daß dieser sich durch das ganze Tagebuch hinziehende Zukunftsgedanke des Kaisers überhaupt bestritten werden konnte. Neuwahlen zum Reichstag standen bevor, — also mußte die amtlich beeinflusste und die freiwillige Regierungspreffe, die des sogenannten „Kartells der regierungsfreundlichen Parteien“, den liberalen Geist des verstorbenen zweiten Kaisers und seines Tagebuchs bestreiten. Nannte die „Berliner Volkszeitung“ dieses „ein Denkmal dauernder als Erz, einen Wegweiser auf dem Pfade, auf dem das Volk allein zur Freiheit und zum Frieden, zu den hohen Gütern der modernen Gesittung gelangen kann“; prophezeite sie: „Die kürzeste Regierung, die je ein deutscher Kaiser, ein preussischer König geführt hat, wird am längsten dauern im Gedächtnisse der Menschen“, so schwafelten Blätter, die liebedienerisch den jungen Kaiser Wilhelm für ihre Parteizwecke gewinnen wollten, die Liberalen hätten „diesen wertvollen Beitrag für die Geschichtschreibung unter den Händen gestohlen, um Krücken für eine schwindstüchtig gewordene Partei zu gewinnen“, ohne eine Ahnung zu haben, welcher Partei der Veröffentlichter des Tagebuchs angehörte. Er mußte unbedingt in den Reihen der Liberalen zu suchen sein, wahrscheinlich unter den mancherlei nord- und süddeutschen freisinnigen Männern, die dem verewigten Kaiser schon als Kronprinzen nahegestanden. Immer mit der Spitze gegen die verhassten Liberalen, auf die allein der Abdruck des Tage-

buchs zurückzuführen sei, bewegte sich der heftige Angriff der konservativen und freikonservativen, zum Teil der nationalliberalen Blätter. In der sichern Erwartung, daß ein Liberaler als Übeltäter entdeckt werden würde, der dem deutschen Volke den urkundlichen Beweis für die liberale Grundanschauung des Kaisers Friedrich geliefert hätte, schrieb ein freikonservativer Klopffechter jener Tage: „Wir fordern, daß alles aufgeboten werde, um den Urheber der Veröffentlichung zu entlarven und an den Pranger zu stellen.“

*

Am 23. September führte Bismarck seinen, wie er glaubte, vernichtenden Schlag gegen die vermeintliche liberale Verschwörung, der das Erscheinen des ihm verhaßten Tagebuches zuzuschreiben wäre. Aus Friedrichsruh erging folgender Bericht nebst Antrag an Kaiser Wilhelm 2.:

Der Ministerpräsident hat auf Allerhöchsten Befehl das nachfolgende Schreiben an den Justizminister gerichtet:

Berlin, den 25. September 1888. — Ew. Erzellenz beehre ich mich in der Anlage Abschrift eines Immediatberichtes vom 23. d. M. mit der Eröffnung ergebenst mitzuteilen, daß Se. Majestät den von mir darin gestellten Schlufantrag genehmigt, die Veröffentlichung des Berichtes befohlen und mich beauftragt haben, Ew. Erzellenz um Ausführung der Allerhöchsten Willensmeinung zu ersuchen.

von Bismarck.

An den Königlichen Staats- und Justizminister Herrn
Dr. von Friedberg, Excellenz.

Der in dem Schreiben in Bezug genommene Immediatbericht vom 23. d. M. lautet wie folgt:

Friedrichsruh, den 23. September 1888.

Auf Ew. Kaiserlichen Majestät Befehl beehre ich mich bezüglich des in der Deutschen Rundschau veröffentlichten angeblichen Tagebuchs des Hochseligen Kaisers folgendes zu berichten:

Ich halte dieses „Tagebuch“ in der Form, wie es vorliegt, nicht für echt. Se. Majestät, der damalige Kronprinz, stand 1870 allerdings außerhalb der politischen Verhandlungen und konnte deshalb über manche Vorgänge unvollständig oder unrichtig berichtet sein. Ich besaß nicht die Erlaubnis des Königs, über intimere Fragen unserer Politik mit Sr. Königlichen Hoheit zu sprechen, weil Se. Majestät einerseits Indiskretionen an den von französischen Sympathien erfüllten englischen Hof fürchteten, andererseits Schädigungen unserer Beziehungen zu den deutschen Bundesgenossen, wegen der zu weit gesteckten Ziele und der Gewaltsamkeit der Mittel, die Sr. Königlichen Hoheit von politischen Ratgebern zweifelhafter Befähigung empfohlen waren. Der Kronprinz stand also außerhalb aller geschäftlichen Verhandlungen. Nichtsdestoweniger ist es kaum möglich, daß bei täglicher Niederschrift der empfangenen Eindrücke so viele Irrtümer tatsächlicher, namentlich aber chronologischer Natur in den Aufzeichnungen enthalten sein könnten. Es scheint vielmehr, daß entweder die täglichen Auf-

zeichnungen selbst, oder doch spätere Vervollständigungen von jemand aus der Umgebung des Kronprinzen herrühren. Gleich in den ersten Zeilen wird gesagt, daß ich am 13. Juli 1870 den Frieden für gesichert gehalten hätte, und deshalb nach Varzin zurückkehren wollte, während attestmäßig feststeht, daß Se. Königliche Hoheit schon damals wußte, daß ich den Krieg für notwendig hielt und nur unter Rücktritt aus dem Amt nach Varzin zurückkehren wollte, wenn er vermieden würde, und daß Se. Königliche Hoheit hierin mit mir einverstanden war, wie das auch in den angeblichen Aufzeichnungen vom 15. noch auf der ersten Seite des Abdruckes mit den Worten ausgesprochen ist, daß der Kronprinz mit mir darüber vollkommen einverstanden war, daß „Frieden und Nachgeben bereits unmöglich seien“. Es ist auch (S. 77) nicht richtig, daß Se. Majestät der König damals nichts Wesentliches gegen die Mobilmachung eingewendet hätte. Se. Majestät glaubte, und der Kronprinz wußte dies, den Frieden noch halten und dem Lande den Krieg ersparen zu können; Se. Majestät war in Brandenburg und während der ganzen Fahrt von da nach Berlin meiner Befürwortung der Mobilmachung unzugänglich. Aber sofort nach Vorlesung der Olivierschen Rede auf dem Berliner Bahnhofe, und nachdem Se. Majestät mir die wiederholte Vorlesung der Rede befohlen hatte und dieselbe als gleichbedeutend mit französischer Kriegserklärung ansah, entschloß der König sich proprio motu und ohne weiteres Zureden zur Mobilmachung. Se. Königliche Hoheit der Kronprinz, über die Notwendig-

keit der vollen Mobilmachung bereits am Tage vorher mit mir einverstanden, hat dann weitere Schwankungen durch Verkündigung der Königlichen Entschliehung mit den Worten „Krieg! mobil!“ an das Publikum, d. h. an die anwesenden Offiziere, abgeschnitten. Es ist ferner nach meinen damaligen Besprechungen mit dem Kronprinzen nicht möglich, daß Se. Königliche Hoheit (S. 83) mit diesem Kriege einen „Ruhcpunkt im Kriegsföhren vorausgesehen“ haben soll, da Se. Königliche Hoheit die allgemeine Überzeugung teilte und zum Ausdruck brachte, daß dieser Krieg, wie er auch ausfallen möge, „die Eröffnung einer Reihe von Kriegen“, eines „kriegerischen Jahrhunderts“ sein werde, dennoch aber unvermeidlich sei. S. 90 scheint unmöglich, daß der Kronprinz gesagt habe: „Er sehe die Verleihung des Eisernen Kreuzes an Nicht-Preußen mit Mühe durch“; da ich noch in Versailles, also Monate später, im Auftrage des Königs den Kronprinzen wiederholt zu bitten gehabt habe, mit der Verleihung des Eisernen Kreuzes auch an Nicht-Preußen vorgehen zu wollen, und Se. Königliche Hoheit dazu nicht sofort geneigt fand, es vielmehr wiederholter Anregung Sr. Majestät bedurfte, um die befohlene Maßregel in Fluß zu bringen. Besonders auffällig bei Prüfung der Echtheit ist der chronologische Irrtum, daß eine lebhaftere Diskussion mit mir über die Zukunft Deutschlands und die Stellung des Kaisers zu den Fürsten erst in Versailles stattgefunden habe. Dieses Gespräch fand schon am 3. September in Donchéry statt, und teilweis bei einer noch früheren Verhandlung von mehrstündiger Dauer, von

welcher ich mich nur entsinne, daß sie zu Pferde, also wahrscheinlich bei Beaumont oder Sedan stattfand. In Versailles haben Erörterungen von Meinungsverschiedenheiten zwischen Sr. Königlichen Hoheit und mir über die künftige Verfassung Deutschlands nicht mehr stattgefunden. Ich darf vielmehr annehmen, daß Se. Königliche Hoheit Sich von der Richtigkeit der von mir für das Erreichbare gezogenen Grenze überzeugt hatte; denn ich habe mich bei den wenigen Gelegenheiten, wo die Zukunft Deutschlands und die Kaiserfrage in Gegenwart beider Höchsten Herrschaften zur Sprache kam, des Einverständnisses Sr. Königlichen Hoheit den Bedenken Se. Majestät gegenüber zu erfreuen gehabt. Die Behauptung des „Tagebuchs“, daß Se. Königliche Hoheit beabsichtigt haben könne, Gewalt gegen unsere Bundesgenossen anzuwenden und denselben eventuell die von ihnen treu gehaltenen und mit ihrem Blute besiegelten Verträge zu brechen, ist eine Verleumdung des Hochseligen Herrn. Derartige vom Standpunkt des Ehrgefühls wie von dem der Politik gleich verwerfliche Gedanken mögen in der Umgebung Sr. Königlichen Hoheit Vertreter gefunden haben, aber sie waren zu unehrlich, um in seinem Herzen, und zu ungeschickt, um bei seinem politischen Verstande Anklang zu finden.

Ebensowenig stimmt mit den Tatsachen, was in dem „Tagebuch“ bezüglich meiner Stellung zur Kaiserfrage 1866 oder zur Infallibilitätsfrage oder zu der des Oberhauses und der Reichsministerien angeführt ist. Der Kronprinz ist nie darüber zweifelhaft gewesen, daß das Kaisertum 1866 weder möglich noch

nützlich gewesen wäre, und ein „Norddeutscher Kaiser“ wohl ein „Empereur“, aber kein geschichtlich berufener Vermittler der nationalen Wiedergeburt Deutschlands gewesen sein würde. Ebenso war die Oberhausidee in Donchéry am 3. September zwischen uns abgetan und Se. Königliche Hoheit überzeugt, daß die deutschen Könige und Fürsten für eine Annäherung ihrer Stellung an die der preußischen Herrrenturie nicht zu gewinnen sein würden.

Die Infallibilität war mir stets gleichgültig; ich hielt sie für einen fehlerhaften Schachzug des damaligen Papstes und bat Se. Königliche Hoheit, diese Frage während des Kriege's wenigstens ruhen zu lassen; aber den Eindruck, daß ich sie nach dem Kriege betreiben wolle, kann Se. Königliche Hoheit niemals gehabt und in ein täglich geführtes „Tagebuch“ eingetragen haben.

S. 92 wird berichtet, daß Se. Majestät der König den Entwurf zu dem Briefe an den Kaiser Napoleon an Graf Hasfeldt diktiert habe; der Kronprinz war zugegen, als der König mir befahl, den Brief zu entwerfen, und dieser Entwurf vom Grafen Hasfeldt der Allerhöchsten Genehmigung durch Vorlesen unterbreitet wurde; es ist auch hier nicht glaublich, daß bei einer täglichen Einzeichnung ein derartiger Irrtum vorkommen konnte.

Ich halte nach allem diesem das „Tagebuch“ in der Form, wie es in der Rundschau abgedruckt ist, für unecht. Wenn es echt wäre, so würde auf seine Veröffentlichung meiner Ansicht nach der Artikel 92 des Strafgesetzbuchs Anwendung finden, welcher lautet:

„Wer vorsätzlich Staatsgeheimnisse oder Nachrichten, deren Geheimhaltung für das Wohl des Deutschen Reichs erforderlich ist, öffentlich bekannt macht“, usw. Wenn es überhaupt Staatsgeheimnisse gibt, so würde dazu, wenn sie wahr wäre, in erster Linie die Tatsache gehören, daß bei Herstellung des Deutschen Reichs Kaiser Friedrich die Absicht vertreten hätte, den süd-deutschen Bundesgenossen die Treue und die Verträge zu brechen und sie zu vergewaltigen. Eine Anzahl anderer Anführungen, wie die angeblichen Urteile Er. Königlichen Hoheit des Kronprinzen über Ihre Majestäten die Könige von Bayern und Württemberg, die Anführungen über den Brief des Königs von Bayern und dessen Entstehung, die angeblichen Intentionen der preußischen Regierung gegenüber der Infallibilität fielen, wenn sie wahr waren, ganz zweifellos in die Kategorie der Staatsgeheimnisse und der Nachrichten, deren Veröffentlichung den Bestand und die Zukunft des Deutschen Reichs, die auf der Einigkeit seiner Fürsten wesentlich beruhen, gefährdet, also unter Artikel 92 des Strafgesetzes.

Wird die Publikation für echt gehalten, so liegt der Fall des Artikels 92 I des Strafgesetzbuchs vor; wenn aber, wie ich annehme, die Veröffentlichung eine Fälschung ist, so tritt vielleicht in erster Linie der Artikel 92 II in Wirksamkeit, und wenn über dessen Zutreffen juristische Zweifel obwalten sollten, so werden außer Artikel 189 wegen Beschimpfung des Andenkens Verstorbenen, wie ich glaube, auch andere Artikel des Strafgesetzes die Unterlage eines gerichtlichen Einschreitens bilden können, durch welches wenigstens die

Entstehung und die Zwecke dieser strafbaren, für die Hochseligen Kaiser Friedrich und Wilhelm und für andere verleumderische Publikation ans Licht gezogen werden können. Daß dies geschehe, liegt im Interesse der beiden Hochseligen Vorgänger Ew. Majestät, deren Andenken ein wertvolles Besitztum des Volkes und der Dynastie bildet, und vor der Entstellung bewahrt werden sollte, mit welcher diese anonymen, im Interesse des Umsturzes und des inneren Unfriedens erfolgte Veröffentlichung in erster Linie sich gegen den Kaiser Friedrich richtet.

In diesem Sinne bitte ich Ew. Majestät ehrfurchtsvoll, mich huldreich ermächtigen zu wollen, daß ich dem Justizminister Allerhöchster Aufforderung zu-gehen lasse, die Staatsanwaltschaft zur Einleitung des Strafverfahrens gegen die Publikation der „Deutschen Rundschau“ und deren Urheber anzuweisen.

von Bismarck.

An Seine Majestät den Kaiser und König.

Am 25. September eröffnete Bismarck dem preussischen Justizminister von Friedberg, daß der Kaiser den Abdruck dieses Berichtes im Reichsanzeiger genehmigt und der Strafverfolgung des Veröffentlichers des Tagebuchs zugestimmt habe. Der Bericht erschien am Abend des 27. Septembers; er erregte einen Sturm in der öffentlichen Meinung, der Monate hindurch nicht zur Ruhe kam und sich erst nach dem Beschluß des Reichsgerichts (S. 60) allmählich legte.

Heute darf, ja muß um der geschichtlichen Wahrheit willen rückhaltlos ausgesprochen werden, was in keiner früheren Erörterung des Tagebuchs Kaiser Friedrichs angedeutet, geschweige offen dargelegt wurde: die unheilvolle Wirkung der Erlaubnis Wilhelms 2. zum Abdruck des Berichtes des Fürsten Bismarck. Wer als denkender Mann jene Tage des Herbstes 1888 durchlebt hat, der weiß, daß damals der erste starke Anstoß gegeben wurde zur Herzensabkehr eines sehr großen Teiles des deutschen Volkes von Kaiser Friedrichs Nachfolger. Man prüfe Bismarcks Bericht auf dessen schwere offene oder durchsichtig verhüllte Anklagen und Verdächtigungen des Kaisers Friedrich und der Kaiserin Viktoria, und vergegenwärtige sich: solche Beschuldigungen seines Ministers ließ ein Sohn gegen seine Eltern öffentlich erheben, denen der Tod und die Scheu vor öffentlichem Zank um einen Toten den Mund versiegelten!

Die Stimmung im deutschen Volke, besonders im Bürgertum, keineswegs nur im freisinnigen, war schon zur Zeit der Veröffentlichung des Tagebuchs dem jungen Kaiser gegenüber nicht freundlich. Am 16. August 1888 hatte er in einer Rede bei der Enthüllung eines Denkmals für den Prinzen Friedrich Karl in Frankfurt an der Oder den wohlgemeinten, aber im Ausdruck höchst anstößigen Satz gesprochen: „Darüber kann nur eine Stimme sein, daß wir lieber unsre gesamten 18 Armeekorps und 42 Millionen Einwohner auf der Strecke liegen lassen, als daß wir einen einzigen Stein von dem, was mein Vater und der Prinz Friedrich Karl errungen haben, abtreten.“ Und

am 23. August wurden zu Sonnenburg beim Festmahl des Johanniterordens die unglückseligen Worte gesprochen, die vom deutschen Bürgertum mit Recht als eine schwere Kränkung, zugleich als schlagender Beweis rückständiger politischer Bildung empfunden wurden: „Zur Hebung und moralischen sowie religiösen Kräftigung und Entwicklung des Volkes brauche ich die Unterstützung der Edelsten desselben, meines Adels.“ Daß dieser Ausspruch kein Augenblinseinfall war, bewies Wilhelm 2. einige Jahre darauf durch seine Rede auf einem Vermählungsfest — 15. 10. 1890 —: „Dieser Gehorsam [vielmehr Ungehorsam, der alten märkischen Adelsgeschlechter gegenüber den ersten brandenburgischen Kurfürsten] verwandelte sich bald in Hingebung und Treue und stellte ein schönes Band her zwischen den Trägern der Krone und den Edelsten der Nation.“

In der gereizten Stimmung über den Adel als die „Edelsten des Volkes“ las man den mit ausdrücklicher Genehmigung des Kaisers veröffentlichten Bericht Bismarcks über das Kronprinzliche Tagebuch. Darin stand also zu lesen: daß König Wilhelm 1. seinem leitenden Minister verboten habe, „über intimere Fragen unserer Politik mit dem Kronprinzen zu sprechen, weil Seine Majestät Indiskretionen an den von französischen Sympathien erfüllten englischen Hof fürchteten“, in schlichtem Deutsch: Landesverrat des Kronprinzen und seiner Gemahlin über England an Frankreich. — Da wurde die Wahrheitsliebe des Kronprinzen bestritten, weil dieser behauptete, für die Verleihung des Eisernen Kreuzes an Nicht-

preußen eingetreten zu sein, während er im Gegenteil Schwierigkeiten dagegen erhoben habe. — Die Niederschrift des Kronprinzen über Bismarcks Vorhaben, nach dem Kriege gegen die Unfehlbarkeit aufzutreten, wurde als Unwahrheit bezeichnet, denn nichts anderes bedeutet der Ausdruck: „ebensowenig stimmt mit den Tatsachen.“ — Endlich wurde dem Kronprinzen vorgeworfen, er habe „bei Herstellung des Deutschen Reiches die Absicht verraten, den süddeutschen Bundesgenossen die Treue und die Verträge zu brechen und sie zu vergewaltigen“.

Die Verschleierung aller dieser Beschuldigungen des Kaisers Friedrich durch die Spiegelfechtereie mit der angeblichen „Unechtheit des Tagebuchs“ war so durchsichtig, daß sie keinen Leser überzeugte. Man fühlte, Fürst Bismarck sei von der Echtheit des Tagebuchs ebenso überzeugt wie alle Welt, habe aber im ersten Zorn über viele ihm persönlich und sachlich unangenehme Enthüllungen seinen Feldzug gegen eine geschichtliche Urkunde eröffnet, die der bis dahin geltenden Legende in wichtigen Punkten widersprach.

Den stärksten Antrieb aber zu Bismarcks Bericht und Strafantrag hat jedenfalls der Wunsch gegeben, den Urheber der Veröffentlichung zu entdecken. Bismarck glaubte, wie nahezu jedermann, dahinter stecke eine Verschwörung gegen ihn, gegen seine gegenwärtige und geschichtliche Geltung. Er dachte an einen der liberalen Staatsmänner, denen der Kaiser Friedrich einst sein Vertrauen geschenkt; hoffte einen liberalen Nachfolger Harry von Arnims entdecken und vernichten zu können; wollte auch wohl eine entscheidende Kraft-

probe mit der Willfährigkeit des jungen Kaisers anstellen. Sie gelang ihm, wenigstens für den Augenblick; ob die Nachwirkung der zugemuteten Ungeheuerlichkeit, das Andenken des Vaters in voller Öffentlichkeit zu bemakeln, nicht mitbestimmend geworden für Bismarcks Sturz nach 18 Monaten, läßt sich nur vermuten; unwahrscheinlich ist es nicht. Sowohl der klägliche Verlauf des Strafverfahrens wie die rücksichtslosen Pressestimmen über Bismarcks Anklagebericht müssen Wilhelm 2. tief erschüttert haben. Hatte die dem Ankläger gefällige Presse die Phrase vom „Schaden für das monarchische Gefühl“ aus dem Inhalt des Tagebuchs in den ersten Tagen nach dessen Erscheinen bis zum Überdruß nachgeplappert, so wurde nach der Veröffentlichung des Bismarckschen Berichtes von den unabhängigen Zeitungen mit überzeugendem Ernst nachgewiesen, welche Verletzung des monarchischen Gefühls, d. h. der Ehrerbietung vor einem Deutschen Kaiser und Könige von Preußen, in der breit ausgesponnenen Beweisführung liege, in den entscheidenden Schicksalsstunden nichts gewußt, sich in allem geirrt, täglich Wahrheitswidrigkeiten in sein Tagebuch eingetragen zu haben, obendrein geneigt gewesen zu sein, lebenswichtige Staatsgeheimnisse an England und dadurch an Frankreich zu verraten.

Am schärfsten sprach sich das damals sehr einflußreiche „Deutsche Wochenblatt“ der Konservativen gegen Bismarcks Bericht, jedenfalls gegen dessen Veröffentlichung aus: „Gegen die Feststellung einer Meinungsverschiedenheit (zwischen dem Kronprinzen und dem König oder Kanzler) wäre weniger zu bemerken; aber

die Befürchtung der Indiskretion wichtigster Staatsgeheimnisse enthält eine Anklage, wie sie schwerer gegen einen Hohenzollernfürsten überhaupt nicht erhoben werden kann."

*

Völlig verfehlt waren Bismarcks Versuche, die Un-
 echtheit des Tagebuchs mit allerlei einseitigen Behaup-
 tungen über dessen Widersprüche mit den geschichtlichen
 Tatsachen zu beweisen. Schon auf den ersten Blick
 leuchtet ein, daß das vertrauliche Tagebuch eines Man-
 nes in der Stellung, wie sie der Kronprinz eingenommen,
 einen höheren Grad geschichtlicher Tatsachenwahrheit
 darstellt als die Erinnerung Bismarcks nach 18 Jahren.
 Der Kronprinz, der Tag für Tag auf frischer Tat seine
 Aufzeichnungen eintrug, hat auf keinen Fall eine ab-
 sichtliche Unwahrheit oder Entstellung der Wahrheit
 begangen. Wenn er z. B. niederschrieb, daß Bismarck
 nach dem Kriege gegen die, damals in Rom verkündete,
 Unfehlbarkeit des Papstes vorgehen wolle, so hat er
 das nicht erfunden, sondern sich auf eine so oder ähn-
 lich lautende Äußerung Bismarcks gestützt. Und wenn
 er von des alten Königs Abneigung gegen die Kaiser-
 würde spricht, so ist auch das nicht aus der Luft ge-
 griffen, sondern aus unmittelbarem Eindruck geschöpft.
 Die „vielen Irrtümer tatsächlicher, namentlich aber
 chronologischer Natur“, die Bismarck dem Tagebuch
 vorwirft, werden durch nichts anderes glaubhaft ge-
 macht, als durch seine abweichenden Erinnerungen —
 nach 18 Jahren. Diese ganze Beweisführung Bis-
 marcks ist geschichtswissenschaftlich hodenlos. Sie er-

scheint uns heute noch unhaltbarer, seitdem wir wissen, wie merkwürdig unsicher Bismarcks Gedächtnis an wichtige geschichtliche Vorgänge seines eignen Lebens war: es gibt eine ganze Literatur über seine offenbaren Gedächtnisfehler in den „Gedanken und Erinnerungen“.

Nein, es bleibt dabei, daß Kaiser Friedrichs Tagebuch eine der glaubwürdigsten Quellen zur Geschichte der Gründung des Deutschen Reiches ist und daß es überall da, wo nur eine Behauptung Bismarcks aus dem Gedächtnis entgegensteht, den Vorrang beanspruchen darf. Für die Übereinstimmung der schriftlichen Aufzeichnungen des Kronprinzen mit dessen gleichzeitigen mündlichen Äußerungen haben wir Gustav Freytags ausdrückliches Zeugnis (S. 34).

S *

Am 26. September 1888 verfügte der Justizminister von Friedberg ein Untersuchungsverfahren wegen des Abdrucks des Tagebuchs und untersagte die Verbreitung des Heftes der Deutschen Rundschau. Hierauf gab sich der Veröffentlichende zu erkennen, stellte sich von Helgoland aus dem Gericht und wurde am 29. September in Hamburg verhaftet. Er war kein Liberaler, sondern ein sich zur konservativen Richtung bekennender Mann, der Geheime Justizrat Professor Heinrich Geffcken, geboren am 9. Dezember 1830 zu Hamburg, früher Lehrer der Staatswissenschaften an der Straßburger Universität, seit 1882 wegen Kränklichkeit im Ruhestand. Aus seiner Gegnerschaft gegen Bismarck hatte er nie ein Hehl gemacht. Dem Kron-

prinzen hatte er lange so nahe gestanden, daß dieser ihn im Jahre 1885 nach einem schweren Ohnmachtsanfall des alten Kaisers mit der Abfassung der bei einem Thronwechsel zu veröffentlichenden kaiserlichen Erlasse betraute. Ihm war auch eine der Abschriften des Tagebuchs anvertraut worden, allerdings nicht zur Veröffentlichung. Im Gegenteil, daß diese ein Vertrauensmißbrauch war, muß zugegeben werden; nur hatte Gessén geglaubt, dem Andenken Kaiser Friedrichs durch den Abdruck einen guten Dienst zu erweisen. Heute, wo alle Leidenschaften jener Tage ausgeglüht sind, kann man nur die Tatsache feststellen: ohne Gesséns Eigenmächtigkeit wüßten wir grade das Beste vom Kaiser Friedrich nicht, und ohne das Tagebuch ermangelte die Geschichtschreibung einer wichtigen Quelle zur Kenntniss der Geburtszeit des Reiches. Längst ist der laute Lärm über die Art der Veröffentlichung des Tagebuchs verhallt; die Hauptsache, das Tagebuch selbst und die darin enthaltene Belehrung, ist uns geblieben. Das neue Geschlecht weiß nichts mehr von Gessén, nichts von dem aufregenden Verfahren gegen ihn, ja kaum etwas von Bismarcks und Wilhelms 2. Anteil an einer Begebenheit, die damals vier Monate hindurch ganz Deutschland in Atem gehalten hat.

Während die Untersuchung gegen Gessén ihren Gang ging, verfolgte Bismarck sein Ziel, den Kaiser Friedrich und dessen Gemahlin im Lichte staatsgefährlicher „Indiskretionen“ an Deutschlands Feinde zu zeigen, mit noch bedenklicheren Mitteln. Eine amtlich eingehauchte Mitteilung der Kölnischen Zeitung

vom 15. Dezember 1888 besagte, daß es „aus Anlaß des Geffdenschen Prozesses notwendig geworden, Ermittlungen über die Beziehungen des jetzigen englischen Botschafters am russischen Hofe, Sir Robert Morier, zu inneren deutschen Verhältnissen anzustellen. Bei dieser Gelegenheit ist eine Äußerung des Marschalls Bazaine zur Sprache gekommen, wonach derselbe im August 1870 die erste Nachricht über den Vormarsch der deutschen Heere über die Mosel auf Meldung des damaligen englischen Geschäftsträgers in Darmstadt, desselben Morier, über London und Paris erhalten habe. Sollte erwiesen werden, daß ein englischer Diplomat in Darmstadt im Jahre 1870 dem Verteidiger von Metz auf dem mittelbaren Wege über London und Paris Mitteilungen über die Bewegungen der deutschen Armeen gesandt habe, so würde dies allerdings ein höchst eigentümliches Licht auf manches werfen, was der öffentlichen Meinung in seinem vollen Umfange bisher noch nicht bekannt geworden ist.“ Und nun folgte die giftige Verdächtigung, Morier habe sich in so hohem Grade der Gunst und des Vertrauens der kronprinzlichen Herrschaften erfreut, daß seine angebliche Berufung auf den Berliner Botschafterposten von der englischen Regierung beabsichtigt gewesen sei. „Morier wurde jedoch nicht dazu ausersehen, und zwar weil in den Berliner maßgebenden Kreisen die sehr stark begründete Vermutung vorlag, der Genannte habe die Bevorzugung, deren er sich während seines früheren Aufenthalts in Berlin seitens des kronprinzlichen Hofes zu erfreuen gehabt, in einer Weise verwertet, daß in Rücksicht auf unsere

Politik seine anderweitige Verwendung erwünscht erscheinen müsse." Also wiederum das unverhüllte Streben, den inhaltlichen Wert des Tagebuchs dadurch herabzusetzen, daß dem Kronprinzlichen Schreiber die auffallende Bevorzugung eines englischen angeblichen Spions nachgesagt wurde. Eine öffentliche Erklärung Moriars, die durch einen Brief Bazaines bestätigt wurde, stellte fest, daß jene Verdächtigung vollkommen grundlos war und daß zwischen beiden nie die geringste Beziehung bestanden hatte.

*

Die Anklageschrift des Oberreichsanwalts Lessendorff beim Reichsgericht gegen Geffken vom 16. Dezember 1888 hatte im wesentlichen folgenden Wortlaut:

Die in Berlin von dem Schriftsteller Dr. Julius Rodenberg herausgegebene und von dem Verlagsbuchhändler Edwin Paetel verlegte und redigierte Zeitschrift Deutsche Rundschau brachte in dem am 20. September 1888 ausgegebenen Oktoberheft an erster Stelle einen Aufsatz mit der Überschrift: „Aus Kaiser Friedrichs Tagebuch 1870—71“.

Diese Veröffentlichung erregte das größte Aufsehen. Sie wurde, wie notorisch, alsbald, und zwar fortgesetzt von der inländischen regierungsbeziehungsweise reichsfeindlichen Presse für Parteizwecke und von der ausländischen deutschfeindlichen Presse zu Verdächtigungen der Politik des Deutschen Reichs ausgebeutet. Der anfangs angeregte Verdacht einer Fälschung fand sich nicht bestätigt. Der

Verleger und Redakteur Paetel machte, nachdem er zuerst jede Auskunft über den Einsender des Manuscripts verweigert hatte, auf den Vorhalt, daß ein Verbrechen gegen den § 92 des Strafgesetzbuchs in Frage stände, den Angeschuldigten als den Einsender namhaft. Der letztere, welcher sich am 23. September 1888 von Hamburg nach Helgoland begeben hatte, von dort aber, nachdem am 28. desselben Monats in seiner Wohnung eine gerichtliche Durchsuchung stattgefunden hatte, auf Veranlassung seiner Familie am 29. desselben Monats zurückgekehrt und bei seiner Rückkehr verhaftet worden war, hat über seine Autorschaft und seine Bezugsquelle folgende Angaben gemacht:

Der hochselige Kaiser Friedrich, dem er während der gleichzeitigen Studienzeit in Bonn bekannt geworden sei, und der ihm, während er in der Zeit von 1856 bis 1868 in Berlin beziehungsweise London als hanseatischer Ministerresident fungiert, und auch später großes Wohlwollen bewiesen, habe ihn im Februar 1873, wo er Professor an der Universität Straßburg gewesen sei, nach Wiesbaden, wo der hohe Herr damals zur Kur geweißt, eingeladen und ihm bei seinem Besuch zu Ende Februar oder Anfang März 1873 ein Tagebuch über die Ereignisse der Kriegsjahre 1870 bis 71 zur Einsicht mit der Erlaubnis zugehen lassen, dasselbe nach Karlsbad, wohin er sich demnächst zur Kur begeben habe, mitzunehmen. Nach etwa drei Wochen habe er das Tagebuch dem damaligen Kronprinzen mit einem Dankschreiben nach Berlin zurückgesandt. Aus dem etwa siebenhundert Seiten umfassenden, voll und ganz von allerhöchster Hand ge-

geschriebenen Tagebuche habe er einen etwa zwanzig enggeschriebene Seiten anfüllenden Auszug angefertigt und in denselben vorzugsweise die politischen Nachrichten — der größte Teil des Tagebuchs habe aus militärischen Nachrichten bestanden — mit Abkürzungen, jedoch ohne Zusätze oder sonstige Änderungen aufgenommen. Obgleich er die Übergabe des Tagebuchs als ein Zeichen besondern allerhöchsten Vertrauens betrachtet und zur Anfertigung der Auszüge keine Erlaubnis erbeten oder erhalten, habe er die Anfertigung doch für erlaubt erachtet. Dabei habe er aber als selbstverständlich angenommen, daß er Mitteilungen aus dem Tagebuche niemandem machen dürfte, und sei damals der Überzeugung gewesen und habe diese auch jetzt noch, daß der hochselige Kaiser, der damalige Kronprinz, ihm das Tagebuch nicht anvertraut haben würde, wenn er hätte voraussehen können, daß er, der Angeschuldigte, bei seinen Lebzeiten aus dem Tagebuch etwas an Dritte mitteilen oder gar veröffentlichen würde. Im den Fall, daß der Kronprinz vor ihm versterben könnte, habe er bei der Anfertigung des Auszugs überhaupt nicht gedacht und sei seine Absicht lediglich dahin gegangen, sich selbst das Andenken an das Gelesene zu bewahren. Nach dem Tode Sr. Majestät des Kaisers Friedrich habe er sich zur Veröffentlichung entschlossen, im August 1888 aus dem Auszuge das durch Weglassung von ihm bedenklich scheinender Stellen um vier bis fünf Seiten verringerte Manuskript für den Druck angefertigt und dasselbe dem Herausgeber der Deutschen Rundschau zum Druck übersandt. Sein mit der Veröffentlichung ver-

folgter Zweck sei durchaus kein politischer, sondern ein historischer gewesen und habe er namentlich der viel vertretenen Ansicht gegenüber, Kaiser Friedrich sei ein edler Ideologe gewesen, dessen politische Bedeutung und insbesondere den Umstand, daß er bei Gründung des Deutschen Reichs die treibende Kraft gewesen sei, hervorheben wollen. Allerdings habe er zu der Veröffentlichung keinerlei Ermächtigung gehabt, insbesondere auch nicht geglaubt, daß er auf etwaige Anfrage bei Ihrer Majestät der Kaiserin Friedrich eine solche erhalten werde.

Indem die Angaben des Angeschuldigten über den Zweck der Veröffentlichung weiter unten ihre Würdigung finden werden, wird hier nur noch folgendes bemerkt: Daß die Veröffentlichung sich als ein Auszug aus echten Aufzeichnungen des hochseligen Kaisers Friedrich darstellt, ist nicht zu bezweifeln. Nach der amtlichen Auskunft des Ministeriums des königlichen Hauses befanden sich im Königlichen Hausarchiv drei Exemplare des Tagebuchs Sr. Majestät des Kaisers und Königs Friedrich, von denen zwei dem Wortlaut nach identisch und anscheinend auf mechanischem Wege hergestellte Abdrücke eigenhändiger Niederschriften Sr. damaligen Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen sind, während das dritte Exemplar eine veränderte Redaktion jener ersten Niederschrift ist, aus einer Anzahl von losen Heften, deren einzelne Blätter von einer Kanzleihand einseitig geschrieben und auf der von dem Kanzlisten leer gelassenen Seite mit umfangreichen Zusätzen und Einschaltungen von der Hand Sr. Kaiserlichen Hoheit

versehen sind, besteht, und Aufzeichnungen enthält, wie sie in dem Rundschau-Artikel zum Abdruck gelangt sind. Dieses letztere Exemplar selbst kann jedoch dem Ungeschuldigten nicht vorgelegen haben, da nach seiner ganz bestimmten Angabe das von ihm eingesehene Tagebuch voll und ganz von der Hand des hochseligen Kaisers geschrieben gewesen ist. Die vorhin erwähnte Kanzleihand ist höchst wahrscheinlich die des im Januar 1887 verstorbenen Kronprinzlichen Haushofmeisters Krug gewesen. Wie dessen Witwe und Bruder bekunden, ist derselbe, der das besondere Vertrauen des hochseligen Kaisers genossen, von diesem vielfach mit der Abschrift geheimer Schriftstücke, insbesondere der Tagebücher über den Feldzug von 1866, über die orientalische Reise und über den Krieg von 1870/71 betraut worden. Die letzten eigenhändigen Aufzeichnungen seien sehr umfangreich gewesen und dem Krug nach beendigtem Kriege im Spätsommer 1871 zur Abschrift übergeben worden. Nachdem die erste Abschrift der einzelnen Blätter von allerhöchster Hand durchkorrigiert worden, habe Krug eine neue Reinschrift anfertigen müssen und diese im Frühjahr 1872 von dem hochseligen Kaiser, dem damaligen Kronprinzen, der vieles darin korrigiert, anderes gestrichen und geändert habe, zur Anfertigung einer abermaligen Reinschrift zurückgehalten. Nach Mitteilung des Krug habe der Kronprinz die ihm zurückgelieferten Aufzeichnungen und korrigierten Abschriften stets selbst vernichtet. Diese letzte Reinschrift wird der Kontext des oben erwähnten dritten Exemplars sein, welches sich, wie die Zeugen aussagen

ergeben, als kein eigentliches Tagebuch darstellt. Ist das von dem Ungeschuldigten eingesehene und erzerpierte Exemplar ganz von allerhöchster Hand geschrieben gewesen, so wird der hohe Herr, nachdem er jenes Exemplar nochmals durchkorrigiert und mit umfangreichen Zusätzen und Einschaltungen versehen, auf Grund desselben eigenhändig ein neues Exemplar angefertigt haben. Über den Verbleib des letzteren ist nichts ermittelt worden. Die Behauptung der Verteidigung, daß der hochselige Kaiser dem Krug eine Abschrift des Tagebuchs von 1870/71 geschenkt habe, ist durch das Zeugnis der Witwe Krug widerlegt worden. Hiernach hat ihr verstorbener Ehemann von dem hochseligen Kaiser nur einen metallographischen Abzug des Tagebuchs von 1866 und 1869 (orientalische Reise) zum Geschenk erhalten, bezüglich des Tagebuchs von 1870/71 aber ihr mitgeteilt, daß dieses Tagebuch niemals in die Öffentlichkeit kommen würde. Auch der von der Verteidigung sonst noch versuchte Nachweis, daß der hohe Herr auf die Geheimhaltung des Inhalts des Tagebuchs von 1870/71 nicht bedacht gewesen, ist mißglückt, denn von den in dieser Beziehung benannten Zeugen haben bekundet:

Der Staatsminister a. D., General der Infanterie J. D. v. Stosch: Im Jahre 1886 oder 1887 habe der damalige Kronprinz zu ihm geäußert, er könne ihm sein Tagebuch von 1870/71 nicht mitteilen, da dasselbe zu viel Persönliches enthalte; übrigens würde dasselbe auch vor einer langen Reihe von Jahren nicht zur Veröffentlichung gelangen können, da darin auch zu viel Politisches enthalten sei;

und der Schriftsteller Geheimrat Dr. Freytag: In der Zeit von 1873 bis 1876 habe er dem hochseligen Kaiser, dem damaligen Kronprinzen, in dessen Hauptquartier er sich während eines Teiles des Krieges von 1870/71 befunden, auf ergangene Einladung in Potsdam seine Aufwartung gemacht und bei dieser Gelegenheit auf Anordnung des Kronprinzen durch den Rabinettsekretär v. Nordmann ein von Kanzleihand geschriebenes Tagebuch von 1870/71 zur Lektüre übergeben erhalten. Nach beendigter Lektüre habe er dem Herrn v. Nordmann und auch dem Kronprinzen gegenüber geäußert und die dringende Bitte ausgesprochen, daß eine Veröffentlichung des Tagebuchs, sowie überhaupt eine Mitteilung desselben an Dritte, wie eine solche hinsichtlich früherer Tagebücher erfolgt sei, unter allen Umständen unterbleiben möchte. Zu dieser Meinungsäußerung sei er hauptsächlich veranlaßt durch die in dem Tagebuch enthaltenen, übrigens mit den von dem Kronprinzen während des Kriegs ihm mündlich kundgegebenen Auffassungen übereinstimmenden Mitteilungen über die Gründung des Reichs, deren Bekanntwerden ihm für das Wohl des letzteren, sowie das Ansehen des hohen Verfassers selbst als durchaus unzutraglich erschienen sei. Auf seine Äußerungen habe sich auch der Kronprinz im zustimmenden Sinne erklärt.

Die Veröffentlichung verstößt in ihrem gesamten Inhalt gegen den § 92 Nr. 1 des Strafgesetzbuchs. Im einzelnen kommt hierbei folgendes in Betracht. Die Tagebuchauszüge enthalten Aufzeichnungen über die Verhandlungen bei der Entstehung der

Reichsverfassung, über die Stellung der Regierungen einzelner Bundesstaaten zu diesen Verhandlungen und über die Auffassung, welche bei dem König und dem Kronprinzen von Preußen, dem König von Bayern und anderen Bundesfürsten über die einschlagenden Verhältnisse vorherrschte. Die Auszüge enthalten auch Bemerkungen über die Beziehungen Deutschlands zu auswärtigen Regierungen, zur päpstlichen Kurie, zu Rußland, England, Luxemburg, Belgien und Frankreich. Die berichteten Tatsachen sind solche, deren Geheimhaltung für das Wohl des Deutschen Reichs erforderlich ist. Bei der Prüfung der Notwendigkeit der Geheimhaltung kommt es nicht sowohl darauf an, ob die berichteten Tatsachen im einzelnen objektiv wahr sind, als vielmehr darauf, daß sie berichtet sind von dem preußischen Kronprinzen, dem nachmaligen Deutschen Kaiser; denn ihre Autorität auf dem Gebiete politischer Erwägungen und Entschließungen erhalten die Aufzeichnungen an und für sich vermöge der Stellung des Verfassers in der öffentlichen Meinung, insbesondere auch bei den anderen Regierungen, unabhängig von der Frage nach ihrer Richtigkeit in Einzelheiten.

I.

Die Entstehung der Verfassung des Deutschen Reichs.

Die folgenden Stellen kommen insbesondere in Betracht: 1. 7. August. Ich bleibe dabei, daß wir unmöglich nach erlangtem Frieden uns mit der bloßen An-

bahnung neuer Bestrebungen im deutschen Sinne begnügen können, vielmehr verpflichtet sind, dem deutschen Volk etwas Ganzes, Greifbares zu bieten, und man hierfür das Eisen der deutschen Kabinette schmieden muß, solange es noch warm ist. — 2. 30. September. Ich rede Se. Majestät auf die Kaiserfrage an, die im Rücken begriffen; er betrachtet sie als gar nicht in Aussicht stehend, beruft sich auf Dubois-Reynolds Äußerung, der Imperialismus liege zu Boden, so daß es in Deutschland nur einen König von Preußen, Herzog der Deutschen geben könne. Ich zeige dagegen, daß die drei Könige uns nötigen, den Supremat durch den Kaiser zu ergreifen, daß die tausendjährige Kaiser- und Königskrone nichts mit dem modernen Imperialismus zu tun habe; schließlich wird sein Widerspruch schwächer. — 3. 10. Oktober. Delbrück kommt, Bayern will auf die Bedingungen für Eintritt in den Norddeutschen Bund eingehen, nur Militär und Diplomatie vorbehalten. Die Minister sind unter sich uneinig und berufen sich auf widersprechende Äußerungen des Königs, der sich mit Delbrück 1½ Stunde über Gegenstände, die sich meist auf dessen Mission nicht bezogen, unterhielt. — 4. Der König von Württemberg will direkt mit uns unterhandeln, um nicht in Bayerns Schlepptau zu erscheinen. — 5. 3. November. Delbrück meint, man habe doch einen Bundesgenossen wie Bayern im gegenwärtigen Augenblicke nicht mit Gewalt zum Eintritt zwingen können; ich aber behaupte, daß wir uns unserer Macht gar nicht bewußt sind, folglich in dem gegenwärtig weltgeschichtlichen Augenblicke das, was wir ernstlich wollen, auch zweifel-

los können, nur, Gott sei's geklagt, fragt es sich, was wir wollen und wer jetzt etwas ernstlich will. — 6. 11. November. Der Großherzog hat einen ganz wunder-vollen Brief an den König von Bayern geschrieben, der aber unbeantwortet geblieben ist. Württemberg macht untergeordnete Reservation bei der Militärkonvention, das Recht zur Beförderung in seiner Division benachtheiligt seine eigenen Offiziere. — 7. 12. November. Die württembergischen Minister sind plötzlich auf schlechte Nachrichten abgereist, als sie unterzeichnen wollten; das ist eine Intrige Gassers, Succo und Mittnacht sind ehrlich. Roon und Poddbielski beklagen sich, nichts zu wissen, Bismarck ist entsetzt, daß solche preußischen Partikularisten überhaupt mit der Angelegenheit zu tun haben. — 4. 14. November. Gespräch mit Bismarck über die deutsche Frage, er will zum Abschluß kommen, entwickelt aber achselzuckend die Schwierigkeiten, was man denn gegen die Süddeutschen tun solle? Ob ich wünsche, daß man ihnen drohe? Ich erwidere: „Jawohl, es ist gar keine Gefahr, treten wir fest und gebietend auf, so werden Sie sehen, daß ich recht hatte zu behaupten, Sie seien sich Ihrer Macht noch gar nicht genügend bewußt.“ Bismarck wies die Drohung weit ab und sagte, bei eventuellen äußersten Maßregeln dürfe man am wenigsten damit drohen, weil das jene Staaten in Oesterreichs Arme treibe. So habe er bei Übernahme seines Amtes den festen Vorsatz gehabt, Preußen zum Kriege mit Oesterreich zu bringen, aber sich wohl gehütet, damals oder zu früh mit Sr. Majestät davon zu sprechen, bis er den Zeitpunkt für geeignet angesehen. So müsse man auch gegenwärtig

der Zeit anheimstellen, die deutsche Frage sich entwickeln zu sehen. Ich erwiderte, solches Zaudern könne ich, der ich die Zukunft repräsentiere, nicht gleichgültig ansehen; es sei nicht nötig, Gewalt zu gebrauchen, man könne es ruhig darauf ankommen lassen, ob Bayern und Württemberg wagen würden, sich Österreich anzuschließen. Es sei nichts leichter, als von der hier versammelten Mehrheit der deutschen Fürsten nicht bloß den Kaiser proklamieren, sondern auch eine den berechtigten Forderungen des deutschen Volkes entsprechende Verfassung mit Oberhaupt genehmigen zu lassen; das würde eine PreSSION sein, der die Könige nicht widerstehen könnten. Bismarck bemerkte, mit dieser Anschauung stehe ich ganz allein; um das gewollte Ziel zu erreichen, wäre es richtiger, die Anregung aus dem Schoße des Reichstags kommen zu lassen. Auf meinen Hinweis auf die Gesinnungen von Baden, Oldenburg, Weimar, Coburg deckte er sich durch den Willen Sr. Majestät. Ich erwiderte, ich wisse sehr wohl, daß sein Nichtwollen allein genüge, um eine solche Sache auch bei Sr. Majestät unmöglich zu machen, Bismarck entgegnete, ich mache ihm Vorwürfe, während er ganz andere Personen wisse, die jene verdienten. Hierbei sei die große Selbstständigkeit des Königs in politischen Fragen zu berücksichtigen, der jede wichtige Depesche selbst durchsehe, ja korrigiere. Er bedaure, daß die Frage des Kaisers und des Oberhauses überhaupt diskutiert sei, daß man Bayern und Württemberg dadurch vor den Kopf gestoßen. — 9. 17. November. Delbrück reist zur Reichstagsöffnung nach Berlin, er ist nicht entmutigt und

glaubt, daß unsere Taktik, die Bayern seit vierzehn Tagen zu ignorieren, ihre guten Früchte trage, da sie um Wiederaufnahme der Verhandlungen gebeten. — 10. 21. November. Bismarck sagt — — beide Königreiche wollten nun eintreten, er müsse aber seine Trümpfe auch noch ausspielen, Roon drohe, die Militärverhandlungen über die äußeren Abzeichen abbrechen. — 11. 30. November. Ein Konzept Bismarcks für den Brief des Königs wegen der Kaiserwürde an Se. Majestät ist nach München gegangen; der Großherzog sagt mir, man habe dort nicht die richtige Fassung zu finden vermocht und sich dieselbe von hier erbeten, der König von Bayern hat den Brief wahrhaftig abgeschrieben und Holstein bringt ihn! — 12. 9. Dezember. Man fragt, ob dieser Bund das Resultat aller Opfer sein solle, ein Werk, das nur den Männern passe, für welche und von denen es gemacht. Ich bin mir wohl bewußt, welche unendliche Mühe und Beschwerden mir dereinst die heutigen Unterlassungssünden bringen werden. — 13. 12. Dezember. Es ist an den König von Bayern telegraphiert, er möge die längst in seinen Händen befindlichen Schreiben hersenden. — 14. 31. Dezember. Der König erklärt, zu morgen keine öffentliche Rundgebung zu wollen, weil Bayern noch nicht zugestimmt — — Bismarck — — erklärt, ohne Bayerns Zutritt keine Inaugurierung vornehmen zu können. — 15. 1. Januar. Der König begrüßt mich ernst und freundlich bewegt mit dem Wunsche, daß es mir dereinst vergönnt sein möge, die Friedenssaat der jetzigen Arbeit zu erleben. Er könne sich freilich nicht denken, daß die dauernde Einigung

Deutschlands bestehen bleiben werde, da leider die wenigsten Fürsten so handelten und gesonnen seien, wie es zu wünschen wäre und denen der Großherzog ein so edles Beispiel gebe. — Die hier berichteten Tatsachen sind in doppelter Richtung von Bedeutung, einmal für das Verhältnis Preußens zu den anderen Bundesstaaten und zum Reich, dann für die Stellung der ausländischen Regierungen zum Deutschen Reich.

A. Von dem Verhältnis Preußens zu den anderen Bundesstaaten hängt das Wohl des Deutschen Reiches wesentlich ab. Das Wohl des Reichs beruht in erster Linie auf der Einigkeit der dasselbe bildenden Glieder. Diese Einigkeit wird erschüttert, wenn einzelnen Gliedern des Reichs Nachrichten mitgeteilt werden, welche bei ihnen Mißtrauen gegen den führenden Bundesstaat und den Träger der mit Preußen verbundenen Kaiserkrone zu erregen geeignet sind. Zu solchen, das Mißtrauen erweckenden Nachrichten gehört dasjenige, was über die Auffassung des preußischen Thronerben in bezug auf die Stellung der Reichsgewalt zu den einzelnen Bundsgliedern, insbesondere über die Absicht desselben mitgeteilt wird, die süddeutschen Staaten zu einer Entäußerung ihrer vertragsmäßigen Selbständigkeit und ihrer wesentlichsten Hoheitsrechte zugunsten des Kaisers zu zwingen. Die Kenntniss von dieser Absicht kann bei einzelnen Bundesgenossen die Befürchtung erregen, es könne die gleiche Absicht, wenn sie einmal nahe daran war, sich auf dem preußischen Throne zu verwirklichen, auch ein zweites Mal zur Erscheinung gelangen, und diese Befürchtung kann der Erwägung

Raum geben, ob nicht durch rechtzeitiges Abkommen mit anderen Mächten die Zukunft sicherzustellen sei. Diese Betrachtung findet ihre Bestätigung in dem, was die preussischen Gesandten an den deutschen Höfen über den Eindruck berichten, welchen die Veröffentlichung des Tagebuchs gemacht hat. Inhalts derselben hatte, nach der berichteten Äußerung des Ministers, Freiherrn v. Luz, die bayerische Regierung den Eindruck gewonnen, die Anschauung des damaligen Kronprinzen sei im Jahre 1870 dahin gegangen, das durch die Verträge Erreichte sei nur deshalb annehmbar, weil sich zurzeit nicht mehr erreichen lasse. Der sächsische Ministerpräsident und die Minister des Innern und des Kultus erklärten, daß die Veröffentlichung das monarchische Prinzip schädige, und die bei der Errichtung des Deutschen Reichs beteiligten Souveräne verlese. Der Bericht aus Stuttgart charakterisiert die bereits eingetretene Schädigung des Reichs, weil die Publikation neuen Unfrieden gestiftet und die Parteigegensätze gefördert habe. Ähnlich der Bericht aus Baden, und die Berichte aus London und Wien konstatieren ausdrücklich die Gefahr für die inneren Beziehungen des Deutschen Reichs, welche durch die Publikation entstehen könne.

B. Die Stellung der ausländischen Regierungen zum Deutschen Reich wird durch die Tagebuch-Publikation insofern beeinflusst, als jene Regierungen aus den Veröffentlichungen die Auffassungen entnehmen können, als ob im Falle eines Krieges nicht auf den Widerstand des gesamten Deutschen Reichs mit Notwendigkeit gerechnet werden

müsse, und als ob ein Zerfall desselben eine nicht auszuschließende Möglichkeit sei. Die Gefährdung des Deutschen Reichs ist eine doppelte: Stärkung der kriegerischen Neigung derjenigen Mächte, welche einen Kampf mit Deutschland innerhalb der Ziele ihrer Politik erachten, und Schwächung des Zutrauens der Bundesgenossen zur Festigkeit des Deutschen Reichs. — Die Tatsachen, die hierbei in Betracht kommen, sind namentlich die Äußerungen des Königs von Preußen über die Einigung Deutschlands, die Vorgänge bei Abfassung des Briefes König Ludwigs, die Weiterungen und die nur mühsam zu überwindenden Schwierigkeiten, die sich den gehegten Plänen entgegenstellten, sowie der Tadel, den dieselben von Hauptinteressenten ihrer angeblichen Unvollkommenheiten wegen erfuhren. Die Annahme, daß in dem Bekanntwerden dieser Tatsachen eine Gefährdung des Deutschen Reichs liege, wird auch hier durch die Gesandtschaftsberichte bestätigt. Der Bericht aus St. Petersburg konstatiert den Ausbruch unverkennbarer Schadenfreude auf Seiten der Feinde Deutschlands und deren Befriedigung über die Wahrnehmung, daß das neu erstandene Deutsche Reich seine sehr verwundbaren Stellen habe und daß die mit Schwierigkeiten, wie sie im Tagebuche geschildert werden, zustande gekommene deutsche Einigkeit nur eine formelle sei und daher leicht einmal wieder in die Brüche geraten könnte. Derselbe Bericht weist nach, daß die panslawistische Presse auf Grund der Tagebuchauszüge die Leitung der deutschen Politik von neuem zu verdächtigen und die Feindschaft gegen Deutschland zu nähren sucht. In dem Pariser Bericht

werden die, die einflußreiche öffentliche Meinung vertretenden Äußerungen der Presse zusammengestellt, aus denen sich ergibt, daß man aus den „*Révélations précieuses*“* erkenne „le pied d'argile du colosse“**, daß man Freude hat an dem nachgewiesenen Mangel an Festigkeit des Reichs, der dasselbe bündnisunfähig mache und den kleineren deutschen Staaten den Gedanken nahe lege, das preußische Joch zu gelegener Zeit abzuschütteln.

II.

Die Beziehungen zur Kurie.

Die folgenden beiden Stellen kommen in Betracht:
1. 24. Oktober. Bismarck erzählt meinem Schwager, daß er nach Beendigung des Krieges gegen die Unfehlbarkeit vorgehen wolle. — 2. 12. November. Ledochowsky erkundigt sich, ob der Papst Aufnahme in Preußen finden werde. Bismarck würde das Verlassen Roms für einen ungeheuren Fehler Pio Nonos halten, aber sein Aufenthalt in Deutschland könne gut wirken, weil die Anschauung der römischen Priesterwirtschaft die Deutschen kurieren werde. — Die Niederschrift der ersten Notiz findet ihre Erklärung darin, daß der Kronprinz wiederholt darüber interpelliert hatte, ob gegen die Infallibilität nichts geschehen werde; die Absicht, diese Frage geschäftlich aufzu-

* wertvollen Enthüllungen.

** das tönerne Fußgestell des Riesen.

nehmen, lag der damaligen Regierung absolut fern, und man versuchte, weiteren dem Thronerben gegenüber schwierigen Erörterungen einer unbequemen Frage dilatorisch durch das praktische Argument ein Ziel zu setzen: vorderhand sei der Krieg zu führen und der angeregten Frage könne man erst nach dem Kriege näher treten. Die Absicht, letzteres zu tun, war gar nicht vorhanden. Die kronprinzliche Aufzeichnung wird aber immerhin unter dem Vorwande benutzt werden können, die Regierung habe feindselige Hintergedanken gehabt und werde bei anderen Gelegenheiten bemüht sein, dieselben zu verwirklichen. Die Aufzeichnung war daher zum Wohle des Deutschen Reichs geheim zu halten. Dasselbe gilt von der Aufzeichnung unter Nr. 2. Diese Annahme wird auch bestätigt durch den Bericht des Gesandten am päpstlichen Stuhl, in welchem nachgewiesen wird, daß die römischen Intransigenten mit besonderem Nachdruck daran erinnern, wie oft und wie dringend sie den Papst vor der „Reherregierung“ in Berlin gewarnt hätten; die Berechtigung ihrer Mahnungen ergebe sich aus den Tagebuchaufzeichnungen, welche auf eine tiefgehende feindselige Gesinnung abseiten der deutschen Regierung gegenüber der Kurie hindeuteten. Gleiche Meinungen sind in der Presse zum Ausdruck gekommen, und das ultramontane Wiener „Vaterland“ läßt deutlich die Hoffnung durchblicken, daß die Beziehungen zwischen Preußen und dem Vatikan getrübt werden und der Zentrums-
partei neue Waffen gegen die Regierung in die Hände gedrückt werden könnten.

III.

Die Beziehungen zu Rußland.

Die folgenden Stellen: 1. 14. November. Die russische Loszusage bestätigt sich; es wird erzählt, Palmerston habe Brunnow bei Unterzeichnung des Vertrags von 1856 gesagt, derselbe werde nicht zehn Jahre dauern. General Annenkow bringt einen Brief des Kaisers Alexander, Reuß erhielt erst bei Abgang desselben Nachricht davon mit dem Bemerkten, er möge nicht eher telegraphieren, als bis der König den Brief erhalten. Wir telegraphieren, den Schritt zu verschieben, aber erhalten die Antwort, es sei zu spät, es seien gleichzeitig Mitteilungen nach London und Wien gegangen. — 16. November. Unsere Vertreter sollen passiv bleiben, der König ist sehr betroffen und sagt mir, diese Überraschung sei außer allem Spas, in England wird dies sicher als eine Rache für die Waffenausfuhr angenommen. Bismarck aber stellt jedes Mitwissen in Abrede. — 2. 19. November. Bismarck soll bei Gortschakow's Note gerufen haben: „Die dummen Kerls haben vier Wochen zu früh begonnen.“ Dies bezieht sich auf die Loszusage Rußlands von der Convention in betreff des Schwarzen Meeres. Die Aufzeichnungen über die wenig wohlwollende Haltung des damaligen Königs von Preußen, der gegenüber jenem Vorgehen Rußlands nach jener Registrierung die Kündigung des Vertrags hinauschieben wollte, sind Nachrichten, welche geeignet sind, der russischen Regierung gegenüber das Wohl des Reiches zu gefährden und welche deshalb dieser gegenüber hätten geheim gehalten

werden müssen. Der oben ad I. B. erwähnte „Nowosti“-Artikel bestätigt dies.

IV.

Die Beziehungen zu England.

1. Die Stelle: „Ich entdecke, daß man Übles gegen England im Schilde führte, das ist vorüber, aber ob die Vorliebe für Rußland und Amerika nicht doch einmal dem Haß gegen England Luft macht, kann kein Mensch wissen“ — enthält eine Auffassung des damaligen Kronprinzen und mußte der englischen Regierung gegenüber deshalb geheim gehalten werden, weil sie betont, daß eine England feindliche Strömung als ein in der Politik zu beachtender Faktor gilt und weil sie geeignet ist, in England Mißtrauen hervorzurufen.

2. 10. bis 23. August: „Benedettis Projekt schadet uns in England, er hätte sich ohne Bismarcks Ermütigung keine solche Sprache erlaubt“ — in welcher unrichtig unterstellt wird, daß das Projekt der Preisgabe Belgiens an Frankreich nicht ohne Ermütigung des Reichskanzlers entstanden sei, enthält eine Nachricht, welche, weil von dem Kronprinzen von Preußen vertreten, durch anderweite Argumente niemals ganz beseitigt werden kann und welche, weil sie geeignet ist, der englischen Regierung gegenüber die Möglichkeit einer solchen Transaktion auch für die Zukunft hervortreten zu lassen, dieser Regierung, wie nicht minder der belgischen gegenüber zum Wohle des Deutschen Reichs geheim zu halten war.

V.

Die Beziehungen zum Großherzogtum Luxemburg und zu den Garantiemächten.

Die Nachricht, welche Seite 148 — 25. Februar — aufgezeichnet ist: „Thiers wollte auf Bismarcks Verlangen, uns Luxemburg zu verschaffen, nicht eingehen, worauf dann die Alternative Metz oder Belfort gestellt ward“, war gegenüber der luxemburgischen und französischen Regierung zum Wohl des Deutschen Reichs geheim zu halten; denn sie ist geeignet, die Mächte, welche die Neutralität Luxemburgs garantiert haben, und die großherzogliche Regierung selbst mit Mißtrauen gegen die Zuverlässigkeit der deutschen Politik zu erfüllen, und sie verfehlt, da sie mit der Autorität des kronprinzlichen Tagebuchs ausgestattet ist, die französische Regierung in die Lage, bei der luxemburgischen Regierung Deutschland gegenüber Vorteile zu ziehen, zumal bei der zu erwartenden Eröffnung der Sukzession für den Herzog von Nassau.

VI.

Die Beziehungen zu Belgien und Frankreich.

Hier kommen die folgenden Stellen in Betracht:
1. 6. Oktober. Thiers regt den Gedanken an, König Leopold auf den französischen Thron zu bringen, was Bismarck für totgeboren hält. — 2. 28. Dezember. Brief des Königs der Belgier, voll Sympathie für Kaiser und Reich und voll großer Erwartungen von den-

selben; er sieht darin Wiederherstellung der Ordnung und des Rechtsbewußtseins in Europa und nennt die denselben zu stellenden Aufgaben „wahrhaft herrliche“. Er sei eifrig bestrebt, seine Pflichten als Neutraler vertragsmäßig zu erfüllen, aber die Vorteile einer solchen Stellung seien nicht ohne empfindliche Lasten und Schwierigkeiten. Er wirft den fremden Literaten vor, die belgische Pressfreiheit gegen uns zu mißbrauchen; Frankreich häuft Beschwerden gegen Belgien, weil dieses deutsche Verwundete und Lebensmittel durchlasse, während den flüchtigen Franzosen die Rückkehr nach Frankreich verwehrt werde und sie interniert werden. — 3. 28. Dezember. Bismarck äußert sich sehr anerkennend über Leopolds Brief und bittet, in meiner Antwort auf die Bürgschaft zu verweisen, welche Belgien durch ein starkes Deutschland gewinne, von dem es nie etwas zu fürchten habe, und solange dieses stark, auch nichts von Frankreich. Die in diesen Stellen vorkommenden Nachrichten mußten sowohl der französischen wie der belgischen Regierung gegenüber zum Wohl des Reichs geheim gehalten werden. Der ersteren kann die Veröffentlichung den berechtigten Anlaß bieten, gegen das Interesse und das Wohl des Deutschen Reichs bei Belgien zu wirken. Die belgische Regierung aber kann durch den Eindruck, welchen die Veröffentlichung in der öffentlichen Meinung des Landes hervorgerufen hat, als wenn nämlich der König Deutschland zu offen begünstige, in die Lage kommen, in ihrer Deutschland gegenüber zu beobachtenden Haltung vorsichtiger oder ablehnender zu sein. Die Stimmung der öffentlichen Meinung in Belgien schildern

eingehend die Berichte des Gesandten in Brüssel dahin, daß der König und das Ministerium sehr unliebsamen Angriffen mit der Unterstellung ausgesetzt sind, das Tagebuch beweise, daß diejenigen recht haben, welche eine der Neutralität widersprechende Abhängigkeit Belgiens von Deutschland behaupten. Der Umstand, daß der König der Belgier, weil er den Brief geschrieben hat, schon vorher Kenntnis hatte von der im Kronprinzlichen Tagebuch enthaltenen Nachricht, ändert an der Sachlage nichts; denn daß der König Kenntnis hatte, bedingt nicht, daß dieselbe Kenntnis auch der durch das jeweilige Ministerium repräsentierten Regierung beimohnte. Jedenfalls ist die Tatsache der Kronprinzlichen Registratur zur Kenntnis des Königs erst durch die vom Angeeschuldigten veranlaßte Publikation der Tagebuchauszüge gelangt.

Der Angeeschuldigte bestreitet, daß die Veröffentlichung Staatsgeheimnisse oder geheime Nachrichten im Sinne des § 92 Nr. 1 des Strafgesetzbuchs enthalte. Seine bezüglichen An- und Ausführungen erscheinen jedoch als verfehlt, insbesondere gilt die von dem Sage, daß der Papst kein Souverän und die päpstliche Kurie keine Regierung im Sinne des § 92 cit. mehr sei. Die volle Souveränität des Papstes, als deren Ausflüsse sich z. B. das aktive und passive Gesandtschaftsrecht und die Befugnis zum Abschluß völkerrechtlicher Verträge (Konfordate) ergeben, ist durch das internationale Recht Europas anerkannt und hat durch die Änderung der territorialen Verhältnisse keinen Abbruch erlitten. Der Angeeschuldigte gibt in seiner Note zu § 40 des von ihm herausgegebenen Heftchen Völkerrechts

(Ausgabe 8 S. 100) selbst zu, daß der Papst in vielen Beziehungen als Souverän behandelt wird und hinsichtlichlich anderer Staaten unfreitig Regierungs- und Gesetzgebungsrechte ausübt. Der Angeschuldigte bestreitet ferner das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit der Veröffentlichung. Er will sich nicht bewußt gewesen sein, daß die letztere Nachrichten enthalten habe, deren Geheimhaltung anderen Regierungen gegenüber für das Wohl des Deutschen Reichs erforderlich gewesen sei. Hiergegen spricht zunächst folgendes: Der Angeschuldigte hat die Rechte studiert, ist, nachdem er 1853 zum Dr. jur. promoviert, 1854 zum Legationssekretär, 1856 zum hamburgischen Geschäftsführer in Berlin und 1859 zum Ministerresidenten der Hansestädte ebendasselbst ernannt worden. In dieser Stellung, in welcher er mehrere Jahre zugleich die Stelle eines oldenburgischen Ministerresidenten bekleidete, ist er bis zum August 1866 verblieben, wo er in gleicher Eigenschaft nach London versetzt wurde. 1868 nahm er seinen Abschied, weil, wie er angibt, durch die Errichtung einer Botschaft des Norddeutschen Bundes ihm die wichtigsten Geschäfte seines Amtes entzogen worden seien und es ihm widerspreche habe, für die bedeutend verringerten Geschäfte des letzteren ein gleich hohes Gehalt zu beziehen. Von 1869 an bekleidete er in Hamburg das Amt eines Syndikus des Senats, als welcher er die auswärtigen Angelegenheiten zu bearbeiten hatte, bis er 1872 den Ruf zu einer Professur des öffentlichen Rechts und der Staatswissenschaften an der Universität Straßburg erhielt. Im Frühjahr

1882 — in dem letzten Jahre war er auch Mitglied des Elsaß-Lothringischen Staatsrats gewesen — erbat er seinen Abschied, welcher ihm unter Bewilligung einer Pension von jährlich 7500 Mark und unter Verleihung des Charakters als Geheimer Justizrat gewährt wurde. Seit 1883 lebte er in seiner Vaterstadt Hamburg. Obgleich seitdem ohne amtliche Stellung, hat er sich bis zu seiner Verhaftung fortgesetzt mit Politik beschäftigt und auf die Politik des Deutschen Reichs Einfluß zu gewinnen gesucht, wie sich dies aus seiner als Anlage beigefügten umfangreichen Korrespondenz mit dem großherzoglich badischen Wirklichen Geheimrat Freiherrn v. Roggenbach ergibt. Fast alle Fragen der äußeren und inneren Politik des Deutschen Reiches sind darin zum Gegenstand einer — oft sehr abfälligen — Kritik gemacht worden. Auch mit anderen Personen von hervorragender politischer Bedeutung, so z. B. mit dem Staatsminister a. D. Dr. Windthorst, hat er sich über politische Fragen in Verbindung gesetzt. Zugleich hat er bis zuletzt eine überaus rege Tätigkeit als politischer Schriftsteller entfaltet. Von seinen zahlreichen Schriften mögen hier folgende Erwähnung finden: „Reform der preußischen Verfassung“ 1870, „Staat und Kirche“ 1875 (sehr umfangreich), „Der 2. Juni und die Reichstagswahlen“ 1878, „Die auswärtige Politik Deutschlands“ im 7. Heft der „Deutschen Rundschau“ 1883/84 — anonym „Deutsche Kolonialpolitik“ ebendort Heft 1, 1884, „Die völkerrechtliche Stellung des Papstes“ in v. Holzkendorffs Handbuch des Völkerrechts 1887, „Zeitgenössisches

Leben und Denken in Deutschland" im Aprilheft der Contemporary Review 1887, „Politische Federzeichnungen" 1888 und die Ausgaben von Heffters Völkerrecht. Als Diplomat und Staats- und Völkerrechtslehrer von solcher Vergangenheit konnte der Angeeschuldigte, mag er auch, wie er behauptet, den § 92 des Strafgesetzbuchs seinem Wortlaut nach nicht gekannt haben, über den wahren Charakter der in der Veröffentlichung enthaltenen politischen Nachrichten nicht im Zweifel sein, es sei denn, daß er zur Zeit der That geisteskrank gewesen wäre. Letzteres wird allerdings von seiner Familie geltend gemacht, und ist auf deren Betreiben bei dem Amtsgericht zu Hamburg ein Entmündigungsverfahren gegen ihn eingeleitet worden, in dessen Verlauf sich bereits zwei Hamburger Ärzte, sein Hausarzt Dr. Oberg und Dr. Wolff, sein Schwager, für die Notwendigkeit der Entmündigung ausgesprochen haben, indem sie seine Krankheit für „zirkuläres Irrsein" erklären. Allein sein ganzes Verhalten vor und nach der Veröffentlichung entspricht überzeugend gegen die Annahme einer krankhaften Störung der Geistesfähigkeit zur Zeit der That, wie diese Störung denn auch von dem gerichtlichen Stadtphysikus Geheimen Medizinalrat Dr. Wolff zu Berlin auf Grund einer längeren Beobachtung des Angeeschuldigten, welcher übrigens selbst seine Zurechnungsfähigkeit nicht anzweifelt, und auf Grund einer größeren Anzahl ärztlicher Atteste unter eingehender Begründung und gleichzeitiger Bejahung seiner Verhandlungsfähigkeit verneint worden ist, und zwar mit dem gleichzeitigen Ausspruch, daß

der Unbeschuldigte an langjähriger Hypochondrie leide, welche nicht für gewöhnlich, wohl aber periodisch durch Hinzutritt von Anfällen unmotivierter Angst und Verwirrtheit seine freie Willensbestimmung aufhebe.

Wenn sich der Unbeschuldigte zum Erweise seiner Gutgläubigkeit auf die wegen der Veröffentlichung mit dem Herausgeber der Deutschen Rundschau Dr. Rodenberg geführte Korrespondenz beruft, so ergibt sich aus derselben folgendes: In dem Schreiben vom 6. August 1888, mittels dessen er dem Rodenberg das Manuscript zum Druck übersendet und in welchem er als Motiv zur Publikation den Wunsch angibt, der Welt zu zeigen, was sie an dem hochseligen Kaiser Friedrich verloren habe, heißt es: „Sedenfalls muß ich bitten, darüber strenges Geheimnis zu bewahren, daß Ihnen diese Auszüge durch mich mitgeteilt sind; außer Ihnen dürfte es nur Paetel wissen, denn, wie Sie sich denken können, wird die Veröffentlichung großes Aufsehen machen.“ Am 8. desselben Monats schreibt er, daß er bei der Niederschrift schon vieles weggelassen habe, was sehr interessant gewesen, aber noch mehr Anstoß gegeben hätte, schärft nochmals Verschwiegenheit ein und hebt hervor, daß es noch mehr ablenken würde, wenn ein von ihm für die „Rundschau“ bestimmter und von ihm mit seinem Namen gezeichneter Artikel „Die Reform des englischen Oberhauses“ in demselben Heft zum Abdruck gelangte, da man nicht annehmen würde, daß in ein und demselben Hefte zwei Artikel desselben Verfassers enthalten wären. Der letztere Artikel ist denn auch noch in dem Oktoberheft zum Abdruck gelangt. Auf

die von Rodenberg gegen die Zulässigkeit der Publikation erhobenen Bedenken sucht er dieselben in dem Schreiben vom 10. August 1888 zu beseitigen, indem er geltend macht, daß schon früher Auszüge aus den Tagebüchern des hochseligen Kaisers Friedrich über den Feldzug von 1866 und über die Orientreise von 1869 anstandslos veröffentlicht worden seien, und daß die Konfiskation doch nur von der Kaiserin Friedrich als der Eigentümerin des Tagebuchs von 1870/71 veranlaßt werden könnte, diese jedoch mit Rücksicht auf den Inhalt der Publikation gar keinen Grund dazu hätte. Am 30. desselben schreibt er im Hinblick auf die nunmehr gesicherte Publikation: „*Mun vogue la galère!*“ Über die voraussichtliche Wirkung der Publikation äußerte er sich in ähnlicher Weise, wie in den Briefen vom 6. und 8. August 1888 zu seinem Sohne, dem Studenten Heinrich Geffken, auf dessen Zeugnis sich die Verteidigung bei einem anderen Punkte berufen hatte, nämlich dahin: die Publikation werde großen Skandal machen. Die Briefe des Dr. Rodenberg an ihn sind bei der Durchsuchung seiner Wohnung nicht vorgefunden worden. Er hatte sie bei seiner Abreise nach Helgoland am 25. September 1888, als die Veröffentlichung bereits erfolgt, seine Autorschaft aber noch unbekannt war, samt dem Auszug aus dem Tagebuch verbrannt, angeblich um Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen, welche daraus hätten entstehen können, daß man in der Veröffentlichung Beleidigungen erblicke. Seine Frau hatte ihn, wie er zugibt, vor der Veröffentlichung eindringlich gewarnt. Von Helgoland schrieb er ihr:

„Die Sache erzeuge ihn zu sehr, er könne vor Angst nicht schlafen. Wäre er doch nur ihrem richtigen Gefühl gefolgt; nun müsse er suchen, sich ruhig und klug zu verhalten. Seine Absicht sei die reinste gewesen, aber er habe sich nicht überlegt, welchen Sturm er entfesseln würde.“ Zu seiner Entlastung hat Angeeschuldigter sich ferner darauf berufen, daß er bei Anfertigung des Druckmanuskriptes diejenigen Stellen weggelassen habe, welche Äußerungen des Kronprinziplichen Verfassers über hochgestellte Personen enthalten hätten und die ihm ihrer Schärfe wegen als bedenklich und sachlich ohne erhebliche Wichtigkeit erschienen wären. Die Verteidigung hatte hieran den Antrag auf Vorlegung und Vergleichung des Tagebuchs behufs Feststellung der gestrichenen Stellen geknüpft. Diesem Antrage ist bisher nicht entsprochen worden, und erscheint derselbe auch als gegenstandslos, denn, wie bereits oben näher dargelegt ist, ist das, von dem Angeeschuldigten erzerpierte Tagebucheemplar nicht zu ermitteln gewesen. Abgesehen hiervon würde es, da dem Angeeschuldigten nach seiner Angabe bei Anfertigung des Auszuges im Jahre 1873 die Absicht einer späteren Veröffentlichung ganz fern gelegen hat, überhaupt nicht auf eine Vergleichung des Druckmanuskriptes mit dem erzerpierten Tagebuche, sondern lediglich auf eine Vergleichung des ersteren mit dem Tagebuchauszuge ankommen. Diese Vergleichung hat aber der Angeeschuldigte durch die Vernichtung des Auszuges selbst unmöglich gemacht. Sein Sohn Heinrich hat zwar bestätigt, daß von der Streichung einzelner besonders scharfer Stellen über bestimmte hoch-

gestellte Personen die Rede gewesen sei, jedoch etwas Näheres hierüber nicht anzugeben vermocht. Wenn, wie dies allerdings der Fall war, vor dem Druck eine ganze Anzahl sehr bedenklicher Stellen gestrichen worden sind, so ist dies wesentlich das Verdienst des Herausgebers und Verlegers, indem diese ohne Anregung bzw. Zustimmung des Angeschuldigten jene von ihm nicht beanstandeten Stellen in dem Manuscript, bzw. dem Korrekturabzuge selbst gestrichen haben. Daß er auch selbst einige Streichungen vorgenommen, bzw. dazu angeregt hat, ist zuzugeben.

Anlangend endlich die Beweggründe, welche den Angeschuldigten zu der Veröffentlichung veranlaßt haben und die Endzwecke, welche er damit verfolgt hat, so können die von ihm hierüber gemachten, bereits oben erwähnten Angaben, welche sich auch in seinen Briefen an Dr. Rodenberg finden, nicht für sichhaltig erachtet werden. Seine Angabe, daß es ihm bei der Veröffentlichung lediglich darum zu tun gewesen sei, das Andenken des von ihm hochverehrten und aufrichtig geliebten hochseligen Kaisers Friedrich, dem er großen Dank geschuldet habe, zu ehren und dessen Verdienste um die Gründung des Deutschen Reichs in das rechte Licht zu stellen, steht mit seinen höchst abfälligen Urteilen über den hohen Herrn in seinen Briefen an den Freiherrn v. Roggenbach — so schreibt er z. B. in dem Briefe vom 22. Februar 1887: „Dieser (der Kronprinz) aber, weil sein Streben nicht auf Macht, sondern auf den Schein derselben geht, wird nicht fühlen, daß er Gefangener der kanzlerischen Majorität ist.“ . . . soweit damit in

Widerspruch, daß er die in dem Tagebuch niedergelegten Pläne und Vorschläge des hochseligen Kaisers über die Gestaltung des Reichs als zu weitgehend und unpraktisch nicht gebilligt haben will. Daß für die Publikation das Honorar nicht mitbestimmend gewesen, kann zugegeben werden, wennschon seine Angabe, daß er ein solches überhaupt nicht zu beanspruchen gehabt habe, mit der Aussage des Verlegers Paetel, wonach er kontraktmäßig für den Druckbogen seiner Aufsätze 200 Mk. zu erhalten hatte und für den vorliegenden Fall nichts anderes verabredet war, in Widerspruch steht. Die Motive und Endzwecke der Veröffentlichung liegen auf ganz anderen Gebieten. Der Angeschuldigte zählt sich zur deutschkonservativen Partei mit streng kirchlicher Richtung, was ihn jedoch nicht abgehalten hat, in seinen Briefen an den Freiherrn v. Roggenbach auch über diese Partei höchst abfällig zu urteilen und sie in dem Briefe vom 4. August 1880, unter rühmender Anerkennung des Verhaltens des Zentrums und der Fortschrittspartei, denjenigen Parteien beizugesellen, „bei denen die Versumpfung unter der Fuchtel und Korruption des Bismarckschen Regiments bereits so weit vorgeschritten sei, daß man nur von einer Reaktion in den Wählerschaften Besserung erwarten könne.“ Zu der sogenannten Großdeutschen Partei will er nie in Beziehungen gestanden und, abgesehen davon, daß er in der Schleswig-Holsteinschen Frage seinerzeit für die Kandidatur des Herzogs von Augustenburg eingetreten sei, was ihm anfangs 1866 eine von ihm zurückgewiesene Dankadresse schleswig-holsteinscher Vereine eingetragen

habe, auch keinen partikularistischen Standpunkt eingenommen haben. Wenn er sich aber weiter als einen Anhänger der von dem Reichskanzler geleiteten Politik des Deutschen Reichs bekennt und sich zum Erweise dessen auf seine Schriften, insbesondere auf den bereits oben erwähnten anonym erschienenen Aufsatz „Die auswärtige Politik Deutschlands“ in dem Januarheft der „Deutschen Rundschau“ von 1883/84 beruft, so ist es zwar richtig, daß in dem letzteren von ihm verfaßten Artikel die auswärtige Politik des Reichskanzlers alle Anerkennung findet, allein dies beweist nichts für seine derzeitige Stellung zur Politik des Deutschen Reichs, denn hierüber gibt, ohne daß es auf seine späteren Schriften noch ankäme, seine Korrespondenz mit dem Freiherrn v. Roggenbach die zuverlässigste Auskunft, und zwar dahin, daß er dieser Politik, und zwar nicht bloß der inneren, dieser aber auf fast allen Gebieten, und zugleich der Person des Reichskanzlers auf das feindseligste gegenübersteht. Die Briefe sprechen für sich selbst. Die persönliche Feindseligkeit ist übrigens nicht erst neueren Datums; denn er äußerte sich in einer Abendgesellschaft, welche vor etwa zehn Jahren in Barmen stattfand, und in welcher, als das Gespräch auf den Fürsten Bismarck kam, dessen Verdienste allgemein anerkannt wurden, in höchst erregter Weise, daß sich demselben kein einziger edler Charakterzug, kein Zug von Freundlichkeit oder Barmherzigkeit nachweisen ließe.

Nach der Korrespondenz stellt der Ungeschuldigte sich zugleich als eine im höchsten Grade von sich eingenommene, ehrgeizige Persönlichkeit dar, die sich

befähigt und berufen glaubte, eine große politische Rolle zu spielen, und über die Nichtanerkennung seiner vermeintlichen Verdienste und über getäuschte Hoffnungen mißvergnügt war. Nach dem Tode des Kaisers Friedrich glaubte er in der Veröffentlichung des Tagebuchauszugs eine Handhabe gefunden zu haben, die Verdienste des Reichskanzlers um das Zustandekommen des Reichs zu verkleinern und zugleich dessen Politik zu verdächtigen. Es fällt im Hinblick auf den von ihm auf etwa 750 Seiten angegebenen großen Umfang des erzerpierten Tagebuchs auf, daß bei der Veröffentlichung die zur Diskreditierung der Politik des Reichskanzlers dem Auslande gegenüber geeigneten Stellen — es gehören hierher die oben unter Nr. II bis V besprochenen Nachrichten — einerseits und die Lobsprüche auf den Freiherrn v. Roggenbach andererseits, „Roggenbach ist und bleibt der einzig vernünftige und zuverlässige unter den anwesenden Staatsmännern“, eine unverhältnismäßige Berücksichtigung gefunden haben. Hand in Hand mit diesem Versuch der öffentlichen Diskreditierung der Reichspolitik, welcher mit dem Antritt der Besuchsreise Sr. Majestät des regierenden Kaisers nach Süddeutschland zusammenfiel, ging das Unternehmen des Angeschuldigten, im geheimen die Politik des Reichskanzlers bei Sr. Majestät in Mißkredit zu bringen. Über dieses Unternehmen geben die bei dem Angeschuldigten in Beschlag genommenen Briefe des Freiherrn von Roggenbach vom 24. August und 6. September 1888, welche der Anklage beigelegt sind, nähere Auskunft. Die Anregung zu der Denkschrift hat der letztere gegeben,

jedoch will er später bei genauerer Prüfung derselben sie als ungeeignet zur Unterbreitung an Se. Majestät gefunden, sich dabei auch des Gefühls nicht haben erwehren können, daß die Überreichung der Mißdeutung einer beabsichtigten Intrige ausgesetzt sein würde. Er habe deshalb den Wunsch des Angeschuldigten vor jedermann geheim gehalten, und, als er von dessen Verhaftung gehört, den nicht aus seinen Händen gekommenen Denkschriftsentwurf an dessen Verteidiger mit dem späteren Ersuchen um Abgabe an den Untersuchungsrichter gesandt.

Der Angeschuldigte ist bei seiner Behauptung, daß ihm die Absicht, der Politik des Deutschen Reichs Schwierigkeiten zu bereiten, überall fern gelegen habe, verblieben und hat wiederholt hervorgehoben, daß er den Reichskanzler stets als den unentbehrlichen Ratgeber der Krone erachtet habe. Wenn er sich in letzterer Beziehung darauf beruft, daß der nach der Thronbesteigung des hochseligen Kaisers und Königs Friedrich am 12. März 1888 durch den „Reichs- und Staatsanzeiger“ veröffentlichte Allerhöchste Erlaß an den Reichskanzler nebst dem gleichzeitig veröffentlichten Allerhöchsten Aufruf „An Mein Volk“ von ihm verfaßt worden sei, so ist diese Tatsache richtig. Die Konzepte sind bei ihm und Abschriften davon bei dem Freiherrn v. Roggenbach in Beschlag genommen worden. Nach der Aussage des letzteren, mit der die des Angeschuldigten und die des Staatsministers a. D., Generals z. D. v. Stosch im wesentlichen übereinstimmen, hat sich die Sache folgendermaßen zugetragen: Als der hochselige Kaiser Wilhelm im Juni 1885 in

Ems einen tiefen Ohnmachtsanfall gehabt habe, und ein plötzliches Hinscheiden zu befürchten gewesen, sei ihm ein vom Kronprinzen früher geäußelter Wunsch, auf einen solchen Fall vorbereitet und namentlich gerüstet zu sein, die bei seinem Regierungsantritt erforderlichen öffentlichen Rundgebungen unverzüglich erlassen zu können, ins Gedächtnis gekommen und sei bei einer in jene Zeit fallenden Zusammenkunft mit dem Angeschuldigten auf dem Gute des General v. Stosch zu Oestrich a. Rh. der Entwurf der erforderlichen Proklamationen besprochen worden. Dabei habe er betont, daß nach den Intentionen des hochseligen Kaisers, damaligen Kronprinzen, in allen Rundgebungen dessen Bestreben, sich die Dienste des Reichskanzlers zu erhalten, den Ausgangspunkt bilden müsse. Dieser Instruktion gemäß habe der Angeschuldigte demnächst die beiden Rundgebungen entworfen und sie ihm mittels Schreibens vom 2. August 1885 übersandt, worauf er sie nach Vornahme einiger Abänderungen noch im Laufe desselben Monats dem Kronprinzen auf der Mainau persönlich übergeben habe. Die Entgegennahme scheint nach dem Briefe des Angeschuldigten vom 26. August 1885 anfangs auf Schwierigkeiten gestoßen zu sein. Der Freiherr v. Roggenbach und der General v. Stosch haben sich übrigens bei ihrer Vernehmung zugunsten des Angeschuldigten dahin ausgesprochen, daß nach ihrer Kenntnis seiner Persönlichkeit und Gesinnung er sich nicht bewußt gewesen, daß die Veröffentlichung das Wohl des Deutschen Reichs zu gefährden geeignet sei. Darüber, ob sie selbst in den öffentlichen Nachrichten eine Ge-

fährdung dieses Wohls erblicken würden, haben sich beide nicht geäußert. Der in der Gessén- und Roggenbachschen Korrespondenz wiederholt genannte beiderseitige Bekannte und Vertraute Morier (S. 24) ist der früher der englischen Botschaft zu Berlin als Sekretär attachiert gewesene jetzige englische Botschafter Sir R. Morier zu St. Petersburg.

Demnach wird der Ungeschuldigte angeklagt: im September 1888 im Inlande durch die zu Berlin erscheinende Zeitschrift „Deutsche Rundschau“ Heft 1, Oktober 1888 in dem Artikel mit der Überschrift „Aus Kaiser Friedrichs Tagebuch 1870/71“ vorsätzlich die oben unter Nr. I bis V bezeichneten Nachrichten, von denen er wußte, daß ihre Geheimhaltung den ebendort bezeichneten Regierungen gegenüber für das Wohl des Deutschen Reichs erforderlich war, öffentlich bekannt gemacht zu haben, Verbrechen, strafbar nach § 92 Nr. 1 und § 20 des Reichspressgesetzes vom 7. Mai 1874.

*

*

*

Vorangegangen waren sehr unerfreuliche, Wilhelm den Zweiten bloßstellende kleinliche Strafanträge gegen deutsche Zeitungen, die mit angeblicher Verletzung des Urheberrechts große Stücke aus Kaiser Friedrichs verschiedenen Tagebüchern abgedruckt hatten. So übel beraten war Wilhelm 2., daß er sogar gegen eine Zeitung Strafantrag wegen unbefugten Nachdrucks eines ältern Tagebuchstückes über die Schlacht bei Königgrätz stellte, aber alsbald seinen Antrag zurückziehen mußte, weil festgestellt wurde, daß der Kron-

prinz schon vor Jahren jene Tagebuchblätter in Hunderten von Abdrücken zu beliebiger Veröffentlichung verschenkt hatte.

Am 7. Januar 1889 brachte der Reichsanzeiger den Beschluß des 1. Straffenats des Reichsgerichts vom 4. Januar:

In der Strafsache gegen den . . . Geffden aus Hamburg wegen Landesverrats auf den Antrag des Oberreichsanwalts, in Erwägung, daß zwar nach dem Ergebnis der Voruntersuchung hinreichende Verdachtsgründe für die Annahme vorliegen, daß der Beschuldigte ... Nachrichten, deren Geheimhaltung anderen Regierungen gegenüber für das Wohl des Deutschen Reichs erforderlich war, öffentlich bekannt gemacht hat, daß jedoch für die Annahme des Bewußtseins des Beschuldigten, daß der fragliche Artikel Nachrichten der bezeichneten Art enthalte, genügende Gründe nicht vorhanden sind, beschlossen, 1. den Beschuldigten hinsichtlich der Beschuldigung des Landesverrats (Strafgesetzbuch § 92 Nr. 1) außer Verfolgung zu setzen; 2. die Haft des Beschuldigten aufzuheben; 3. die Kosten des Verfahrens der Reichskasse aufzuerlegen.

Auf Ihren Bericht vom 13. d. M. beauftrage Ich Sie, den Bundesregierungen und dem Reichs-Anzeiger die amtlichen Mitteilungen zu machen, welche erforderlich sind, um den Regierungen und den Reichsangehörigen ein eigenes Urteil über das Verhalten der Reichs-Justizverwaltung in der Untersuchungssache wider den Professor Dr. Geffden zu ermöglichen. Zu

diesem Zwecke bestimme Ich, daß die Anklageschrift gegen den Dr. Geffken im Reichs-Anzeiger veröffentlicht und nebst den Anlagen derselben dem Bundesrat behufs Verwertung im Sinne Ihres Berichts mitgeteilt werde.

Berlin, den 13. Januar 1889.

Wilhelm I. R.

An den Reichskanzler.

von Bismarck.

Berlin, den 13. Januar 1889.

Unter ehrfurchtsvoller Bezugnahme auf meinen Immediatbericht vom 23. September v. J. erlaube ich mir Ew. Majestät den in der Strafsache gegen den Geheimen Justizrat Dr. Geffken ergangenen Beschluß des Reichsgerichts vom 4. d. M. alleruntertänigst vorzulegen. Ausweislich dieses Beschlusses hat das Gericht anerkannt, daß nach dem Ergebnis der Voruntersuchung hinreichende Verdachtsgründe für die Annahme vorliegen, daß der Beschuldigte durch seine Publikation in der „Deutschen Rundschau“ Nachrichten, deren Geheimhaltung anderen Regierungen gegenüber für das Wohl des Deutschen Reichs erforderlich war, öffentlich bekannt gemacht habe. Der Angeschuldigte ist jedoch außer Verfolgung gesetzt worden, weil für die Annahme des Bewußtseins desselben von der Strafbarkeit seiner Handlung nach Ansicht des Gerichts genügende Gründe nicht vorlagen.

Mein ehrfurchtsvoller Bericht vom 23. September war durch den Umstand veranlaßt worden, daß die Veröffentlichung des Tagebuchs weiland Kaiser Fried-

richs, deren Urheber damals noch unbekannt war, von einem großen Teil der Presse des In- und Auslandes zu Entstellungen benutzt wurde, vermöge deren die Schädlichkeit jener unberechtigten Veröffentlichung für das Reich und für das Königliche Haus wesentlich gesteigert wurde. Analoge Entstellungen der Thatfachen und des gerichtlichen Verfahrens, sowie der Gründe der Einleitung und der Einstellung desselben finden gegenwärtig in der reichsfeindlichen Presse des In- und Auslandes statt und werden ausgebeutet, um die Unparteilichkeit und das Ansehen der Kaiserlichen Justizverwaltung im Reich zu verdächtigen. Dieselben haben den Zweck, das Verfahren der Reichsanwaltschaft und des Reichsgerichts im Lichte der Parteilichkeit und der tendenziösen Verfolgung darzustellen. Es ist daher für Ew. Majestät Justizverwaltung im Reich ein Bedürfnis, die Möglichkeit eigenen, durch die reichsfeindliche Presse nicht gefälschten Urteils über das eingehaltene Verfahren, zunächst bei den verbündeten Regierungen, dann aber auch in der öffentlichen Meinung der Reichsangehörigen herzustellen. Dies kann nur auf dem Wege geschehen, daß das gesamte Material, durch welches die Entschließungen der Reichsanwaltschaft und des Reichsgerichts bestimmt worden sind, zur Kenntniß aller derer gebracht werde, welche ein berechtigtes Interesse daran haben, daß das Verhalten der Reichs-Justizbehörden sich überall als ein gerechtes und sachgemäßes erweise. Dieser Zweck würde meines ehrfurchtsvollen Dafürhaltens erreicht werden, wenn Ew. Majestät geruhen wollten, die Veröffentlichung der Anklageschrift durch den Reichs-An-

zeiger zu befehlen, und durch das Organ des Bundesrats den verbündeten Regierungen mit diesem meinem ehrfurchtsvollen Bericht die gesamten Unterlagen der Anklage gegen Professor Geffken behufs weiterer Bewertung in dem oben gedachten Sinne mitzuteilen.

Für den Fall des Allerhöchsten Einverständnisses mit dieser Auffassung darf ich ehrfurchtsvoll anheimstellen, den anliegenden Orderentwurf huldreichst vollziehen zu wollen.

von Bismard.

Er. Majestät dem Kaiser und König.

*

Die innerpolitischen Folgen des ganzen Strafverfahrens traten in einem Aufsatz der Kreuzzeitung vom 20. Januar 1889 zutage: „Das monarchische Gefühl.“ Der Verfasser hütete sich, den Bericht Bismarcks über das Tagebuch ausdrücklich als das zu bezeichnen, was er war: „hämische Verdächtigung von Mitgliedern der kaiserlichen Familie“; versteckte sein wahres Ziel hinter solchen bewußt lügenhaften Schimpfereien wie: „Haben die schamlosen Erörterungen der freisinnigen Presse über die Personen der Kaiser Friedrich und Wilhelm 2. gelegentlich der Veröffentlichung des kronprinzlichen Tagebuchs den tiefen Unwillen jedes Patrioten erregt, so stehen die Preußen, denen die Devise gilt: Mit Gott für König und Vaterland! der Veröffentlichung der Anklageschrift mit den sie begleitenden Umständen traurig und bekommen gegenüber.“ Die schroffsten Urteile über die

Anlage gegen Geffden hatte nicht die freisinnige, sondern die konservative Presse gefällt. Zutreffend aber waren die Darlegungen der „Kreuzzeitung“ über die Erschütterung des „monarchischen Gefühls“, nur daß sie nicht der Wahrheit gemäß zu schreiben wagte, was sie und mit ihr Unzählige dachten: die Erschütterung des Gefühls für den Monarchen Wilhelm 2. Nichts so sehr wie sein unkindliches und zugleich unfürstliches, dazu unstaatsmännisches Verhalten gegenüber dem schriftlichen Vermächtnis seines kaiserlichen Vaters hat Wilhelm dem Zweiten damals die Herzensneigung seines Volkes für immer geraubt.

Kleines und Kleinstes kam hinzu, um die gereizte Stimmung während des Verfahrens gegen das Tagebuch zu vergiften. Kaiser Friedrich hatte den nichts-sagenden Namen „Neues Palais“ bei Potsdam in „Schloß Friedrichskron“ verwandelt, um die Erinnerung an den Erbauer Friedrich den Großen zu erneuern. Wilhelm 2. hob sogleich diese Verfügung seines Vaters auf, und fortan hieß es wieder „Neues Palais“. — Kaiser Friedrich hatte nach einer erregten Erörterung im Reichstage über die gesetzwidrigen Wahlbeeinflussungen des Ministers des Innern von Puttkamer dessen Rücktritt veranlaßt; Wilhelm 2. verlieh dem Wahlfälscher den Schwarzen Adlerorden. — Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung brachte eingehende Auseinandersetzungen über die Gegensätze zwischen den politischen Grundanschauungen der Kaiser Wilhelm 1. und Friedrich, erklärte aber die Richtung des letzten dadurch: „Unter den Ratgebern, welche sich damals an den Erben der deutschen Kaiser-

herrlichkeit drängten, befanden sich viele theoretische, aber kaum ein praktischer Politiker.“ Natürlich rührte diese Wendung von Bismarck her und zielte gegen liberale Männer, wie Roggenbach.

Die ganze Zeit zwischen der Veröffentlichung des Tagebuchs und dem Abschluß des Strafverfahrens gegen Geffken war erfüllt von solchen Vergleichen zwischen Vater und Sohn, aber viel weniger zwischen Kaiser Friedrich und Wilhelm 2., als zwischen den ersten beiden Kaisern des neuen Reichs, und die lieblosesten Vergleiche rührten keineswegs aus liberalen Kreisen her, sondern standen in den vom Reichskanzleramt beeinflussten Blättern. Um so peinlicheres Aufsehen erregte das Eingreifen Wilhelms 2. in diesen Streit um die Politik zweier Kaiser bei Gelegenheit der Schenkung des Schloßbrunnens. Am 27. Oktober 1888 überreichte ihm eine Abordnung der städtischen Behörden Berlins unter Führung des Oberbürgermeisters von Jordanbeck die Urkunde über dieses Geschenk der Reichshauptstadt, worauf der Kaiser, nach einigen oberflächlichen Dankesworten, in leidenschaftlichem Unwillen erwiderte: „Während er seine Gesundheit und alle Kräfte [nämlich auf vergnügungsreichen festlichen Besuchsreisen nach Petersburg, Wien und Rom] eingesetzt hätte, um durch Anknüpfen von Freundschaftsbanden [die lange vor ihm festgeknüpft waren] den Frieden und die Wohlfahrt des Vaterlandes zu sichern, hätten die Tagesblätter Berlins die Angelegenheiten seiner Familie in einer Art und Weise an die Öffentlichkeit gezogen und besprochen, wie sich ein Privatmann das nie hätte gefallen lassen. Er sei

dadurch nicht nur schmerzlich berührt, sondern sein Unwille sei dadurch erregt worden. Vor allem hätte er sich aus, daß das fortdauernde Zitieren seines Vaters gegen ihn endlich unterbleibe. Der Oberbürgermeister solle dafür sorgen. Es verleihe ihn als Sohn aufs tiefste und sei unpassend im höchsten Grade. Er gebe sich der Erwartung hin, daß man davon absehen werde, intime Beziehungen seiner Familie zum Gegenstand der Erörterung in der Presse zu machen."

Unbegreifliche Befangenheit des Kaisers gegenüber den unzweideutigsten Tatsachen. Kein anderer als sein eigener Reichskanzler hatte die schwersten Verdächtigungen gegen Kaiser und Kaiserin Friedrich ausgesprochen; kein anderer als ihr kaiserlicher Sohn hatte den Abdruck des Berichtes mit diesen Verdächtigungen im Reichsanzeiger genehmigt; — was wollten dagegen die Erörterungen in der Presse besagen? Die „Berliner Volkszeitung“ traf den Kern der Sache, indem sie schrieb: „Der Kaiser spricht seine Meinung frei und offen genug aus; weshalb soll die freisinnige Presse, an welche er seinen Tadel offenbar allein richtet, nicht ebenso frei und offen sein? Als der gegenwärtige Kaiser zu Sonnenburg den Adel für die ‚Edelsten und Besten‘ des Volks erklärte (S. 18), da wurde von freisinnigen Blättern daran erinnert, daß Kaiser Friedrich feierlich erklärt habe (in seinem ersten Erlaß an das deutsche Volk), alle Staatsbürger ständen ihm gleich nahe, denn alle hätten gleichmäßig in schwerer Zeit ihre Vaterlandsliebe bekundet. Dies kann Kaiser Wilhelm allerdings wohl als ein Zitieren seines Vaters gegen seine Person aufgefaßt und

schmerzlich empfunden haben.“ Deutlicher konnte die Zeitung kaum werden.

*

Was hatte dem Geschlecht um 1888 und damit der Geschichte das Tagebuch des Kronprinzen Friedrich enthüllt? Daß die Begründung des Deutschen Reichs durch König Wilhelm und seinen Kanzler gar anders geschehen war, als die schulgerechte Überlieferung hatte glauben machen. Dies allein hätte Bismarcks Zorn schwerlich so erregt, daß er jede Rücksicht fallen ließ. Nein, aber das Tagebuch bewies, daß der preußische Kronprinz, obwohl „außerhalb der politischen und geschäftlichen Verhandlungen“ stehend, d. h. außerhalb des Aktenbetriebes, einer der stärksten und unablässigsten Förderer des Gedankens von Kaiser und Reich gewesen war. Was Bismarck dem Kronprinzen zum Vorwurf machte, war, daß dieser die von Bismarck erreichte Verwirklichungsform seines Gedankens weder für die allein mögliche, noch für die allein richtige gehalten hatte. Auf wessen Seite das größere Recht gewesen, ist eine müßige, jedenfalls eine ungeschichtliche Frage, denn Wirklichkeit haben nicht die höher fliegenden Wünsche des Thronerben gefunden, sondern die des Mannes, der einst die Politik für die „Kunst des Möglichen“ erklärt hat. Wer aber darf zu behaupten wagen, es habe damals nur eine Möglichkeit gegeben? Man prüfe die Aufzeichnung des Kronprinzen am 16. November (S. 116), also zu einer Zeit, wo Bismarck aus Rücksicht auf die Südstaaten noch nicht mit voller Entschiedenheit für das kaiser-

liche Oberhaupt des Reichs eintreten wollte, — wer war damals nicht nur der Kühnere, sondern vielleicht auch der Staatsmännischere? Bismarck beurteilte die Widerstände Bayerns und Württembergs vom Standpunkt eines Ministers, des höchstehenden deutschen Beamten, aber doch eines Beamten, eines Untergebenen; der Kronprinz sprach als Fürst, der die Seelen deutscher Fürsten kannte, und seine Worte: „Es ist gar keine Gefahr, treten wir fest und gebietend auf, so werden Sie sehen, daß ich recht hatte, zu behaupten, Sie seien sich Ihrer Macht noch gar nicht genügend bewußt“, behalten ihre Geltung über die allmähliche Wirklichkeit hinaus. Die bedeutsame Stelle des Tagebuchs vom 10. Oktober (S. 106): „Bismarck sagt mir, . . . er habe nicht geglaubt, daß das Verlangen im deutschen Volke nach der Kaiserkrone so mächtig sei, als es sich jetzt herausstellte“, hat Bismarck nicht anzuzweifeln gewagt.

Wie früh der Kronprinz an die Aufrichtung des deutschen Kaisertums gedacht, zeigt seine Aufzeichnung schon am 19. September in Versailles: „Beim Betrachten der Prunkgemächer, in welchen so viel Unheil für Deutschland beschlossen wurde und in denen die Verhöhnung seines Zerfalles bildlich dargestellt ist, hege ich die feste Hoffnung, daß gerade hier die Wiederherstellung von Kaiser und Reich gefeiert werden werde.“ Dieser Gedanke verläßt ihn nicht mehr, er vertritt ihn dem abgeneigten Vater gegenüber und macht ihn dafür zugänglich (30. September, S. 102).

Vor der Veröffentlichung des Tagebuchs hatte man nur in den eingeweihten Kreisen gewußt, wie zögernd,

widerstrebend, ja ablehnend König Wilhelm sich im Herbst und Winter 1870 gegen die Annahme der Kaisertürde verhalten hatte. Nun erfuhr man die Wahrheit, die auch Bismarck nicht bestritt, und siehe da: dem Andenken an den ehrwürdigen ersten Kaiser tat diese Enthüllung so gut wie gar keinen Eintrag. Im Gegenteil, sie rundete sein Bild, das eines alt-preussischen, aber noch im hohen Alter entwicklungsfähigen Herrschers, eigenartig ab; nur daß nach dieser Aufklärung der Name des „Großen“, den Wilhelm 2. für seinen Großvater der Geschichte aufzwingen wollte, unmöglich erschien.

Ebenso wenig hat die Enthüllung über die Haltung des Bayernkönigs Ludwig 2. bei der Einsetzung des Kaisertums geschadet. Beim Erscheinen des Tagebuchs war der König schon mehr als zwei Jahre tot, und man sah sich keiner Täuschung mehr über ihn hin. Die gebildete Welt Deutschlands war reif genug für die Enthüllung, daß Ludwig 2. nur einen von Bismarck entworfenen Brief abgeschrieben hatte, worin König Wilhelm um Annahme des Kaiseramtes ersucht wurde (30. November und 3. Dezember, S. 124).

Woran Bismarck den ärgsten Anstoß nahm, war der im Tagebuch wiederholt zutage tretende Entschluß des Kronprinzen dereinst freisinnig — so schreibt er stets statt „liberal — zu regieren. Dem Kanzler schien es gefährlich, da deutsche Volk erfahren zu lassen, daß es einst wenigstens eine Möglichkeit gegeben, in Deutschland auch anders zu regieren, als von jeher regiert worden war und unter Wilhelm 2. weiter regiert werden sollte. Eine Stelle des Tagebuchs wie die schon vom

29. Juli in Karlsruhe: „Unser [wohl mein und des badischen Großherzogs] Hauptgedanke ist, wie man nach erkämpftem Frieden den freisinnigen Ausbau Deutschlands weiterführe“, oder die vom 6. September: „Meine Hoffnung auf den Ernst des Volkes, Pflicht freisinnigen Ausbaus des staatlichen und nationalen Lebens“, waren grade beim Erscheinen des Tagebuchs sehr anstößig: die Fortschrittspartei hatte sich einige Jahre zuvor den Namen „Freisinnige Partei“ beigelegt, — so klangen denn solche Sätze des Kronprinzen, wenngleich vor 18 Jahren niedergeschrieben, als höchst staatsgefährlich, um so mehr als sie für Reichstagswahlen zum Stichwort dienen konnten. Wie klar der Kronprinz in die Zukunft geblickt, beweist eine seiner letzten Aufzeichnungen in Frankreich: „7. März. Ich zweifle an der Aufrichtigkeit für den freiheitlichen Ausbau des Reichs und glaube daß nur eine neue Zeit, die einst mit mir rechnet, solches erleben wird.“

*

Eine besondere Bedeutung gewinnt Kaiser Friedrichs Tagebuch grade in diesen Tagen, wo wir durch England, weit überwiegend durch England ausgehungert und zerschlagen zwischen den Trümmern des Deutschen Reiches wanken, durch die Stellen, sie von einer mit England befreundeten Zukunftspolitik Deutschlands sprechen. Bis zur Erkrankung des Kronprinzen hatte ein nahezu freundschaftliches Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und England bestanden, ohne besondere Wärme, aber auch ohne ernsthafte Reibungen

und Zerrwürfnisse. Der erste Grund zur Verbitterung — zunächst mehr der deutschen Volksseele als einer der beiden Regierungen — wurde durch die Berufung des englischen Arztes Mackenzie an das Krankenlager des Kronprinzen durch die Kronprinzessin Viktoria gelegt. In den Staatsakten steht nichts von diesen seelischen Zusammenhängen; doch jeder, der jene Zeit mit offenen Augen und Ohren durchlebt hat, wird sich erinnern, wie gereizt die Volksstimmung in Deutschland gegen den wahren oder vermeintlichen Einfluß Englands auf die Beschützerin des Arztes und von da aus gegen den wahren oder vermeintlichen Einfluß Englands auf eine deutsche Lebensfrage, seit 1887 gewesen ist. „Die Engländerin“ wurde die Kronprinzessin und Kaiserin Friedrich mit ausgesprochener Abneigung in sehr weiten Kreisen genannt, und als der Kaiser der 99 Tage unter der Behandlung des leitenden englischen Arztes gestorben war, galt es dem größten Teil des deutschen Volkes für ausgemacht, daß er ein Opfer der Bevorzugung eines Engländers vor den größten deutschen Ärzten geworden war. Die scharfe Sprache in Bismarcks Bericht über die Indiskretionen des kronprinzlichen Hofes im deutsch-französischen Kriege ist vornehmlich aus der feindseligen Stimmung gegen England zu würdigen, die, 1887 beginnend, sich bis in die erste Regierungszeit Wilhelms 2. fortsetzte. Man lese den erregten Brief des englischen Botschafters Morier über seine Verdächtigung als Spion (vgl. S. 24), die selbstverständlich vom Fürsten Bismarck selbst ausging — z. B. im Schultheßschen Geschichtskalender für 1889 auf S. 2 —, lese die nicht milder als

schönöde zu nennende Antwort des Staatssekretärs Grafen Herbert Bismarck, die schroffe Erwiderung Moriers, und man bekommt ein Bild der Spannung der Gemüter diesseits und jenseits der Nordsee. Wie dann unter Wilhelm 2., und überwiegend durch ihn, durch das, was man verschleiernd seine „Impulsivität“ nannte, z. B. durch seine unheilvolle Drahtung an den Burenpräsidenten Krüger, aus der Gereiztheit eine immer bedrohlichere Feindschaft erwuchs, das zu schildern ist eine der dringenden, zugleich traurigsten Aufgaben der zukünftigen Geschichtsforschung. Daß nicht alle Schuld an dieser uns zum Verderben gewordenen Feindseligkeit zwischen zwei Völkerseelen auf der Wagschale Englands liegt, weiß jeder Deutsche, der sich an das Verhalten unsrer Presse im Burenkriege erinnert. Es war genau dasselbe wie das der amerikanischen Presse im Weltkriege vor dem Bruche mit Deutschland: feindselig bis zur äußersten Gehässigkeit.

Der preußische und deutsche Kronprinz hatte zum Angelpunkt seiner dereinstigen Außenpolitik die Freundschaft mit England erkoren. Die hierauf bezüglichen Stellen des Tagebuchs wird der Leser selbst zu würdigen wissen. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, also Fürst Bismarck, schrieb nach der Veröffentlichung des Tagebuchs hierüber sehr offenherzig (15. Oktober): „Nicht nur in der inneren Politik, vielleicht noch konstanter war dies (die Meinungsverschiedenheit zwischen Wilhelm 1. und seinem Sohn) der Fall in der auswärtigen, und würde sich bei längerem Leben des Kaisers Friedrich gerade diese Verschiedenheit noch schärfer ausgeprägt haben. Über

die Hinneigung Kaiser Wilhelms 1. zur russischen Politik besteht kein Zweifel, über die Vorliebe Kaiser Friedrichs für englische Beziehungen ebensowenig. . . Der letztere war zur Zeit des Französischen Krieges bald 40, also in einem Alter, wo man seine eigene und unabhängige Meinung hat. Diese war nicht die seines Herrn Vaters." — Diese Darlegung wurde in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung am 15. November verstärkend wiederholt: „In der auswärtigen Politik, um die allein es sich 1870 handelte, hat der spätere Kaiser Friedrich von seinem durch verwandtschaftliche Beziehungen getragenen Wohlwollen für England, für dessen Dynastie und Politik niemals ein Hehl gemacht, auch seinem Herrn Vater gegenüber nicht.“

„Bei längerem Leben des Kaisers Friedrich"! Man stelle sich vor, was der Phantasie keine Schwierigkeit macht, der Kaiser Friedrich hätte 20 Jahre regiert, also bis 1908, über den Tod der Königin Victoria (1902) hinaus, bis tief in die Regierungszeit des ihm herzlich befreundeten Königs Eduard hinein: glaubt man, daß alsdann in einem Kriege Deutschlands mit Frankreich und Rußland England sich auf die Seite der Feinde Deutschlands gestellt haben würde? Unter einem gesunden Kaiser Friedrich wäre es sehr wahrscheinlich zu einem festen Bündnis zwischen Deutschland und England gekommen, alsdann aber schwerlich zu einem zwischen Frankreich und Rußland. Allerdings hätte Deutschland sich als Bundesgenosse Englands vielleicht — sicher ist auch das nicht — mit einer kleineren Flotte begnügt; immerhin

wäre sie größer gewesen und geblieben als die, die wir jetzt, im Sommer 1919 besitzen.

*

Das Recht zu einer neuen selbständigen Ausgabe des Tagebuchs Kaiser Friedrichs ist erst seit Ablauf des Jahres 1918, mit dem Ende der urheberrechtlichen Schutzfrist, völlig unbestreitbar. Seit Jahren hatte ich diesem Zeitpunkt entgegengesehen mit der bestimmten Erwartung, daß das Tagebuch dann sofort neu erscheinen würde. Als dies, wohl unter dem ablenkenden Einfluß der Zeitverhältnisse, unterblieb, faßte ich selbst den Plan, diese unentbehrliche Urkunde zur Geschichte des letzten Halbjahrhunderts in einer allgemein zugänglichen Form herauszugeben.

Am Wortlaut habe ich selbstverständlich nicht das Mindeste geändert; nur die Rechtschreibung ist der heutigen angepaßt und die Druckanordnung übersichtlicher gestaltet worden als in der ersten Veröffentlichung.

Einige erklärende Anmerkungen sind für den Durchschnittsleser unsrer Zeit unentbehrlich; ich habe sie auf das bescheidenste Maß des Notwendigen beschränkt.

Bornim bei Potsdam 1919,
an Kaiser Friedrichs Sterbetag.

Eduard Engel.

I.

11. Juli. Thile * sehr ernst, kann sich kaum helfen zwischen Ems, Barzin und Sigmaringen, um sich Instruktionen zu holen; der Erbprinz ** ist in den Alpen, der französische Geschäftsträger Lesourd sagt in Gegenwart des österreichischen zum spanischen Gesandten, er werde abreisen, da niemand zum Verhandeln da sei.

12. Juli. Bismarck will kommen, Gortschakow und Reuß kommen an.

13. Juli. Unterredung mit Bismarck, der am 12. spät aus Madrid die Nachricht vom Verzicht des Erbprinzen erhielt, wodurch er den Frieden für gesichert hält, will zurück nach Barzin, scheint überrascht durch die Wendung in Paris. Gortschakow ist auch friedlich, wenngleich er eben die Nachricht

* Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt unter Bismarck 1870.

** von Hohenzollern-Sigmaringen, der von den spanischen Kammern zum König erwählt worden war.

erhalten, Frankreich verlange Garantien für die Zukunft, man müsse dies abwarten, doch werde auch dieser Punkt seine Erledigung finden. Er bewundert unser Benehmen, das des Erbprinzen und unserer Presse, er werde Sorge tragen, daß die großen europäischen Kabinette dies anerkannten. Ich höre indes aus Paris, Napoleon habe einem seiner ehemaligen Minister gesagt, im gegenwärtigen Augenblick seien Spaniens Angelegenheiten gleichgültig, es handle sich um den Kampf über den Besitz der Macht zwischen Preußen und Frankreich. Einige französische Blätter tadeln die Haltung der Regierung, Olliviers * Organe fordern die Ausführung des Art. V des Prager Friedens über Nordschleswig und Auflösung der Verträge der Süddeutschen mit uns.

14. Juli. Bestätigung der kriegerischen Nachrichten.

15. Juli. Bismarck sagt mir, daß er mit Roon und Moltke dem König bis Brandenburg entgegenfahre; unterwegs trug er mit großer Klarheit und würdigem Ernst, frei von seinen sonst gewöhnlich beliebten kleinen Scherzen, seine Ansicht über den Stand unseres Verhältnisses mit Frankreich vor, so daß

* des leitenden französischen Ministers.

mir nun klar ward, daß ein Nachgeben um des Friedens willen bereits unmöglich; Stärke und Verfassung des französischen Heeres halten er und Moltke nicht für besonders. Der König war durch unser Erscheinen überrascht, hatte aber, nachdem er Bismarcks Vortrag während der Weiterfahrt angehört, nichts Wesentliches gegen die Dringlichkeit einer zu befehlenden Mobilmachung einzuwenden. Auf dem Bahnhof Thile mit Olliviers Rede, der König will die Mobilmachung des VII. und VIII. Armeekorps befehlen, da sicherlich die Franzosen in 24 Stunden in Mainz sein würden, ich drang auf sofortige Mobilmachung der ganzen Armee und Marine, weil keine Zeit zu verlieren; dies wird angenommen, was ich dem Publikum verkünde. Der König umarmt mich in tiefster Bewegung, wir beide fühlten, worum es sich handle; er besteigt mit mir den Wagen, begeisterter Empfang, ich mache den König auf die „Wacht am Rhein“ aufmerksam, in diesem Augenblicke fühlt jeder die feierliche Bedeutung der dazu gehörigen Worte.

16. Juli. Es werden drei Armeen gebildet, ich soll die süddeutsche führen, habe also den aller-schwierigsten Auftrag, mit jenen uns abholden und keineswegs in unserer Schule ausgebildeten Trup-

pen einen so tüchtigen Gegner zu bekämpfen, wie es das französische Heer sein wird, der sich lange vorbereitet und sicherlich sogleich in Süddeutschland einfällt.

17. Juli (Sonntag). Ergreifende Predigt von Strauß in der Potsdamer Garnisonkirche, dann Kriegsrat; mir die Süddeutschen mit dem XI. preussischen Korps, Stosch ist unabhömmlich, Blumenthal Chef meines Stabes, Gottberg Quartiermeister.

18. Juli. Allgemeine Begeisterung, Deutschland erhebt sich wie ein Mann und wird seine Einheit herstellen.*

19. Juli. Ich erhalte meine offizielle Ernennung. Eröffnung des Reichstages, Fahrt mit dem König nach Charlottenburg, am Todestag; von Königin Luise, wo wir längere Zeit und recht beklommenen Herzens am Grabe der Großeltern beteten; beim Hinaustreten sagte ich meinem Vater, daß ein Kampf, unter solchen Umständen unternommen, gelingen müsse. Ruhiger Nachmittag mit Frau und Kindern.

20. Juli. Zu Moltke, der rät noch nicht nach Süden zu gehen; Bismarck dagegen rät sofort und

* Der Kronprinz war einer der ersten, die diesen Gedanken schon damals aussprachen.

en clair* den süddeutschen Fürsten meine bevorstehende Ankunft behufs persönlicher Meldung telegraphisch anzuzeigen, weil der Eindruck vorzüglich sein werde. Sobald als möglich solle ich dann an jene Höfe gehen; der König stimmt zu, die Telegramme gehen ab.

21. Juli. Der Herzog von Coburg** kommt von Fiume und bittet um Verwendung für ein Reservecorps oder in den Elbherzogtümern, eventuell in meinem Stabe.

22. Juli. Die Königin*** kommt, bewegt von der Begeisterung am Rhein, mein Stab organisiert sich, das Bureau ist wie 1866 in meinem Palais; die meisten deutschen Fürsten kommen, ihre Dienste anzubieten.

23. Juli. Ruhe.

24. Juli. Taufe † im höchsten Staat, der König ist zu ergriffen, um das Kind zu halten, ernste Feier, wer von uns wird wiederkehren? aber, wir siegen! Ich bin ganz darauf gefaßt, eine Reservestellung einzunehmen, die hauptsächlich in der Flanke der Zentrumsarmee zu wirken berufen sein wird,

* in offenen Drahtungen, ohne Geheimziffern.

** Herzog Ernst.

*** Augusta.

† der Prinzessin Sofie, nachmaligen Königin von Griechenland.

denn große Unternehmungen werde ich schwerlich ausführen können.

25. Juli. Mit meiner Frau in der Stille am Grabe Sigismunds * zum heil. Abendmahl, erfahre, daß ich morgen abreisen soll.

26. Juli. Abreise, überall begeisterter Empfang.

27. Juli. Über Nürnberg nach München, König Ludwig auffallend verändert, seine Schönheit hat sehr abgenommen, er hat die Vorderzähne verloren, bleich, nervös unruhig im Sprechen, wartet die Antwort auf Fragen nicht ab, sondern stellt schon, während man antwortet, weit andere Dinge betreffende Fragen. Er scheint aus vollem Herzen bei der nationalen Sache zu sein, allgemein wird sein rascher Entschluß gelobt, er hat ohne Brays Wissen die ihm von Prandl vorgelegte Mobilmachungsorder gezeichnet. Begeisterter Empfang. Zu meiner Überraschung ist Herzog Friedrich ** hier, und zwar als eben ernannter bayrischer General, ein Übergangsstadium zur Annäherung an uns. Offener Brief, geht zunächst wieder nach Hause zur Regelung seiner Gutsverhältnisse. Usedom und Hohenlohe zweifeln nicht an Österreichs Neutralität

* eines verstorbenen Sohnes des Kronprinzenpaares.

** von Schleswig-Holstein-Augustenburg.

trotz Beusts* Zweideutigkeit. Empfang im Theater, Wallensteins Lager. Der König meint, Schiller habe viel demokratische Tendenzen, und glaubt, daß man deshalb in Berlin nicht gern sein Denkmal aufstellen lassen will.** Bei der Abreise erhalte ich einen Brief von ihm, die Selbständigkeit Bayerns möge beim Frieden gewahrt werden.

28. Juli. Stuttgart. Der König nimmt meine Meldung in steifer, dienstlicher Stellung an, die Königin freundlich, blaß, angegriffen. Sudow ist ehrlich national, Barnbühler gab sich sehr patriotisch, er habe 1867 Napoleon auf dem Bahnhof gesagt, Deutschland werde bei einem Angriff einig sein, bittet einen Abgesandten im Hauptquartier zuzulassen, schlägt Prinz Wilhelm*** vor oder Spitzenberg, der ja rasch zum Landwehrmajor umgestempelt werden könne. Erst gestern ist der Kanzler der französischen Gesandtschaft abgereist und ebenso Barnbühlers Sohn von Paris. Empfang der übrigen Minister, der Bürgermeister, Vertreter der nationalen Partei; die Begeisterung bei der Abreise machte mich fast verlegen, man überreichte mir

* nach 1866 österreichischer Erstminister.

** Die Enthüllung des fertigen Denkmals ließ lange auf sich warten.

*** von Württemberg.

ein Bukett in norddeutschen Farben. Welche Verpflichtung legt uns diese Haltung des deutschen Volkes auf! Es wäre klug, kleine Eigentümlichkeiten dieser Staaten zu respektieren, z. B. ihre Gesandten. Gortschakow ist nach Petersburg berufen, Rußland wird wachsam Österreichs Neutralität beobachten, Italien ist unsicher, hat kein Geld. Die merkwürdige Untätigkeit der Franzosen deutet doch auf Rechenfehler.

29. Juli. Karlsruhe. Unser * Hauptgedanke ist, wie man nach erkämpftem Frieden den freisinnigen Ausbau Deutschlands weiterführe.

30. Juli. Abreise nach Speyer, wo das Hauptquartier bei Pfeuffer, bayrisches Bivak, tüchtige Soldaten, etwas schwerfällig, aber man muß das preußische Kluge ablegen; im Dom fand 1867 die erste Begrüßung des Prinzen von Wales mit Prinzess Alexandra statt.

31. Juli. Bewegter Gottesdienst, Moltke telegraphiert, ich möge, sobald die Württemberger und Badenser heran seien, am linken Ufer südwärts vorgehen und angreifen, damit ein Brückenschlag bei Lauterburg verhindert werde. Ich bin dazu

* des Kronprinzen und des Großherzogs Friedrich von Baden.

noch nicht imstande, aber überall fühlt man sich wieder sicher, seit die Preußen da sind.

1. August. Frage einer Armbinde, als Erkennungszeichen, verneint, weil die Nachahmung zu leicht. Langes befriedigendes Gespräch mit dem Herzog von Coburg und Morier,* Freytag** ist da; ich hoffe, daß Roggenbach auch kommt. Wir sind schlagfertig und suchen zuvorzukommen, wer konnte das erwarten? Cartwright kommt aus Italien, die Stimmung ist dort schwankend, von wem Rom am meisten zu hoffen habe. Ich habe das Vorgefühl, daß mit diesem Krieg ein Ruhepunkt im Schlachten-schlagen und Blutvergießen eintreten muß; jetzt aber gilt mein Wahlspruch: „Mit Gott furchtlos und beharrlich vorwärts!“ Mein Hauptquartier schwillt so an, daß ich es in zwei Staffeln teilen muß, deren erste*** alle wirklich dienstlich Beschäftigte umfaßt.

2. August. Befehl, meine Armee zusammenzuziehen, die Bayern sind ziemlich fertig.

3. August. Abschied, letztes Bad im Rhein, Landau ganz veraltet, wahrscheinlich morgen Ge-

* dem englischen Gesandten in Darmstadt.

** Gustav Freytag.

*** Die zweite bestand aus „Schlachtenbummlern“.

secht, heute sollte Friedrich Wilhelms III. Standbild * enthüllt werden.

4. August. Weissenburg. Unsere Leute benehmen sich, jede Terrainfalte benutzend, wie bei jeder Felddienstübung im Frieden; unverhohlen entfiel auch unseren bayrischen Begleitern das Lob, ebenso für unsere Soldaten wie für ihre Fechtart. Vor der Stadt eingeschossen, dieselbe genommen, damit ist ein fester Platz und die Beherrschung der nach Straßburg führenden Eisenbahnen und Straßen gewonnen. Wir hatten zusammen zwei Divisionen, der Feind eine, die teilweise erst nachts eingetroffen, aber er hatte den außerordentlichen Vorteil des Terrains. Großer Jubel, Sterbende und Schwerverwundete richteten sich mit größter Kraftanstrengung auf, um ihre Freude zu erkennen zu geben. Die Fahne des Königsregiments ward durch den Schaft getroffen, drei Träger fielen, bis Sergeant Förster den Stürmenden voran die Höhe erreichte; ich mußte jenes glorreich hochgehaltene Siegesbanner an meine Lippen drücken. Am südlichen Abhange wurden zwei Zeltlager aus tentes d'abri** mit unberührtem Mittagessen und Mund-

* im Berliner Lustgarten; es wurde beim Sieges-
einzug am 16. Juni 1871 enthüllt

** Schutzzelten.

vorrat genommen; an General Douais Leiche kroch sein Hündchen herum. Die schwazenden französischen Ärzte wußten nichts von der Genfer Convention, hatten auch keine Binden mit rotem Kreuz und riefen nur: „Procurez-nous notre bagage.“* Die Turkos sind die richtigen Wilden. Quartier bei Pfarrer Schäfer in Schweighofen. Französische Soldaten sagen mir: „Ah, vos soldats Prusiens se battent admirablement“.**

5. August. Marsch nach Frankreich, wohlhabende Ortschaften verlassen, Furcht vor deutschen Menschenfressern; der grauenvolle Anblick des Schlachtfeldes wird immer entsetzlicher, überall Spuren eiligen Rückzuges, Roggenbach kommt als badischer Landwehrmajor. Ein auf dem Bahnhof gefundenes Telegraphenbuch gibt wichtige Aufschlüsse, es zeigt namentlich, wie wenig die Franzosen mit Aufstellung, Formation und Verpflegung vorbereitet sind, und läßt vermuten, daß die französische Armee ihre Hauptmacht vor Metz konzentriert. Meldung großer französischer Bivaks hinter Wörth in drei Divisionen, die Verstärkung erhalten, noch festere Stellung als Weißenburg.

* Verschaffen Sie uns unser Gepäc.

** Ihre preußische Soldaten schlugen sich bewundernswert.

6. August. Wö r t h. 80 000 Franzosen, ich habe 100 000 Mann. Mac Mahons zäher Widerstand, allmählich kämpfend abziehen, war bewundernswürdig, allein er überließ mir die Walstatt. Ich konnte das Ganze leiten, Blumenthal und Gottberg standen mir trefflich zur Seite, 4 $\frac{1}{2}$ Uhr konnte ich dem König den Sieg melden. Die Mitraillösen wirken unverkennbar vernichtend innerhalb des engen Raumes ihrer Schußbahn. Die Mitwirkung der Süddeutschen hat den Ritt für die verschiedenartigen Truppen gegeben, die Folgen werden von ungeheurer Tragweite sein, wenn wir den ernststen Willen hegen wollen, einen solchen Augenblick nicht unbenuzt vorübergehen zu lassen. Ein Kürassieroberst sagte mir: „Ah monseigneur, quelle défaite, quel malheur; j'ai la honte d'être prisonnier, nous avons tout perdu.“* Ich erwiderte ihm: „Vous avez tort de dire d'avoir tout perdu, car après vous être battu comme de braves soldats, vous n'avez pas perdu l'honneur;“ worauf er sagte: „Ah merci, vous me faites du

* Ach, Hoheit, welche Niederlage, welch' Unglück; ich leide die Schmach, Gefangener zu sein, wir haben alles verloren. — Sie haben Unrecht, zu sagen, daß Sie alles verloren haben, denn da Sie sich wie tapfere Soldaten geschlagen, haben Sie Ihre Ehre nicht verloren. — Danke, Sie tun mir wohl, indem Sie mich so behandeln.

bien en me traitant de la sorte.“ Die Offiziere wundern sich, daß man ihnen den Degen läßt. Eine Unterredung mit Roggenbach gewährte mir willkommene Zerstreuung nach allen gewaltigen Eindrücken dieses Tages. Nachricht von Göbens Sieg bei Saarbrücken.*

7. August. Ruhe. Bei Königgrätz war das Feuer lange nicht so heftig und andauernd, die Zuaven schießen gut, die anderen geben zu früh und zu hoch, unser Helm hat gute Dienste geleistet. Gegen Mac Mahon herrscht große Erbitterung, den Kaiser nennt man *vieille femme*.** Mac Mahons Papiere erbeutet, die Korrespondenten des „Gaulois“ und „Figaro“ auf dem Kirchturm von Wörth gefangen, erwähnen, daß sie Gegner Olliviers seien. Bei den verwundeten Franzosen droht Hungersnot, noch 14 Tage sind nötig, damit die Intendantur fertig wird, während der Schlacht gingen stets Bahnzüge nach Wörth mit 60 bis 100 Mann, die ohne bestimmte Führung ins Feuer geschickt wurden. Mit Roggenbach mehrere eingehende Gespräche gehabt; ich bat ihn, nur den Inhalt kurz und bündig, womöglich in Paragraphenform, für mich niederzuschreiben. Seine Vorschläge sind beachtenswert,

* Schlacht bei Spichern.

** altes Weib.

wiewohl ich dieselben nicht ganz präzis nennen kann, vielmehr oft sehr abweichender Meinung bin; es ist das natürlich, wenn man seine Ansichten über die zukünftige Gestaltung Deutschlands in einer Zeit austauscht, in der sich noch nicht übersehen läßt, welche Tragweite die von mir errungenen Siege haben werden. Ich bleibe dabei, daß wir unmöglich nach erlangtem Frieden uns mit der bloßen Anbahnung neuer Bestrebungen im deutschen Sinne begnügen können, vielmehr verpflichtet sind, dem deutschen Volke etwas Ganzes, Greifbares zu bieten, und man hierfür das Eisen der deutschen Kabinette schmieden muß, solange es noch warm ist. Wörth ist der erste Sieg über die Franzosen in offener Feldschlacht seit 1815.

8. August. Vormarsch auf die Vogesen, französische Kürassiere haben ihre Offiziere erschossen, die sie in Weinberge führten. Das Material der Kürasse ist prachtvoll, ein Zuavenoffizier kann nicht schreiben.

9. August. Ganz deutsche Eindrücke, die Bewohner den Schwarzwäldern ähnlich, verstehen kein Französisch, das erst seit zwanzig Jahren gelehrt wird. Der Unterschied der Konfession macht sich geltend. Sehr bemerkenswert ist, daß die Katholiken im Elsaß schon lange davon redeten, es werde

noch in diesem Jahre zum Kriege kommen, der sich nach Deutschlands Niederlage gegen die Protestanten wenden werde; diese Äußerungen wiederholten sich täglich allerorten. Quartier beim evangelischen Pfarrer Hann, der die Auflösung der Flucht schildert, er wünscht Friede; wir hätten nicht Schuld, die Kaiserin* und Ollivier sollten sich einmal Schlachtfelder ansehen. In Mac Mahons Wagen fand sich eine genaue Aufnahme der Vogesen nebst Angabe aller Verbindungen, was uns sehr zuStatten kommt; im Gepäck Ducrots, des Kommandanten von Straßburg, fanden sich Anzüge zweier Damen.

10. bis 12. August. Petersbach. Die Vogesen ähneln hier dem Thüringerwald, die Einwohner sind durchweg deutsch, streng protestantisch, überall sahen wir die Bildnisse der Reformatoren. Die Auflösung der Franzosen ist groß, Flüchtige sagen, sie hätten noch nie mit solchen Soldaten zu tun gehabt, die Tragweite unserer Siege tritt hervor, unsere Offiziere sind bescheiden. Freytag ist lebenswürdig, mit allem Vorliebe nehmend, fleißig beobachtend.

13. August. Sarrebourg. Hier hört die deutsche Sprache scharf auf.

* Eugenie.

14. August. Blamont, die Leute erholen sich von ihrer Furcht.

15. August. Die Bauern sagen, daß man sie beim Plebiszit betrogen.

17. bis 18. August. In Nancy, Kämpfe um Metz, fieberhafte Aufregung, die Einwohner sind orleanistisch.

20. August. Begegnung mit dem König in Pont-à-Mousson, er ist gekniet durch unsere Verluste.* Kriegsrat Moltke ganz der alte, klar, entschlossen auf Paris zu gehen; Bismarck gemäßig, durchaus nicht sanguin, unsere Bedingungen sind Elsaß und Kriegskosten.

21. August. Baucouleurs. Baudricourts** Schloß, Ruine, die Kapelle ein Weinkeller, der Pfarrer erzählt uns, daß erst durch den Durchmarsch der Deutschen 1814 das Interesse für den Geburtsort der Jungfrau von Orleans erregt sei.

23. August. Steinmetz scheint ohne Veranlassung Dorf spielen zu wollen.*** Den König wieder gesehen, der wieder fester; ich sehe mit Mühe durch, daß das Eiserne Kreuz auch Nichtpreußen verliehen

* in den Schlachten am 16. und 18. August.

** beide Namen bekannt aus Schillers Jungfrau von Orleans.

*** verschleiender Ausdruck für: eigenmächtig zu sein.

wird. Wechselnde Nachrichten über den Marsch des Feindes, Moltke meint schon, ihn in eine Mausefalle zu bringen (?). Gallifet schreibt, die Abdankung sei unvermeidlich, die Republik wahrscheinlich. Benedettis Projekt* schadet uns in England, er hätte sich ohne Bismarcks Ermutigung keine solche Sprache erlaubt. Die 87 jährige Madame de Boullenois trägt mir Empfehlungen an meine Frau auf, die sie als treffliche Mutter, Hausfrau und Landwirtin bewundere; das Leben hier ist das eines einfachen château.

II.

1. September. Sedan. Graf Bothmer bringt Nachricht, Napoleon sei in Sedan; der König sagt mit ungläubigem Scherz zu mir, was wir wohl mit Napoleon machen sollten, wenn er gefangen? Die weiße Fahne geht auf Sedan auf, Napoleon ist da, Bronsart hat ihn gesprochen, dem er gesagt, er werde General Reille schicken. Mißglücktes Hurra, es entsprach der Größe des Ereignisses nicht, vielleicht wußte man auch nicht, ob es ein Glück sei. Ein Parlamentär kommt, die anwesenden Fürsten bilden mit Bismarck, Moltke und Roon einen Kreis um

* der französischen Aneignung Belgiens.

den König, ich neben Sr. Majestät. Keille erscheint, gebeugt, aber nicht würdelos, und bringt dem König folgenden Brief: „Monsieur mon frère. N'ayant pas pu mourir au milieu de mes troupes, il ne me reste qu'à remettre mon épée entre les mains de Votre Majesté. Je suis de Votre Majesté le bon frère Napoléon.* Sedan 1 Sept. 1870. Nach einer Besprechung mit Bismarck, Moltke und mir, diktiert der König Hatzfeld den Entwurf der Antwort, die später eigenhändig geschrieben wird. Mühe Schreibmaterialien zu finden, mein Schreibpapier mit Adlerstempel aus der Satteltasche, Großherzog von Weimar gibt Tinte und Feder, zwei Strohsessel bilden den Tisch, auf den Gustedt seine Husarentasche als Platte legt. „Monsieur mon frère. En regrettant les circonstances dans lesquelles nous nous rencontrons, j'accepte l'épée de Votre Majesté et je prie de bien vouloir nommer un de Ses officiers, muni de pleins pouvoirs pour traiter des conditions de la capitulation de l'armée qui s'est si bravement battue sous Vos ordres. De mon côté j'ai désigné le général de Moltke

* Herr Bruder! Da ich nicht inmitten meiner Truppen habe sterben können, so bleibt mir nichts übrig als meinen Degen in Eurer Majestät Hände zu legen. Ich bin Eurer Majestät freundwilliger Bruder Napoleon.

à cet effet. Je suis de Votre Majesté le bon frère Guillaume. Devant Sedan 1 Septembre 1870.“*
 Inzwischen unterhalte ich mich mit Reille; ein liebenswürdiger, im besten Sinne vornehmer Mann, er war mir 1867 ** attachiert, meine Teilnahme tat ihm wohl, der Prince Impérial*** ist nicht da. Als er fort war, fielen der König und ich uns um den Hals, die Erinnerung an den 3. Juli † drängte sich uns auf, ungeheurer Jubel der Truppen, „Nun danket alle Gott“, ich konnte die hellen Tränen nicht zurückhalten.

2. September. Das Wort „die Weltgeschichte ist das Weltgericht“ ergreift mich aus meinem Knaben-Geschichtsunterricht. Wimpffens†† Schwie-

* Herr Bruder! Indem ich die Umstände bedaure, unter denen wir uns begegnen, nehme ich den Degen Eurer Majestät an und bitte Sie, einen Ihrer Offiziere ernennen zu wollen, der mit Vollmacht ausgestattet über die Bedingungen der Übergabe des Heeres verhandeln kann, das sich unter Ihrem Befehl so tapfer geschlagen hat. Meinerseits habe ich zu diesem Zweck den General von Moltke bestimmt. Ich bin Eurer Majestät freundwilliger Bruder Wilhelm. Vor Sedan.

** bei des Kronprinzen Besuch in Paris zur Weltausstellung.

*** der französische Kronprinz Louis.

† bei Königgrätz.

†† der zuletzt den Oberbefehl über das französische Heer bei Sedan geführt hatte.

rigkeiten. Napoleon kommt, hält im Kartoffelfeld unweit Donchéry, Bismarck und Moltke eilen zu ihm; er wünscht günstigere Bedingungen der Kapitulation und Abzug der Armee nach Belgien, wünscht den König zu sprechen. Moltke glaubt, das seien Vorwände, er fühle sich nicht mehr sicher in Sedan und sei besorgt um seine Wagen und Fourgons.* Moltke sucht ein schidlicheres Quartier, während Bismarck mit Napoleon Konversation führt. Der König bleibt bei unbedingter Waffenstreckung, die Offiziere werden auf Ehrenwort frei, um 12 Uhr wird die Kapitulation unterzeichnet. Moltke erhält das Eiserne Kreuz erster Klasse, Bismarck kommt, sie ** haben rauchend über alles, nur nicht über Politik gesprochen; ich schlage Wilhelmshöhe als Aufenthalt für Napoleon vor, widerrate die Entbietung auf die Höhe, angesichts der Truppen, als demütigend, empfehle dem König, zum Kaiser nach Bellevue zu reiten. Konferenz mit Bismarck, Roon, Moltke; durch bayerische Bivaks nach Bellevue, wo die kaiserlichen Wagen und Fourgons, Diener und Postillons à la Longjumeau gepudert. Wir werden vom General Castelnau empfangen, am Eingang des Glaspavillons erschien Napoleon in voller

* Gepäckwagen.

** Bismarck und Napoleon.

Uniform und führte den König hinein, ich schloß die Türen, um vor denselben stehen zu bleiben, die französische Umgebung trat in den Garten, Reille, Achille Murat und Davillers leisteten mir Gesellschaft. Die Unterredung ging, wie mir der König später mittheilte, wie folgt. Der König begann, daß, nachdem das Schicksal des Krieges sich gegen den Kaiser gewandt und dieser ihm seinen Degen anbiete, er gekommen sei, um ihn zu fragen, welches jetzt seine Absichten seien? Napoleon stellte seine Zukunft lediglich Sr. Majestät anheim. Dieser erwiderte, daß er mit aufrichtigem Mitgefühl seinen Gegner in solcher Lage sehe, zumal ihm nicht unbekannt sei, daß es dem Kaiser nicht leicht geworden, sich zum Kriege zu entschließen. Diese Äußerung that Napoleon offenbar wohl, und er beteuerte mit Wärme, daß er nur der öffentlichen Meinung gewichen sei, als er sich zum Kriege entschlossen, worauf der König erwiderte: „Daß aber die öffentliche Meinung diese Richtung genommen, das haben diejenigen verschuldet, welche Sie zu Ihren Ratgebern berufen“. Auf den unmittelbaren Zweck des Besuches eingehend, fragte der König, ob Napoleon jetzt irgendwelche Unterhandlungen beabsichtige? was der Kaiser mit dem Bemerken verneinte, daß ihm als Gefangenen keinerlei Einfluß auf die Re-

gierung zustehe. Auf die weitere Frage, wo denn die Regierung sei? antwortete er, „in Paris“. Der König leitete darauf die Unterredung auf die nächste persönliche Lage des Kaisers und bot ihm Wilhelmshöhe als Aufenthalt an, was er sofort annahm; er schien besonders befriedigt, als Se. Majestät bemerkte, er werde ihm zur Sicherheit eine Ehrenwache über die Grenze geben. Als Napoleon im weiteren Verlauf der Unterredung die Vermutung aussprach, daß er die Armee von Friedrich Karl sich gegenüber gehabt, berichtigte ihn der König, daß ich und der Kronprinz von Sachsen es gewesen seien. Auf seine Frage, wo denn Prinz Friedrich Karl sei? antwortete der König scharf betonend: „Mit sieben Armeekorps vor Meh.“ Mit allen Zeichen schmerzlicher Überraschung trat der Kaiser einen Schritt zurück, ein schmerzliches Zucken fuhr über sein Gesicht, denn erst jetzt ward ihm klar, daß er nicht die ganze deutsche Armee gegen sich gehabt. Der König lobte die Tapferkeit der französischen Armee, was Napoleon zwar gerne bestätigte, aber er bemerkte, es fehle ihr die Disziplin, welche unsere Armee so sehr auszeichne. Die preussische Artillerie sei die erste der Welt und seine Truppen hätten unserem Feuer nicht widerstehen können. Die Unterredung mochte eine gute Viertelstunde gedauert haben, als

sie wieder heraustraten; des Königs hohe, hehre Gestalt hob sich wunderbar erhaben von der kleinen gedrungenen Figur des Kaisers ab. Als dieser meiner ansichtig ward, reichte er mir die Hand, während er mit der anderen die schweren Tränen, die über seine Wangen liefen, abtrocknete. Voller Dankbarkeit gedachte er gegen mich der Worte und der großmütigen Art überhaupt, mit der der König ihm begegnet sei. Ich sprach natürlich in demselben Sinne und fragte, ob er einige Nachtruhe gefunden? worauf er erwiderte, die Sorge um die Seinigen habe ihn keinen Schlaf finden lassen. Auf mein Bedauern, daß der Krieg einen so furchtbar blutigen Charakter angenommen, erwiderte er, das sei leider nur zu wahr und um so furchtbarer, „quand on n'a pas voulu la guerre!“* Von der Kaiserin und seinem Sohn hatte er seit acht Tagen keine Nachricht und bat, ihr chiffriert telegraphieren zu dürfen. Wir nahmen Abschied mit shake hands, Boyen und Lynamar begleiteten ihn, seine Umgebung blickte finster, in funkelnagelneuen Uniformen neben unseren, durch den Krieg mitgenommenen.

3. September. Donchéry. Bismarck besucht mich, wir behalten Elsaß, in deutscher Verwaltung für Bund und Reich; der Kaiseridee wurde kaum

* wenn man den Krieg nicht gewollt hat.

gedacht, ich merkte, daß er ihr nur bedingt zugetan sei, und nahm mich in acht, nicht zu drängen, obwohl ich überzeugt bin, daß es dazu kommen muß, die Entwicklung drängt dahin und kann nicht günstiger kommen als durch diesen Sieg. Faily und Ducrot bitten mich, durch Belgien reisen zu dürfen. Napoleon abgereist, gleich nachher kam ein Chiffretelegramm der Kaiserin, das ich ihm durch Sedendorff nachsandte, die Belgier zeigen viel Sympathie für ihn. Meine Sorge, daß das Resultat des Krieges den gerechten Erwartungen des deutschen Volkes nicht entspreche.

6. September. Reims. Quartier bei Werlé (Cliquot), wo ich ausnahmsweise Champagner gebe, sonst wird bei mir im Feld derartiges nicht geschänkt. Dom und Krönungssaal durch Zopf verunstaltet. Abgesehen vom Verlangen nach Frieden, findet man überall Wut gegen Paris, das alles entscheidet, die Leute unterscheiden förmlich Français und Parisien; sie wundern sich, daß wir ohne Eskorte unter ihnen herumgehen. „Napoléon n'aurait jamais osé se hasarder ainsi“* hörte ich. Meine Hoffnung auf den Ernst des Volkes, Pflicht freisinnigen Ausbaues des staatlichen und nationalen Lebens; wird

* Napoleon hätte nie gewagt, sein Leben so aufs Spiel zu setzen.

jetzt in der Aufregung der rechte Augenblick verfehlt, so treten mit der Untätigkeit die Leidenschaften auf Abwege. Ich erhalte vom König von Bayern den Max-Joseph-Orden, der nur für gewonnene Schlachten erteilt wird, in Bayern besitzt ihn niemand.

8. September. Tiefe Trauer um Jasmunds Tod, manche waren begabter, nur wenige so treu ergeben, ich hatte für die Zukunft viel auf ihn gebaut. Frankreich ist jetzt für alle Zeit unser natürlicher Gegner, daher seine Schwächung unsere Aufgabe; der Besitz des Elsaß erleichtert uns den bisher so schmal bemessenen strategischen Aufmarsch.

12. bis 14. September. Elsaß - Lothringen: Reichslande ohne Dynastie, Verwaltungsrat aus Eingeborenen; es kommt darauf an, sie vom großen französischen Staatskörper loszulösen, sie aber fühlen zu lassen, daß sie Mitglieder eines großen Staates und nicht verurteilt sind, die Kleinstaaterie mitzumachen. Russell (Times - Korrespondent), spurlos verschwunden, direkt nach England gereist, schrieb vieles schon im Wagen. Roggenbach schlägt vor, die Zeit zu benutzen, um durch unseren Einfluß in Frankreich Dezentralisation einzuführen.

16. September. Coulommiers. Armeebefehl auf Einschließung von Paris, nach Meaux zum Haupt-

quartier. Favre * durch englische Vermittlung angemeldet, Bismarck stimmt zu, man müsse ihn hören, um ihn kennen zu lernen. Bayern, einem Ministerkongreß nicht abgeneigt, hat zunächst dringend gebeten, Delbrück möge kommen. Gortschakow gegen die Abtretung des Elsaß. Napoleon ist erstaunt über die gute Behandlung in Wilhelmshöhe! was mag er nur anders erwartet haben? wir tun uns selbst Ehre an, indem wir so handeln. Boyen sagt, die Haltung des Publikums sei überall taktvoll gewesen, er habe unsere Landwehrwachen bewundert. Die Republik setzt sich fest, ohne Aufsehen zu machen; der Maire von Coulommiers sagt, schon durch Ollivier sei Napoleons Stellung unhaltbar geworden. Isle de France ist ein herrliches Land, das Landvolk macht einen günstigen Eindruck, die Leute tun komische Fragen, befühlen meinen Stern.

III.

19. September. Paris eingeschlossen, Versailles will erst kapitulieren! freut sich dann unter Schutz gegen Gefindel zu sein, Sévres bittet um Einquartierung.

* Jules Favre, Mitglied der am 4. September 1870 eingesetzten Regierung der Französischen Republik.

20. September. In Versailles in der Präfektur, die Nachrichten aus Bayern sind gut. Beim Betrachten der Prunkgemächer, in welchen so viel Unheil für Deutschland beschlossen wurde und in denen die Verhöhnung seines Zerfalles bildlich dargestellt ist, hege ich die feste Hoffnung, daß gerade hier die Wiederherstellung von Kaiser und Reich gefeiert werden werde.

22. September. Nach Ferrières *, einer Kommode zu vergleichen, die mit den Beinen nach oben steht, inwendig ein Raritätenkabinett mit Luxus ohne Sinn. Favre ist dankbar für seine Behandlung, hat unseren Offizieren einen vorteilhaften Eindruck hinterlassen, lehnt jedoch unsere Forderungen in einem Schreiben ab. Eindruck Sedans und der Republik auf Oesterreich, der Kaiser von Rußland sendet Moltke den St. Georgs-Orden. Vor drei Jahren fuhr ich mit der Kaiserin Eugenie im Park von Versailles spazieren! Laufwagen des Herzogs von Reichstadt, des Grafen von Chambord, des Grafen von Paris, des Prince Impérial. Feierlicher Gottesdienst im Freien, imponiert den Franzosen. Ausflug nach St. Cloud, Bild der Ankunft der Königin Viktoria, wo die Kronprinzessin zuerst

* Besitztum des Pariser Rothschild.

auf dem Kontinent war, am Ende zerstören die Franzosen es selbst! Auf dem Konseiltisch, wo der Entschluß zum Kriege gefaßt wurde, lagen Abbildungen der preussischen Armee, Scharpie in Körbchen, Einladungskarten der Impératrice Regente.* Die Einrichtung ist reizend und luxuriös.

28. September. Straßburg kapituliert, ich schreibe an den König, alles für die Herstellung des Münsters, der Bibliothek usw. in Bewegung zu setzen. Se. Majestät langweilt sich in Ferrières.

29. September. Heute vor fünfzehn Jahren verlobte ich mich in Balmoral.

30. September. Nach Ferrières, günstige Nachrichten von Delbrück zu Bismarcks Überraschung. Ich rede Se. Majestät auf die Kaiserfrage an, die im Unrücken begriffen; er betrachtet sie als gar nicht in Aussicht stehend, beruft sich auf du Bois-Reymonds** Äußerung, der Imperialismus liege zu Boden, so daß es in Deutschland künftig nur einen König von Preußen, Herzog der Deutschen geben könne. Ich zeige dagegen, daß die drei Könige uns nötigen, den Supremat durch den Kaiser zu ergreifen, daß die tausendjährige Kaiser- oder Königskrone

* der Kaiserin-Regentin Eugenie.

** damaligen Professors der Physiologie in Berlin.

nichts mit dem modernen Imperialismus zu tun habe, schließlich wird sein Widerspruch schwächer.

2. Oktober. Die Königin Viktoria, die unseren Taten mit rührender Teilnahme folgt, hat Sr. Majestät telegraphiert, um ihn angesichts der Favreschen Friedensversuche zur Seelengröße zu ermahnen, ohne daß sie jedoch irgendein praktisches Mittel zu empfehlen vermochte.

3. Oktober. General Burnside* kommt aus Paris, sieht klug aus, spricht so offen, daß Blumenthal und ich glauben, er rede nicht ohne Auftrag der Machthaber. Sie wollen Frieden, aber keine Landabtretungen. Favre dagegen hat ihm gesagt, er sähe vollkommen ein, daß das nun einmal besiegte Frankreich sich den Verlust des Elsaß gefallen lassen müsse; aber die gegenwärtige Regierung könne darin nicht eigenmächtig verfahren, weil ein Eingehen auf unsere Forderungen ihre Absetzung zur Folge haben würde. Daher sei die Einberufung einer Konstituante** notwendig, weil das Verlangen nach Frieden, in derselben und zwar im Namen des Volkes ausgesprochen, der Regierung Beistand leihen könne. Ich erwähne, daß wir durchaus nicht gewillt gewesen seien, die zum 2. Oktober ausgeschriebenen

* Amerikas Botschafter.

** verfassunggebenden Volksversammlung.

Wahlen zu hindern, was den Amerikaner überrascht. Übersiedlung nach Les Ombrages.

5. Oktober. Se. Majestät kommt mit dem kolossalen Hauptquartier, die Masse der Wagen ist unglaublich, da selbst Schneider * und Stieber ** die andern haben.

6. Oktober. Die Wasser springen, der König geht zum größten Erstaunen des Publikums harmlos unter der Menge umher. Thiers regt den Gedanken an, König Leopold auf den französischen Thron zu bringen, was Bismarck für totgeboren hält; es tut ihm leid, kein Entgegenkommen in England zu finden, man scheint dort nicht erkennen zu wollen, daß die deutsche Hilfe in Zukunft aufgesucht werden muß. Delbrück herberufen, um die Widersprüche seiner Berichte und Telegramme aufzuklären. Bismarck will korrekt nichts überstürzen, er mißbilligt Jacobis *** Verhaftung und besorgt deren Einfluß auf die Wahlen, kann aber den König nicht zur Befreiung überreden. Vogel v. Falckenstein ist

* Vorleser des Königs.

** Leiter der Geheimpolizei.

*** Der Abgeordnete Johann Jacobi in Königsberg war wegen seines öffentlichen Einspruchs gegen die Aneignung Elsaß-Lothringens von dem General Vogel von Falckenstein auf die Festung Löben gesetzt worden.

kein Politiker, will alles machen und verbittet sich Rechtsbeistände, der König mag ihn nicht desavouieren. Brief von Renan, der mich um einen Geleitsbrief bittet, sich auf unsere Bekanntschaft von 1867 berufend.

9. Oktober. Gottesdienst in der Kapelle des Palais.

10. Oktober. Einleitung der Belagerung. Delbrück kommt, Bayern will auf die Bedingungen für Eintritt in den Norddeutschen Bund eingehen, nur Militär und Diplomatie vorbehalten. Die Minister sind unter sich uneinig und berufen sich auf widersprechende Äußerungen des Königs, der sich mit Delbrück 1½ Stunde über Gegenstände, die sich meist auf dessen Mission nicht bezogen, unterhielt; er studiert die Infallibilität. Bismarck ist sehr erbost auf Schneider, der taktlose und falsche Dinge in den Staatsanzeiger bringt. Herzog Friedrich geht zu v. d. Tann, glaubt, es werde zu nichts kommen, und findet in Versailles die Nachricht von Artenay. Bismarck erzählt mir, daß Chambord* und Ollivier an Se. Majestät geschrieben, ersterer würde dem Rufe seines Volkes Folge leisten, aber keine

* der bourbonische Thronwerber Herzog von Chambord.

Landabtretungen zugeben. Ollivier gesteht, zum Kriege geraten zu haben, warnt aber Abtretungen zu verlangen. Der eine vermag nichts, der andere hat alles verschuldet, und beide wagen dem Sieger Ratschläge zu geben! St. Cloud in Flammen. Burnside kommt wieder aus Paris, deputiert von der Regierung, die ohne jeden vernünftigen Gedanken handelt, auf keine Bemerkung hört und ohne Plan den Krieg fortsetzt, um sich im Amt zu erhalten. Bazaine will seinen Stabschef zu Unterhandlungen militärisch-politischer Art senden, Bismarck will ihn hören, Roon und Moltke nicht, uneinig untereinander, werfen sich vor, keine Mitteilungen zu erhalten; Friedrich Karl ist dagegen, weil er fürchtet, die Kapitulation könne in Versailles abgeschlossen werden. Der König von Württemberg will direkt mit uns unterhandeln, um nicht in Bayerns Schlepptau zu erscheinen. Bismarck faßt die Kaiserfrage ins Auge, sagt mir, er habe 1866 gefehlt, sie gleichgültig behandelt zu haben, er habe nicht geglaubt, daß das Verlangen im deutschen Volke nach der Kaiserkrone so mächtig sei, als es sich jetzt herausstelle, und besorgt nur Entfaltung großen Hofglanzes, worüber ich ihn beruhige. Der Herzog von Coburg will Wahl durch die Fürsten, die an die Stelle der Kurfürsten treten.

14. Oktober. Stosch erzählt, daß Boyer * seit gestern abend in Versailles; derselbe bietet Unterhandlungen an über freien Abzug der Meher Armee, damit Bazaine einen Restaurationsversuch machen könne. Bismarck will ihn benutzen, um alle Mittel in der Hand zu behalten, die möglicherweise zu einem friedlichen Resultat führen.

18. Oktober. Diese einzige Feier meines Geburtstages weist mich ganz besonders auf den Ernst der Aufgabe, die ich einst auf deutsch-politischem Gebiete lösen muß; denn ich hoffe in Zukunft keine Kriege mehr zu erleben und daß dies mein letzter Feldzug sein möge. Unverkennbar bliden viele mit Vertrauen auf die Aufgabe, die einst, so Gott will, in meinen Händen ruhen wird, und ich empfinde für die Lösung derselben auch eine gewisse Zuversicht, weil ich weiß, daß ich mich des in mich gesetzten Vertrauens würdig erweisen werde. Die jetzigen Unterhandlungen sind schwierig, Bismarck scheint ernst bei der Sache. Der König kommt früh zu mir, er hat meinen Bitten nachgegeben und die erste Klasse des Eisernen Kreuzes angelegt; bei Tische bringt er meine Gesundheit aus als dessen, „der uns alle hierher geführt hat“.

Der Großherzog von Weimar will meine An-

* französischer General aus Meh.

sicht über die deutsche Frage und bedient sich des Ausdrucks „einer alle deutschen Staaten einigenden Verfassung“; die muß kommen, aber zunächst bedarf Deutschland der monarchischen Spitze, und zwar jetzt. — Ich entdecke, daß man Übles gegen England im Schilde führte, das ist vorüber, aber ob die Vorliebe für Rußland und Amerika* nicht doch einmal dem Haß gegen England Luft macht, kann kein Mensch wissen. Twiestens** Tod ist ein unersehlicher Verlust; begegne Bennigsen, der von Bismarck gerufen, und mir sagt, er habe günstige Eindrücke, Bismarck ist gegen ein Oberhaus.

23. Oktober. Bray, Prandh und Sudow*** bei mir, sagen nicht viel, aber sind da.

24. Oktober. Gerücht über Gortschakows Lossagung von der Neutralisierung des Schwarzen Meeres.† Bismarck erzählt meinem Schwager, daß er nach Beendigung des Krieges gegen die Unfehlbarkeit vorgehen wolle.††

* Deutschland hatte während des amerikanischen Bürgerkrieges lebhaft Partei für die Nordstaaten genommen, England überwiegend für die Südstaaten.

** hervorragenden fortschrittlichen preussischen Abgeordneten.

*** süddeutsche Minister.

† 1856 nach dem Krimkriege durch den Pariser Friedensvertrag beschlossen.

†† Vgl. S. 40.

25. Oktober. Die süddeutschen Minister speisen bei mir, Mitternacht gilt als der fähigste, er spricht sich in erbetener Privataudienz günstig aus, ebenso Sudow. Bray hat Bismarck gestern auf die Kaiserwürde angedet; derselbe erklärte ein Oberhaus, in welchem die Könige mit Grafen und Herren auf einer Bank sitzen, für unmöglich, so daß über diese Frage allein der Kaiser und die Einigung ins Stocken geraten würden.

26. Oktober. Moltkes siebenzigjähriger Geburtstag, ich brachte ihm einen Lorbeerfranz; er ist mit mir einig, Paris durch Hunger zu zwingen, und gegen Eröffnung von Parallelen.

27. Oktober. Metz kapituliert, aber Frankreich macht alle Anstrengungen, Paris zu entsetzen, während Podbielski stets bewies, daß es dazu unfähig sei. Ich behandle Dalwigk kalt, Hofman* freundlich. Bismarck sagt, er sei prinzipiell nicht gegen Oberhaus und Reichsminister und wolle später seine Teilnahme nicht versagen.

28. Oktober. In der Orangerie von Versailles, die Bäume könnten doppelt so hoch sein. Napoleon 3. liebte Orangen nicht und schenkte viele

* heftige Minister.

der Komtesse Beauregard. Aber was die damalige Zeit baute, war wie für die Ewigkeit, heute ist es meist oberflächlich und auf Schein.

29. Oktober. Telegramm von Friedrich Karl: „Gratuliere, mein Herr General-Feldmarschall!“ Underthhalb Stunden später erhalte ich meine Ernennung. Die rührenden und ergreifend schönen, anerkennenden Worte derselben, vor allem aber das Wort, daß meine brave Armee in dieser bisher einem Prinzen des Hauses noch niemals erwiesenen Beförderung eine Auszeichnung für ihre Leistungen erkennen solle, halfen mir über das bekommene Gefühl hinweg, daß nun auch mit dieser, doch eigentlich schönen, alten Familientradition gebrochen sei. Friedrich Karl wird diese Ernennung mehr als etwas Erwartetes aufgenommen haben. Moltke ist Graf geworden. Ich veranlaßte den Großherzog von Baden, zu kommen. Dalwigk zeigt sich sehr kulant, will Anträge auf Reichsminister und Oberhaus stellen. Roggenbach ist und bleibt der einzig Vernünftige und Zuverlässige unter den anwesenden Staatsmännern.

30. Oktober. Thiers kommt und begegnet der stattlichen Garde-Landwehr, vermeidet politisches Gespräch, ehe er in Paris gewesen. Konfusion der bayerischen Unterhandlungen, die Instruktionen

kommen aus dem bayerischen Hochgebirge.* In Berlin verlangen die Laien im warmen Zimmer Beschießung von Paris. Dalwigk entwickelt mir zu meinem Erstaunen sein Programm der deutschen Frage. Prinz Otto von Bayern,** der behufs Mittheilung wichtiger Aufträge plötzlich nach München berufen ist, besuchte mich zum Abschied; bleich, elend, wie im Fieber schauernd, saß er vor mir, während ich ihm die Notwendigkeit der Einheit von Militär, Diplomatie und des Oberhauses darlege. Ob er diese Dinge begreift, konnte ich nicht von ihm herausbekommen, nicht einmal, ob er wirklich zuhörte.

1. November. Dalwigk hat heute eine Besprechung mit sämtlichen deutschen Ministern und Friesen gehabt, um Bayern für den Gedanken eines Deutschen Reiches mit verantwortlichem Ministerium und Staaten- oder Oberhaus zu gewinnen; doch ist es zu keinem Ergebnis gekommen, weil Bray besonders geltend macht, daß die angeregten Fragen schon mit Delbrück in München diskutiert, jedoch am Widerspruch Preußens gescheitert seien! Bismarck aber berief sich auf die süddeutschen Wünsche dagegen. Der König sagte Roggenbach gestern Abend, daß er die norddeutsche Verfassung als der

* vom König Ludwig 2.

** der geistesranke Bruder Ludwigs 2.

Revision und Veränderung bedürftig ansehe, und hat sich überhaupt günstig über die Reichsfrage geäußert. Da Bismarck nicht von hier kann, hat man den Gedanken, den deutschen Reichstag hierher zu berufen, die Macht des Eindruckes würde wirken, und wenn dazu nun gar noch der von mir gewünschte Fürstenkongreß mit jenen Sitzungen zusammenfiel, so würde der deutschen Sache mit einem Schlage geholfen sein.

2. November. Vortrag Bismarcks über die Unterhandlungen mit Thiers. Derselbe sagt, zur Wahl einer Konstituante braucht man 28 Tage, währenddessen soll Waffenstillstand sein und ravitaillement,* wozu wir beitragen sollen. Auf Bismarcks Frage nach Gegenleistungen sagte Thiers erstaunt: die Aussicht, durch die Konstituante zu einer gesetzmäßigen Regierung zu kommen; auf die Ablehnung der Verproviantierung entfuhr ihm der Ausruf: „Mais nous aurions donc alors la capitulation au milieu de l'armistice.“** Auf Bismarcks Tadel gegen die Verwendung der Turkos antwortete er: „Mais vous vous servez donc tout de même des uhlands!“***

* Lebensmittelversorgung.

** Aber dann würden wir ja die Übergabe mitten im Waffenstillstand haben.

*** Aber Sie verwenden doch auch Alanen.

3. November. Thiers reicht seine Forderungen schriftlich ein; drei Wochen würden nicht genügen, das für die Ernährung von Paris erforderliche Vieh herbeizuschaffen. Gegen die an der Loire sich ansammelnden Massen müssen Verstärkungen abgehen, der König will noch nicht. Delbrück meint, man habe doch einen Bundesgenossen wie Bayern im gegenwärtigen Augenblick nicht mit Gewalt zum Eintritt zwingen können; ich aber behaupte, daß wir uns unserer Macht gar nicht bewußt sind, folglich in dem gegenwärtigen weltgeschichtlichen Augenblick das, was wir ernstlich wollen, auch zweifellos können, nur Gott sei's geklagt, fragt es sich, was wir wollen und w e r jetzt etwas ernstlich w i l l. Reichstag hierher zu berufen, aufgegeben. Großherzog von Baden kommt.

7. November. Endlich beim König die Verstärkung v. d. Tanns durchgesetzt. Der Großherzog findet den König geneigter für die deutsche Sache, als er erwartet. Bismarck hat den Ministern gesagt, es sei der Wunsch der preussischen Regierung, die deutschen Fürsten den Frieden mit ihrem Degenknopf hier besiegeln zu sehen, welchem Gedanken der König von Sachsen bereits seine Zustimmung erteilt. Der Großherzog von Oldenburg kommt, so werden wir bald genügendes Material zu einem Fürsten-

kongreß haben. Der Großherzog von Mecklenburg erhält den Oberbefehl gegen die Loire; ich hätte ihn gerne dem Herzog von Coburg gegeben, der dringend Verwendung wünscht, das Militärkabinett macht dagegen die nicht abzuleugnende große nervöse Aufregung des Herzogs in kritischen Augenblicken geltend.

10. November. Billett an Bismarck wegen der Haltung unserer Presse gegen England. v. d. Tann's Nachrichten aus Coulommiers klingen ungünstig.

11. November. Bismarck schickt Abeken, der sich einen Vollbart stehen läßt, um auf mein Billett zu antworten, daß er die Sprache unserer Presse gegen England beklage und demgemäß Eulenburg instruiert habe, auch Bernstorff ist in diesem Sinne geschrieben. Bismarck stimmt durchaus nicht mit ihm, seine Noten und was er hierher schreibe, seien vor Langstieligkeit kaum zu lesen, so habe er neulich ein Aktenstück von 80 Seiten eingesendet, welches zu studieren niemand Zeit habe. Der Großherzog von Baden hat von Bismarck den Eindruck, daß er es mit der Kaiserfrage ernst meint; der Großherzog hat einen ganz wundervollen Brief an den König von Bayern geschrieben, der aber unbeantwortet geblieben ist. Württemberg macht untergeordnete Reservationen bei der Militärkonvention, das Recht zur Beförde-

rung in seiner Division benachtheiligt seine eigenen Offiziere.

12. November. Der Posten will mich nicht in die Villa Stern lassen, da er keine Befehle für Ausnahmen habe. Die württembergischen Minister sind plötzlich auf schlechte Nachrichten abgereist, als sie unterzeichnen wollten; das ist eine Intrige Gassers, Sudow und Mittnacht sind ehrlich. Roon und Podbielski beklagen sich, nichts zu wissen; Bismarck ist entsetzt, daß solche preussische Partikularisten überhaupt mit der Angelegenheit zu tun haben. Ledochowski erkundigt sich, ob der Papst Aufnahme in Preußen finden werde? Bismarck würde das Verlassen Roms für einen ungeheuren Fehler Piononos halten, aber sein Aufenthalt in Deutschland könne gut wirken, weil die Anschauung der römischen Priesterwirtschaft die Deutschen kurieren werde. Der König und ich sind entschieden dagegen.

14. November. Odo Russell soll kommen, die russische Loszagung bestätigt sich; es wird erzählt, Palmerston habe Brunnow bei der Unterzeichnung des Vertrages von 1856 gesagt, derselbe werde nicht zehn Jahre dauern. General Annenkow bringt einen Brief des Kaisers Alexander, Reuß erhielt erst bei Abgang desselben Nachricht davon, mit dem

Bemerken, er möge nicht eher telegraphieren, als bis der König den Brief erhalten.

Wir telegraphieren, den Schritt zu verschieben, aber erhalten die Antwort, es sei zu spät, es seien gleichzeitig Mitteilungen nach London und Wien gegangen.

16. November. Unsere Vertreter sollen passiv bleiben*, der König ist sehr betroffen und sagt mir, diese Überraschung sei außer allem Spaß, in England wird dies sicher als eine Rache für die Waffenausfuhr angenommen. Bismarck aber stellt jedes Mitwissen in Abrede. Gespräch mit Bismarck über die deutsche Frage, er will zum Abschluß kommen, entwickelt aber achselzuckend die Schwierigkeiten; was man denn gegen die Süddeutschen tun solle? ob ich wünsche, daß man ihnen drohe? Ich erwidere: „Ja wohl, es ist gar keine Gefahr, treten wir fest und gebietend auf, so werden Sie sehen, daß ich Recht hatte zu behaupten, Sie seien sich Ihrer Macht noch gar nicht genügend bewußt.“ Bismarck wies die Drohung weit ab und sagte, bei eventuellen äußersten Maßregeln dürfe man am wenigsten damit drohen, weil das jene Staaten in Österreichs Arme treibe. So habe er bei Übernahme seines Amtes

* bei der Aufhebung des Pariser Vertrages über das Schwarze Meer.

den festen Vorsatz gehabt, Preußen zum Krieg mit Oesterreich zu bringen, aber sich wohl gehütet, damals oder überhaupt zu früh mit Sr. Majestät davon zu sprechen, bis er den Zeitpunkt für geeignet angesehen. So müsse man auch gegenwärtig der Zeit anheimstellen, die deutsche Frage sich entwickeln zu sehen. Ich erwiderte, solches Zaudern könne ich, der ich die Zukunft repräsentiere, nicht gleichgültig ansehen; es sei nicht nötig, Gewalt zu brauchen, man könne es ruhig darauf ankommen lassen, ob Bayern und Württemberg wagen würden, sich Oesterreich anzuschließen. Es sei nichts leichter, als von der hier versammelten Mehrzahl der deutschen Fürsten nicht bloß den Kaiser proklamieren, sondern auch eine den berechtigten Forderungen des deutschen Volkes entsprechende Verfassung mit Oberhaupt genehmigen zu lassen; das würde eine Pression sein, der die Könige nicht widerstehen könnten. Bismarck bemerkte, mit dieser Anschauung stehe ich ganz allein; um das gewollte Ziel zu erreichen, wäre es richtiger, die Unregung aus dem Schoße des Reichstages kommen zu lassen. Auf meinen Hinweis auf die Gefinnungen von Baden, Oldenburg, Weimar, Coburg deckte er sich durch den Willen Sr. Majestät. Ich erwiderte, ich wisse sehr wohl, daß sein Nichtwollen allein genüge, um eine solche Sache auch bei

Er. Majestät unmöglich zu machen. Bismarck entgegnete, ich mache ihm Vorwürfe, während er ganz andere Personen wisse, die jene verdienten. Hierbei sei die große Selbständigkeit des Königs in politischen Fragen zu berücksichtigen, der jede wichtige Depesche selbst durchsehe, ja korrigiere. Er bedauere, daß die Frage des Kaisers und Oberhauses überhaupt diskutiert sei, da man Bayern und Württemberg dadurch vor den Kopf gestoßen. Ich bemerkte, Dalwigk habe sie ja angeregt. Bismarck meinte, meine Äußerungen müßten nachtheilig wirken, er fände überhaupt, der Kronprinz dürfe dergleichen Ansichten nicht äußern. Ich verwahrte mich sofort auf das Bestimmteste dagegen, daß mir in solcher Weise der Mund verboten werde, zumal bei solcher Zukunftsfrage, ich sähe es als Pflicht an, bei niemandem Zweifel gerade über meine Ansicht zu lassen; überdies stehe es nur bei Er. Majestät, mir über die Dinge, welche ich besprechen dürfe oder nicht, Weisungen zu geben, wenn man überhaupt annehme, daß ich noch nicht alt genug sei, um selber ein Urtheil zu haben. Bismarck sagte, wenn der Kronprinz befehle, so werde er nach diesen Ansichten handeln. Ich protestierte dagegen, weil ich ihm gar keine Befehle zu erteilen habe, worauf er erklärte, er werde seinerseits sehr gerne jeder anderen Persön-

lichkeit Platz machen, die ich zur Leitung der Geschäfte für geeigneter als ihn halte, bis dahin aber müsse er seine Prinzipien nach seinem besten Wissen und nach der ihm beizuhabenden Kenntniss aller einschlagenden Verhältnisse festhalten. Wir kamen dann auf Detailfragen, schließlich bemerkte ich, daß ich vielleicht lebhaft geworden, aber man könne mir beim Versäumen eines weltgeschichtlichen Moments nicht Gleichgültigkeit zumuten.

17. November. Delbrück reist zur Reichseröffnung nach Berlin, er ist nicht entmutigt und glaubt, daß unsere Taktik, die Bayern seit 14 Tagen zu ignorieren, ihre guten Früchte trage, da sie um Wiederaufnahme der Verhandlungen gebeten. Meine Ansicht ist, daß man die gegenwärtige Einteilung der dritten Armee auch für den Frieden beibehalten solle, damit ich auf diese Weise Oberbefehlshaber bleibe; ich würde dann mit der nötigen Mischung von Rücksicht und Strenge Einfluß üben, nur möchte ich bei den Inspektionen mit Paraden, Dinern usw. verschont bleiben. Der König ist nervös, da er gleichzeitig den Unterhandlungen und Operationen folgen soll; dabei fehlt ihm jede zerstreuende Unterhaltung, da die täglichen Gäste recht eintönig werden. Ich bin wohl, von 6 Uhr früh an lese und schreibe ich, später ist die Zeit zerstückt.

18. November. Roggenbach meint, die Angelegenheiten ständen günstiger, als es den Anschein habe. Ich freue mich über den Artikel der „Times“ über meinen Dankbrief an Lindsay; möge es mir gelingen, nach den Grundsätzen meines unvergeßlichen Schwiegervaters eine Kette zwischen beiden so ganz aufeinander angewiesenen Ländern zu schmieden.

19. November. Bismarck soll bei Gortschakows Note gerufen haben: „Die dummen Kerls haben vier Wochen zu früh begonnen.“ Bernstorff wirkt nach beiden Seiten ungünstig. Odo Russell angekommen, sein erster Eindruck von Bismarck ist günstig; er ist mein verehrter, alter, liebenswürdiger Bekannter aus Rom von 1862. Meyer kommt zu allgemeinsten Überraschung.

20. November. Bayern lenkt ein.

21. November. Bismarck sagt mir, unser Gespräch vom 16. habe ihn angetrieben, Ernst zu machen und nach Delbrücks Abreise die Verhandlungen in die Hand zu nehmen; beide Königreiche wollten nun eintreten, er müsse aber auch noch seine Trümpfe ausspielen. Roon drohe, die Militärverhandlungen über die äußeren Abzeichen abzubreaken. Wir bleiben doch am grünen Tisch ewig dieselben; im Gegensatz dazu erfrischt mich ordentlich die Sprache

der Volkszeitung *, die den Nagel immer auf den Kopf trifft.

23. November. Augenblick spannender Kombinationen. Moltke trägt die Sachlage stets mit der größten Klarheit, ja Nüchternheit vor, hat immer alles bedacht, berechnet, und trifft stets den Nagel auf den Kopf, aber Roons Achselzucken und Spucken und Podbielskis olympische Sicherheit insulieren oft auf den König. Gespräch mit Prandh **, der Einsicht und Kenntniß genug besitzt, um den Seinen helfen zu können, aber für den Augenblick nicht mehr als Eintritt in den Bund erreichen kann. Er legt großes Gewicht auf diesen Erfolg, bittet aber um so mehr, das übrige der Zeit anheimzustellen.

24. November. Gestern abend mit Bayern unterzeichnet.

25. November. Bismarck verlangt dringend Beschließung ***, Blumenthal entwickelt in einem Pro-memoria an Moltke die Sinnlosigkeit eines Bombardements, das nur die Forts treffen könne, die mit Parallelen und Sturm genommen werden müßten; wir müßten uns dort unter dem wirksamen Feuer des Feindes einlogieren, von da zum Angriff

* der demokratischen Berliner Volkszeitung.

** bairischem Kriegsminister.

*** von Paris.

der stark befestigten Enceinte und endlich der Stadt übergehen. Bismarck hat wissen lassen, daß, wenn von seiten der Fürsten das Anerbieten der Kaiserwürde nicht bald erfolgen würde, man den Reichstag nicht länger als bis höchstens Mitte nächster Woche hindern könne, den Antrag zu stellen. Langes Gespräch mit Odo Russell läßt von neuem die Fähigkeiten dieses begabten Diplomaten erkennen, er ist befriedigt von Bismarck, den er zugänglich findet. In der römischen Frage fürchtet er einst großen Schaden für die Dynastie Savoyen als Folge der Okkupation Roms, er erwartet von Pios Nachfolger weitgehende demokratische Reformen innerhalb der katholischen Kirche, so daß es mit der Zeit einem tatkräftigen Papst wohl gar gelingen könne, die geistliche mit der königlichen Herrschaft über Italien zu vereinigen (?) *. Fürst Lynar wird mit eigenhändigen Schreiben des Königs an Bayern, Württemberg und Sachsen abgesandt, um die Souveräne einzuladen. Holstein ist angekommen und sieht sich Wohnung und Stallung für den König in den Trianons an, spricht ungünstig über die bayerischen Minister, die mehr für die deutsche Sache hätten tun müssen. Odo Russell sagt Er.

* Das Fragezeichen ist von des Kronprinzen Hand.

Majestät, daß man es der staatsmännischen Weisheit sowie dem korrekten Verfahren Bismarcks verdanke, wenn aus der Pontusfrage kein kriegerischer Konflikt entstanden.

28. November. Man ist in Berlin ganz toll auf die Beschießung. Frau v. B.* bezeichnet mich als Schuldigen; ganz recht, ich will vor allem nicht anfangen, bis alle Munition da; mit bloßem Schießen hätten wir längst anfangen können, hätten aber wegen Munitionsmangel bald aufhören müssen. Die Schlachtenbummler räsonnieren, die das Kriegesleben ohne Verantwortung und Sachkenntnis mitmachen, unsere Batterien können nur so angelegt werden, daß die Arbeiterviertel unberührt bleiben, die entscheiden; ich biete jedem, der mir davon redet, das Kommando an. Holnstein ist plötzlich abgereist! Schneider schadet sehr durch seine taktlosen Korrespondenzen, er liest dem König täglich beim Kaffee vor und erhält von ihm fast alle Telegramme, die meist durch ihn an den Bundeskanzler gehen, zu dessen gerechter Verzweiflung. Bismarck fordert alle im Felde befindlichen Reichstagsmitglieder auf, nach Berlin zur Abstimmung zu gehen.

30. November. Ein Konzept Bismarcks für den

* wohl Frau von Bismarck.

Brief des Königs wegen der Kaiserwürde an Se. Majestät ist nach München gegangen; der Großherzog sagt mir, man habe dort nicht die richtige Fassung zu finden vermocht und sich dieselbe von hier erbeten, der König von Bayern hat den Brief wahrhaftig abgeschrieben und Holnstein bringt ihn!

3. Dezember. Holnstein ist angekommen, Prinz Luitpold muß das Schreiben auf besonderen Befehl dem König überreichen. Nach Tische Vortrag Bismarcks, der den Brief vorliest, welchen der König so zur Unzeit wie möglich findet, worauf Bismarck bemerkt, die Kaiserfrage habe nichts mit den augenblicklichen Kämpfen zu tun. Als wir das Zimmer verließen, reichten Bismarck und ich uns die Hand; mit dem heutigen Tage sind Kaiser und Reich unwiderruflich hergestellt, jetzt ist das 65 jährige Interregnum, die kaiserlose, die schreckliche Zeit vorbei, schon dieser stolze Titel ist eine Bürgschaft; wir verdanken dies wesentlich dem Großherzog von Baden, der unausgesetzt tätig gewesen. Roggenbach wird von Bismarck nach Berlin gesandt, ich schreibe einen Lesebrief an Simson*.

6. Dezember. Odo Russell sagt, Bismarck sei der Allianz mit England günstig. Der König ist

* den Präsidenten des Norddeutschen Reichstags.

sehr betroffen, daß Delbrück dem Reichstag den Brief des Königs von Bayern vorgelesen. Stillfried schickt sonderbare Entwürfe zu Reichswappen, das preußische mit der österreichischen Hauskrone; die deutsche Königskrone will er nicht, die ich gerade als Attribut der deutschen Kaiserwürde verlange.

7. Dezember. Prinzess Friedrich der Niederlande gestorben, sie war die begabteste der drei Schwestern. Der Großherzog von Weimar sagt mir, er, als Schwager des Königs, habe seinem Gesandten befohlen, im Bundesrat den Antrag zu stellen, daß Kaiser und Reich in die Verfassung aufgenommen würden, Bismarck habe dies gewünscht. Großes Diner beim König zu Ehren des russischen St. Georgsfestes. Stosch über den glänzenden Sieg bei Bazoches, er hat eine gute Stellung zum Großherzog, der Talent habe.

9. Dezember. Ich erfahre Delbrücks Vorbringen der Kaiserfrage, das über alles Maß schwach, matt und trocken; es war kläglich, als ob er die Kaiserkrone in altes Zeitungspapier gewickelt aus der Hosentasche gezogen, es ist unmöglich, in diese Leute Schwung zu bringen. Man fragt, ob dieser Bund das Resultat aller Opfer sein solle, ein Werk, das nur den Männern passe, für welche und von denen

es gemacht. Ich bin mir wohl bewußt, welche unendliche Mühen und Beschwerden mir dereinst die heutigen Unterlassungssünden bringen werden. Ich habe indes dem Kommandanten v. Voigts-Rheetz befohlen, in der Stille die Salle des glaces freizuhalten. Der Großherzog von Baden sagt, der heute scheinbar leere Kaisertitel werde bald genug zur vollen Bedeutung gelangen.

10. Dezember. Russell beklagt die immer deutlicher hervortretende Isolierung Englands. Der König ist erregt über Delbrücks Verfahren, der König von Sachsen habe seine Überraschung aussprechen lassen; er fürchtet die Reichstagsdeputation, weil es aussähe, als ob die Kaisersache vom Reichstage ausgehe, und will sie nicht empfangen, bis er die Zustimmung sämtlicher Staaten durch den König von Bayern hat. Beim Tee ist so wenig Unterhaltung, daß die Hälfte eigentlich regelmäßig schläft, Schneider liest nicht vor, man sieht die aus St. Cloud geretteten Kupferwerke immer wieder an.

12. Dezember. Pfalzburg kapituliert, was es noch nie zuvor getan. Am 16. soll die Deputation eintreffen, es ist an den König von Bayern telegraphiert, er möge die längst in seinen Händen befindlichen Schreiben her senden.

14. Dezember. Todestag Prinz Alberts*, ich gedenke, daß er mir stets sagte, wir müßten den Gedanken aufgeben, ohne Beihilfe Deutschlands eine entscheidende Rolle zu spielen.

15. Dezember. Moltke erwartet die Kapitulation von Longwy und Mézières, weil der Kommandant erklärt, sich nur mit dem letzten Stein begraben lassen zu wollen! Seine Haltung und Ausdrucksweise ist in solchen Augenblicken ganz unbezahlbar.

16. Dezember. Der König will nichts vom Empfang der Abgeordneten hören, doch lebt er sich mehr in die Sache ein; schlimm ist, daß gerade jetzt Bismarck fußleidend ist, der Großherzog von Baden wirkt wie ein guter Genius.

17. Dezember. Ich höre vom Hofmarschall des Prinzen Karl, daß morgen bei Sr. Majestät Diner für die Reichstagsabgeordneten. Bismarck sagt, der König wolle sie vorher empfangen; lange Unterhaltung mit Simson, der korrekt und logisch. Graf Perponcher sagt zu Udalbert**: „Wir werden doch dies Kaisertum nicht für gewöhnlich, sondern nur bei großen Hoffesten oder Feierlichkeiten anlegen“, worauf Udalbert erwidert: „Wenn der König Sie

* des Prinzgemahls der Königin Viktoria.

** Prinz Udalbert von Preußen.

in den Fürstenstand erhöhe, würden Sie dann auch nur bei Ausnahmegerlegenheiten jenen Titel führen?" Boyen fragt, was unser König tun werde, wenn ihm der preußische Landtag die Annahme der Kaiserkrone weigere? Du gleichst dem Geist, den du begreifst.

Sonntag, den 18. Dezember. Tief bewegt vom Empfang*, würdig und gut. Die Predigt von Rogge ließ mich merken, daß dem Empfange doch Gewicht beigelegt werde; Fürsten und Generale baten mich dabei sein zu dürfen, was ich sofort nach der Kirche dem König sagte, der ganz erstaunt darüber schließlich sagte, daß, wenn wirklich jemand von den Genannten dabei zu sein Lust habe, er nichts dawider haben würde. So erschienen alle, wiewohl der König seine Überraschung darüber äußerte, nur Luitpold fehlte, im letzten Augenblick wurden noch die königl. Adjutanten bestellt. Se. Majestät nahm im Hauptsalon des Mittelgebäudes Platz, die Prinzen des Hauses zur Rechten, die regierenden Fürsten zur Linken. Simjons Meisterrede entlockte mir helle Tränen, es ist eigentlich kein Auge trocken geblieben, dann Verlesung der Adresse. Die Antwort des Königs erfolgte mit

* des Reichstags.

einigem Stößen, da er nicht mehr leicht ohne Brille lieft, aber auch vor Rührung mußte er einige Male innehalten. Dann erfolgte die Vorstellung der Abgeordneten, während der ganzen Feier schoß der Mont Valeriën, draußen stand alles in hellen Haufen. Der König war nachher heiter, schien erleichtert und befriedigt. Die künftige Stellung der königl. Familie ist noch zweifelhaft, Kaiserl. Hoheit widerstrebt mir gründlich.

19. Dezember. Die Abgeordneten sind zufrieden, ihr Erscheinen wirkt wohlthätig. Ich esse bei Bismard, die Beamten saßen stumm, die Lichter staken in Flaschenhälsen. Stosch zurück, lobt Wittich sehr, auch Treskow.

24. Dezember. Weihnachtsfeier. Großes Erstaunen der Franzosen bei unseren Einkäufen, Russell bekommt in der Lotterie ein Offiziersportépée.

25. Dezember. Eigentlich ist es doch eine Ironie auf die Heilsbotschaft, daß ein jeder Teil Gott für seine als die gerechte Sache anruft und bei jedem Erfolg beweisen möchte, daß der Gegner vom Himmel im Stich gelassen sei.

27. Dezember. Bourbaki gegen Velfort, Blumenthal ist glücklich über diesen Unverstand.

28. Dezember. Brief des Königs der Belgier, voll Sympathie für Kaiser und Reich und voll

großer Erwartungen von demselben; er sieht darin Wiederherstellung der Ordnung und des Rechtsbewußtseins in Europa und nennt die denselben zu stellenden Aufgaben „wahrhaft herrliche“. Er sei eifrig bestrebt, seine Pflichten als Neutraler vertragsmäßig zu erfüllen, aber die Vorteile einer solchen Stellung seien nicht ohne empfindliche Lasten und Schwierigkeiten. Er wirft den fremden Literaten vor, die belgische Pressfreiheit gegen uns zu mißbrauchen; Frankreich häuft Beschwerden gegen Belgien, weil dieses deutsche Verwundete und Lebensmittel durchlasse, während den flüchtigen Franzosen die Rückkehr nach Frankreich verwehrt werde und sie interniert werden.

28. Dezember. Der König erhält ein Belobigungstelegramm aus der Köpenicker Straße, weil wir die Beschießung endlich begonnen haben. Ich entwerfe mit dem Großherzog von Baden eine Proclamation für Kaiser und Reich. Ersterer ist Nachfolger der deutschen Kaiser, aber ein durchaus Neues, wie 1848 das alte preußische Königtum unterging, um als verfassungsmäßiges aufzuerstehen, während Titel und Form blieben. Heute vor einem Jahre teilte mir Napoleon mit, daß Ollivier Premier geworden. Bismarck äußert sich sehr anerkennend über Leopolds Brief und bittet in meiner Antwort

auf die Bürgschaft zu verweisen, welche Belgien durch ein starkes Deutschland gewinne, von dem es nie etwas zu fürchten habe, und so lange dieses stark, auch nicht von Frankreich.

31. Dezember. Der König erklärt, zu morgen keine öffentliche Kundgebung zu wollen, weil Bayern noch nicht zugestimmt, Delbrück dagegen meldet, heute abend werde in Berlin die gedruckte Reichsverfassung erscheinen, die mit dem morgenden Tage, als solche Kaiser und Reich verkündend, in Kraft trete. Bismarck, den ich im Bett finde und dessen Zimmer einer wahren Kumpelkammer gleicht, erklärt, ohne Bayerns Zutritt keine Inaugurierung vornehmen zu können. Ich bat ihn dann, doch den historischen 18. Januar ins Auge zu fassen, was ihm zuzusagen schien. Es ist uns unmöglich, auf Elsaß-Lothringen zu verzichten, wenngleich der Gewinn des letzteren prefär.

IV. 1871.

1. Januar. Der König begrüßt mich ernst und freundlich bewegt mit dem Wunsche, daß es mir dereinst vergönnt sein möge, die Friedenssaat der jetzigen Arbeit zu erleben. Er könne sich freilich nicht denken, daß die dauernde Einigung Deutschlands bestehen bleiben werde, da leider die wenigsten

Fürsten so handelten und gesonnen seien, wie es zu wünschen wäre, und denen der Großherzog * ein so edles Beispiel gebe. — Ich frage Delbrück, wie Marine, Telegraphen-, Zoll-, Postwesen bezeichnet würden? „Kaiserlich“ Und das Heer? „Ja, das sei so eine Sache“; worauf ich Delbrück zu dem kunstvoll gefertigten Chaos Glück wünsche. Meisterhafter Toast des Großherzogs auf König Wilhelm den Siegreichen, indem er des durch das amtliche Erscheinen der Verfassung heute in Kraft tretenden Reiches gedachte, dem Se. Majestät nicht eher die Krone aufsetzen wollte, als bis sämtliche Stämme ihre Zustimmung erteilt. Großer Eindruck.

2. Januar. Warmer Brief von Albrecht jun.**: „Möchte diese letzte und höchste erreichbare Stufe unserem Hause zum Heile gereichen und es ihm gelingen, das, was es für Brandenburg und Preußen bereits war und ist, auch für ganz Deutschland zu werden.“

4. Januar. Noon verbietet das Austeilen der Volkszeitung. Erster Beschießungstag, was werden die Berliner Weisen sagen, wenn nach 14 Tagen noch alles beim alten? Kritische Lage Werders. Bei meiner individuellen Abneigung gegen den

* von Baden.

** Prinzen von Preußen.

Krieg soll mir in diesem Riesenkampf nichts erspart bleiben; meine Abneigung gegen die Blutarbeit ist übrigens bekannt, ja man sagt mir, wie ich zu meiner stillen Freude vernehme, sogar nach, ich ließe überall, wo es nur irgendwie mit strenger Pflichterfüllung vereinbar sei, möglichst Schonung und Milde vorwalten.

8. Januar. Die brennenden Fragen sind: Behandlung des besiegten Paris, Waffenstillstand und Friedensbedingungen. Se. Majestät fordert Bismarck und mich zu Gutachten über die Insignien von Kaiser und Reich auf. Manteuffel kommt auf seinem Wege zur Südarmee, lobt das Eingreifen von Albrecht Sohn bei St. Quentin. Bismarck sagt mir zu, sich bei mir mit Moltke zu besprechen.

12. Januar. Ich mache den König darauf aufmerksam, daß Schleiniß über Kaiser und Reich gehört werden müsse; er antwortet, er sähe im Kaiser nur eine Umänderung des Präsidiums des Bundes und würde sich am liebsten „König von Preußen, erwählter Kaiser von Deutschland“ nennen, worin ich eine förmliche Beleidigung der Fürsten wie des Volkes erblicken würde.

13. Januar. Unterredung Bismarcks und Moltkes bei mir, lebhafte Debatte, der wortfarge Moltke wird beredt. Schleiniß herbeordert.

15. Januar. Werder fragt, ob er nicht besser täte, Belfort jetzt aufzugeben, weil er dennoch glaube, das Elsaß verteidigen zu können? Moltke las dies vor und fügte mit unerschütterlich eifriger Ruhe hinzu: „Ew. Majestät werden wohl genehmigen, daß dem General von Werder geantwortet werde, er habe einfach stehen zu bleiben und den Feind da zu schlagen, wo er ihn findet.“ Moltke erschien mir über alles Lob bewundernswürdig, in einer Sekunde hatte er die ganze Angelegenheit erledigt. Seine Antwort an Trochu wegen der Hospitäler war, wir würden sie schonen, sobald wir nahe genug, um sie zu unterscheiden. Der König ist endlich einverstanden mit der Proclamation am 18. in der Salles des glaces, aber will mit den Vorbereitungen nichts zu tun haben, auch nichts über Insignien bestimmen.

16. Januar. Werders Sieg in der Defensive, Manteuffel rückt an.

17. Januar. Nachmittags beim König eine Sitzung von Bismarck, Schleinitz und mir von drei Stunden in überheiztem Zimmer über Titel, Thronfolge usw. Bei Beratung des Titels bekennt Bismarck, daß bereits bei Beratung der Verfassung die bayerischen Bevollmächtigten das „Kaiser von

Deutschland" nicht hätten zulassen wollen, und daß er endlich ihnen zuliebe, aber allerdings ohne Se. Majestät vorher zu fragen, die Formel „Deutscher Kaiser" zugestanden habe. Diese Bezeichnung mißfiel dem König ebenso wie mir, aber vergeblich. Bismarck suchte zu beweisen, daß „Kaiser von Deutschland" eine Territorialmacht bedeute, die wir über das Reich gar nicht besäßen, während „Deutscher Kaiser" die natürliche Konsequenz des Imperator Romanus sei. Wir mußten uns fügen, jedoch soll im gewöhnlichen Sprachgebrauch das „von Deutschland" zur Anwendung kommen, die Anrede sein „Ew. Kaiserl. und Königl. Majestät", niemals das K. K. gebraucht werden. Da wir also bekennen, keine Territorialmacht über das Reich zu besitzen, so ist der Träger der Krone nebst seinem Erben gewissermaßen aus der königlichen Familie von Preußen allein herausgenommen und dadurch wird meine Ansicht hinfällig, daß unsere gesamte Familie den kaiserlichen Titel erhalten solle. Nun lange Debatte über das Verhältnis von Kaiser zu Kaiser, weil Se. Majestät der alten preussischen Tradition zuwider einen Kaiser höher stellt. Beide Minister widersprachen mit mir unter Berufung auf die Archive, wonach Friedrich I. bei Anerkennung des

Saren als Kaiser ausdrücklich hervorhob, daß derselbe niemals den Vorrang vor dem preußischen König haben dürfe. Friedrich Wilhelm I. habe selbst verlangt, bei Begegnung mit dem Deutschen Kaiser gleichzeitig mit demselben in ein Zelt einzutreten, das zwei Thüren besaß, und endlich hob Bismarck hervor, daß Friedrich Wilhelm IV. nur aus der bekannten, ihm persönlich eigentümlichen Demut vor Oesterreich das Prinzip der Unterordnung unter das erzhertzogliche Haus jenes Kaiserstaates eingeführt habe. Der König aber erklärte, daß, da Friedrich Wilhelm III. bei Begegnung mit Alexander I. bestimmt habe, daß letzterem als Kaiser der Vortritt gebühre, auch gegenwärtig der Wille des königlichen Vater für ihn maßgebend sei. Als indes im Laufe der Verhandlung bestimmt wurde, daß unsere Familie ihre gegenwärtige Stellung beibehalten solle, sprach der König doch wieder das Verlangen aus, die Gleichstellung derselben mit den kaiserlichen Häusern auszudrücken. Schließlich ward nichts hierüber festgesetzt und der Beschluß bis zum Frieden oder einer etwaigen Krönung aufgeschoben. Von Reichsministern war keine Rede, Bismarck wird Reichskanzler, wiewohl ihm die gleichnamige Bezeichnung mit Beust so zuwider, daß er rief, er käme dadurch in eine zu schlechte Gesellschaft. Die

Reichsfarben machten wenig Bedenken, da, wie der König sagte, sie nicht aus dem Straßenschmutz entstiegen; doch werde er die Kokarde nur neben der preußischen dulden, er verbat sich die Zumutung, von einem kaiserlichen Heere zu hören, die Marine aber möge kaiserlich genannt werden; man sah, wie schwer es ihm wurde, morgen von dem alten Preußen, an dem er so festhält, Abschied nehmen zu müssen. Als ich auf die Hausgeschichte hinwies, wie wir vom Burggrafen zum Kurfürsten und dann zum König gestiegen seien, wie auch Friedrich I. ein Scheinkönigtum geübt und dasselbe doch so mächtig geworden, daß uns jetzt die Kaiserwürde zufalle, erwiderte er: „Mein Sohn ist mit ganzer Seele bei dem neuen Stand der Dinge, während ich mir nicht ein Haar breit daraus mache und nur zu Preußen halte. Ich sage, er wie seine Nachkommen seien berufen, das gegenwärtig hergestellte Reich zur Wahrheit zu machen.“

18. Januar. Meine und meiner Frau Aufgabe ist doppelt schwer geworden, aber ich heiße sie darum auch doppelt willkommen, weil ich vor keiner Schwierigkeit zurückschreke, ferner weil ich wohl fühle, daß es mir an frischem Mut nicht fehlt, furchtlos und beharrlich einst die Arbeit zu übernehmen, und endlich, weil ich der Überzeugung bin,

daß es sich nicht umsonst so fügte, daß ich zwischen 30 und 40 Jahren wiederholt berufen war, die allerwichtigsten Entschlüsse zu fassen und, den damit verknüpften Gefahren ins Antlitz schauend, dieselben auch durchzuführen. Die langjährigen Hoffnungen unserer Voreltern, die Träume deutscher Dichtungen sind erfüllt und, befreit von den Schlacken des heiligen römischen Unsegens, steigt ein an Haupt und Gliedern reformirtes Reich unter dem alten Namen und dem 1000 jährigen Abzeichen aus 60 jähriger Nacht hervor. — Die gute Nachricht von Werders Sieg bei Chenévières wirkt auf den König erleichternd; als Moltke die Depesche eben verlesen hatte, erklang die Musik, welche die 60 Standarten geleitete, dieser Anblick stimmte ihn heiterer, ich hatte, auf diesen Eindruck rechnend, befohlen, daß der Umweg gemacht werde und der Zug gerade zur Vortragsstunde vor der Präfektur vorbeikommen mußte. Ein Sonnenstrahl durchbrach in diesem Augenblick die Wolken. Die Feier war einzig, ihr volles Gewicht wird uns erst im Laufe der Zeit bewußt werden; es fehlten nur Albrecht sen. und jun., die vor dem Feinde stehen, und der Fürst von Hohenzollern, der, kränzlich, der Erfüllung seiner heißesten Wünsche nicht beiwohnen konnte. Die Ansage des Hofmarschallamtes war „die Feier des

Ordensfestes findet statt" usw. Da das Kommando, der „Helm ab zum Gebet“, vergessen, mußte ich es selber laut geben; das „einfache Gebet“ bestand in einer Strafrede auf Ludwig XIV., sowie einer historisch-religiösen Abhandlung über die Bedeutung des 18. Januar, der Schluß war wieder besser. Nachdem Se. Majestät eine kurze Ansprache an die deutschen Souveräne verlesen, trat Bismarck vor und verlas in tonloser, ja geschäftlicher Art die „Ansprache an das deutsche Volk“; bei den Worten „Mehrere des Reichs“ bemerkte ich eine zuckende Bewegung in der ganzen Versammlung, die sonst lautlos blieb. Nun trat der Großherzog von Baden mit der ihm so eigenen, natürlich ruhigen Würde vor und rief laut: „Es lebe Se. Kaiserl. Majestät, der Kaiser Wilhelm!“ — ich beugte ein Knie vor dem Kaiser und küßte ihm die Hand, worauf er mich aufhob und mit tiefer Bewegung umarmte. Darauf Kur. Beim Diner sagte Se. Majestät mir, ich solle von nun „Kaiserl. Hoheit“ angeredet werden, wenn ihm mein Titel auch noch nicht bekannt sei. Abends waren sämtliche Fürsten bei mir, die Versailler verstanden die Sache so, als werde der König zum Kaiser von Frankreich ausgerufen. Die erste Anrede „Kaiserl. Hoheit“ erschreckte mich förmlich.

V.

20. Januar. Beim Familiendiner werde ich herausgerufen; der Comte d'Héricourt ist von Trochu gesandt, um einen Waffenstillstand oder doch wenigstens 48 stündige Waffenruhe zu erbitten. Sobald ich dies dem Kaiser meldete, sah er mich einen Augenblick starr an, denn wir beide fühlten instinktiv, daß ein solcher Schritt der Vorläufer großer Dinge sein müsse. Ich lasse sofort Bismarck benachrichtigen, der es ebenso ansieht; wir fahren zu diesem, um die Antwort zu besprechen, die dahin lautet, daß die Vorposten sich über die Bestattung * in gewohnter Weise zu vereinbaren hätten, alles andere könne nur schriftlich verhandelt werden.

22. Januar. Heute zuerst im Gebet das „Kaiser und König“. Der Kaiser hat zu seiner Umgebung gesagt, er bleibe nach wie vor ihr König. Da es keine Reichsminister geben wird, wofür ich Roggenbach empfohlen hätte, sähe ich ihn gerne im Elsaß verwendet, wo er gründlich Bescheid weiß. Man muß Nichtpreußen heranziehen, aber der Kaiser wird nicht davon hören wollen.

23. Januar. Abends erhalte ich eine Kabinettsofder über meinen Titel, das ist Nebensache neben

* der Toten.

seiner inneren Bedeutung, ich fühle mich nur noch als Deutscher, kenne keinen Unterschied mehr zwischen Bayer, Badenser und wie sich sonst die Bewohner der 33 Vaterländer nennen, will mich aber keineswegs in die inneren Angelegenheiten derselben mischen oder dieselben ihrer Eigentümlichkeit berauben. Möchten alle Deutschen mich und meine Frau als die Ihrigen und nicht als norddeutsche Aufdringlinge betrachten! — Nachmittags erscheint plötzlich Favre und steigt bei Bismarck ab.

24. Januar. Höchste Aufregung. Bismarck bringt in einer Konferenz bei Sr. Majestät, der Koltke, Roon und ich beiwohnen, vor, daß Favre Waffenstillstand schließen, die Forts ausliefern und die Waffen strecken wolle; er gesteht, daß in Paris Hunger herrsche und „qu'une sédition a éclaté“, Trochu sei zurückgetreten und nur noch „président de la défense“. Favre fürchtet die Rückkehr und entwickelt bei Bismarcks Souper einen Wolfshunger. Es wurde uns Schweigen auferlegt, aber Bismarck, vom Kaiser kommend, pfiff Halali, was für Lehdorff genug war.

25. Januar. Favre ist wieder da, ist, wie Bismarck behauptet, ein für drei Personen bestimmtes Diner allein und soll sich gestern Spitzgänse mitgenommen haben.

26. Januar. Konferenz bei Sr. Majestät für einen Waffenstillstand bis 19. Februar mit Ausnahme des Jura, Demarkationslinie von 10 Kilometer, Konstituante *, die Forts werden ausgeliefert, mit Ausnahme von Vincennes, das Staatsgefängnis ist. Vor Ablauf des Waffenstillstandes gehen die Deutschen nicht nach Paris hinein, was den König zornig macht; es geht aber nicht anders, weil niemand für die Sicherheit der Fremden bei der Erbitterung der Pariser eintreten will. Die Enceinte wird desarmiert, die Geschützlafetten werden entfernt, die Kanonenrohre bleiben, da sie nicht transportierbar, die Waffenstreckung erfolgt mit Ausnahme von 12 000 Mann für Aufrechterhaltung der Ordnung; sobald der Waffenstillstand ohne Friedensschluß abläuft, ist alles kriegsgefangen. Favre entschuldigt sich, ohne militärische Begleiter zu kommen; Trochu habe geschworen, nicht zu kapitulieren, Vinoy könne es nicht, nachdem er erst das Kommando angetreten, und Ducrot ** wäre wohl nicht angenommen!

27. Januar. Heute Wilhelms *** dreizehnter Ge-

* neugewählte verfassunggebende französische Volksvertretung.

** französischer General, der unter Bruch des Ehrenworts aus der deutschen Gefangenschaft entflohen war.

*** des ältesten Sohnes des Kronprinzen.

burtstag. Möge er ein tüchtiger, rechtschaffener, treuer und wahrer Mensch werden, ein echt deutscher Mann, der das Angebahnte vorurteilsfrei weiterführt. Gottlob ist zwischen ihm und uns ein einfaches, natürlich herzliches Verhältnis, dessen Erhaltung unser Streben, damit er uns stets als seine wahren, besten Freunde betrachte. Der Gedanke ist förmlich beängstigend, wenn man sich klar macht, welche Hoffnungen bereits jetzt auf das Haupt dieses Kindes gesetzt werden und wieviel Verantwortung vor dem Vaterlande wir bei Leitung seiner Erziehung zu tragen haben, während äußere Familien- und Rangrückichten, Berliner Hofleben und viele andere Dinge seine Erziehung so bedeutend erschweren. — Favre ist wieder da mit Beaufort d'Hautpoul, der angeheitert kommt und sehr des Guten zuviel tut, so daß schwer verhandeln und Favre höchst verlegen ist. Als die feindlichen Vorposten an der Sèvresbrücke Favres Reisezweck erfuhren, tanzten sofort Offiziere und Mannschaften Cancan auf der Brücke miteinander.

28. Januar. Fordenbeck bei mir.

30. Januar. Besuch des Valérien, schauerlicher Schmutz in den Forts, die Geschütze werden gegen Paris gewendet, die Franzosen teilen uns offen alle Minen mit. Favre ist durchaus loyal, Gambetta

soll Millionen in Sicherheit gebracht haben, wie aus Oppenheimschen Bankierkreisen verlautet.

2. Februar. Bismarck sagt, er komme sich in diesen Tagen vor, als sei er auch mindestens im Dienste Frankreichs, weil nun auch jeder Franzose ihn um Rat frage.

6. Februar. Gerücht von vorbereiteten Geschenken zu Hause für uns, was ich sofort ablehne. Der Großherzog von Baden schlägt vor, die deutschen Fürsten sollten dem Kaiser ein lebensgroßes Gemälde der Kaiserproklamation schenken, Werner * war dabei.

7. Februar. Friedensbedingungen. Delbrück will nichts von Kolonien und Kriegsschiffen hören. Friedrich Karl bei mir, führt eine Rohr-Reitgerte mit goldenem Knopf, um welche eine schwarz-silberne Quaste gewickelt ist, wie die österreichischen Feldmarschälle haben, trägt sie aber nicht vor dem König.

8. Februar. Bismarck findet Favre gemäßigt und gedrückt, aber so geschäftskundig und schwerfällig, daß die dringendsten Antworten oft tagelang ausbleiben, weil er die Hälfte vergißt.

* der Maler Anton von Werner.

14. Februar. Kardinal Bonnechose, Erzbischof von Rouen, bei mir, fein gebildet, offen; nachdem er sich vorsichtig umgesehen, ob sein Kaplan im Nebenzimmer ihn auch nicht hören kann, brachte er die Frage der Kontribution vor und kam dann auf die Lage des Papstes. Er hofft durch die Herstellung des Kaisertums dem Papst den ihm durchaus nötigen Länderbesitz wiederzugeben und Italien auf Lombardei und Venetien zu beschränken, den König von Neapel und den Großherzog von Toskana wieder einzusetzen, für ersteres werde Rußland, für letzteres Österreich eintreten, während Deutschland durch seinen Kaiser die Revolution niederzuhalten wissen werde, so daß es hierdurch gleichzeitig Frankreich einen Dienst erweise, weil sonst sicher nach Abzug unserer Truppen Unarchie ausbreche. Auf meine Frage, wie denn das alles zu bewerkstelligen sein solle, meinte er, durch einen Kongreß. Selbst Konvertit, spricht er milde über die Evangelischen.

15. Februar. Fräulein v. Derken macht aus Stettin haarsträubende Mitteilungen über das Unwesen der freiwilligen Krankenpflege.

16. Februar. Russell bedauert die eingeschlagene englische Politik, England konnte durch entschiedene

Sprache den Krieg hindern, bei dieser Politik wird es zu einer Macht zweiten Ranges herabsinken; zu hoffen sei aber, daß, da Englands Krimallierter * sich von ihm abwendet, es sich bei Deutschland Ersatz suche. — In Paris spricht man von Vermietung der Fenster für unseren Einzug.

17. Februar. Mit Eulenburg, Mischke, Winterfeld und Hahnke nach Orléans, sehe dort Dupanloup ** vor seiner Abreise zur Konstituante, alter artiger Herr, aber etwas viel Phrasen. Blois, herrliches Schloß in Renaissance; nie sah ich solchen Reichtum von Schnitzerei, feiner Steinarbeit, geschickter Verwertung von Namenszügen und Wappenteilen, sowie kunstvoll gehaltenen Knoten und Schnüren, und alles dies stammt aus der blutigsten Periode der französischen Geschichte.

18. Februar. Chambord, inwendig kahl, Bild eines verbannten Fürsten. Chaumont, dem streng legitimistischen Comte Walsh gehörig, ganz im Stil möbliert, gar kein Raritätenkabinett. Amboise, Chenonceaux, der Mad. Pelouse, geb. Wilson, gehörig. Abends in Tours, wo mich Friedrich Karl als Feldmarschall behandeln ließ, was darin bestand,

* Frankreich.

** Erzbischof.

daß einer seiner Adjutanten mir bis zur dritten Stufe entgegenkam und dort feststehen blieb, worauf mein Vetter mich ausdrücklich aufmerksam machte, da ich es natürlich nicht bemerkte. Seine Reitgerte verläßt ihn auch im Hause nicht.

20. Februar. Zurück, Thiers angekommen.

21. Februar. Ich meine, Meß könne allenfalls geopfert werden, Bismarck stimmt mir zu, besorgt aber, den militärischen Forderungen gegenüber den Kürzeren zu ziehen. Eine Krönung würde den 18. Januar nur abschwächen.

22. Februar. Ich empfangе Thiers, er betont, daß Frankreich sich nach Frieden sehne, aber die Pariser großes Gewicht auf das Nichtbetreten der Hauptstadt legen, auch Exzesse und Demonstrationen zu befürchten seien. Was die Landesabtretung betreffe, so sei schon die des Elsasses hart, aber kein Franzose werde sich zur Abtretung Lothringens herbeilassen, 6 Milliarden seien unmöglich. Er wirft die meiste Schuld am Kriege auf Napoleon III., äußert sich scharf über Gambetta, die freigewählte Konstituante sei der wahre Ausdruck des Volkes. Schmeichelhafte Worte über den Ruf, den ich mir in Frankreich erworben; anerkennt, daß der Kaiser in der Präfektur wohne und das Schloß den Ver-

wundeten überlasse. Er sprach mit wenig Modulation, meist mit niedergeschlagenen Augen, resigniert, durchaus taktvoll, fließend, ohne Manier und Phrase. Als ich sprach, schaute er mich mit glänzenden klugen Augen durch große scharfe Brillengläser prüfend und gerade an. Sein Äußeres ist wie das eines rüstigen Rentiers.

23. Februar. Der nächste Beruf im Frieden ist die Lösung der sozialen Fragen, die ich gründlich erforschen werde. Es heißt, daß der König von Württemberg komme.

24. Februar. Nach Dreux, Erbbegräbnis der Orléans, seltsame Mischung von gotischem und griechischem Stil, Louis Philippe u. a. als Heilige auf Glasgemälden. Widersprechende Gerüchte über die Verhandlungen, Idee Luxemburg statt Metz zu gewinnen.

25. Februar. Zum gewöhnlichen Vortrag kommend, fragte mich der Kaiser gleich, was ich denn zum unglaublichen Ergebnis der gestrigen Unterhandlung sage, die bis in die Nacht gedauert hatte? Als ich ihn ganz verduzt ansah, weil wie gewöhnlich niemand für gut befunden, mir etwas mitzuteilen, wollte er es mir nicht glauben. Thiers wollte auf Bismarcks Verlangen, uns Luxemburg zu

schaffen, nicht eingehen, worauf dann die Alternative Mex oder Belfort gestellt ward, bei welcher Bismarck für Mex den Ausschlag gab. Thiers hat viel geredet, bis Bismarck die Geduld verlor und nicht allein heftig ward, sondern ihn sogar deutsch anredete; Thiers beklagte sich über Grausamkeit, Bismarck über die Sendung eines Greises, gegen den er schwerlich ausfallend werden könne. Bray, Mittnacht und Jolly können als Zeugen die Überlegenheit Bismarcks nicht genug rühmen, Thiers' Geschäftsunkenntnis hat ihn stets in Nachteil gebracht. Unsere Erfolge sind ungeheuer, wie auch Russell sagt.

26. Februar. Unterzeichnung. Wo finden sich die Männer, welche mit richtigem Blick die wahren Prinzipien aufzustellen vermögen, um diesen Erfolgen zur Seite zu stehen? Der Kaiser bringt die Nachricht, daß, nachdem noch den ganzen Tag unterhandelt, um 5 Uhr gezeichnet ist, umarmt mich, Moltke und Roon. Als ich Bismarck meine Überraschung über die Nichtmitteilung ausspreche, entschuldigt er sich mit der späten Stunde und der gänzlichen Erschöpfung seiner Beamten. Er gestand, daß die große Scheu, vor unseren Militärs das Aufgeben von Mex zu rechtfertigen, ihn hauptsächlich bestimmt, an diesem Waffenplatz festzuhalten.

27. Februar. Der König von Württemberg abends bei mir rauchend, überaus höflich mit allen, die ich ihm vorstelle.

28. Februar. Ich werde die Parade von 30 000 Mann in Longchamps kommandieren, gerade da, wo 1867 die französische Revue stattfand, auf die Berezowskis Attentat * folgte.

1. März. Kaiserin Eugenie telegraphiert dem Kaiser im Namen aller Mütter und Kinder, das Einrücken der Truppen wegen des unvermeidlichen Blutbades noch zu hindern.

2. März. Ratifikation erfolgt. Favre hatte schon früh telegraphiert und war dann selbst gekommen, da aber Bismarck noch zu Bett lag, ward er nicht vorgelassen, so daß er nur schriftlich die Mitteilung wiederholen konnte, worauf der Bescheid erfolgte, man verlange das Originaldokument. Der Kaiser bedauert, daß nun die Gardes nicht in die Stadt kämen, aber Moltke und Roon raten dringend strikte Einhaltung der Bedingungen. Ich fuhr mit dem Großherzog in das ganz ausgestorbene Bois de Boulogne, wir verfuhrten uns und befanden uns plötzlich am Arc de l'Etoile, wir entschlossen uns,

* eines Polen gegen Napoleon 3.

nach Paris hineinzugehen. Fuhren über die Champs Elysées, die voll Soldaten neben der Stadtbevölkerung. Die Frauen waren in Trauer, doch neugierig, die Stadtstatuen mit Florbinden, sonst alles wie sonst.

3. März. Bleichröder über die Geschäftsunkunde der Franzosen, Bismarck sehr schroff gegen Rothschild, der ihn zuerst französisch anredet.

4. März. Nach Chartres, wo die Gotik zur Welt gekommen, namentlich ist die Behandlung menschlicher Figuren merkwürdig, deren eigentümliche Steifheit sich den architektonischen Formen anschmiegt. Harry Arnim, der Graf geworden, sagt, der Vatikan sei ein Narrenhaus und nicht der Sammelpunkt alles Scharffinnes. Russell verabschiedet sich, voll Rührung über die Art, wie Se. Majestät ihn entlassen, sein Aufenthalt war ein wahrer Segen.

6. März. Ich suche Bismarck für Roggenbach als Statthalter des Elsaß zu gewinnen, fiel aber ganz damit durch.

7. März. Ferrières. Selbst der größte Unverstand wird nicht mehr das Erreichte rückgängig machen. Ich zweifle an der Aufrichtigkeit für den freiheitlichen Ausbau des Reiches und glaube, daß nur eine neue Zeit, die einst mit mir rechnet, solches

erleben wird. Solche Erfahrungen, wie ich sie seit zehn Jahren gesammelt, können nicht umsonst gewonnen sein. In der nunmehr geeinten Nation werde ich einen starken Anhalt für meine Gesinnungen finden, zumal ich der erste Fürst sein werde, der, den verfassungsmäßigen Einrichtungen ohne allen Rückhalt ehrlich zugetan, vor sein Volk zu treten hat. Mehr als je gedenke ich gerade in diesen Tagen des Spruches: „Wer den Sinn auf das Ganze hält gerichtet, dem ist der Streit in der Brust schon längst geschlichtet.“ Ich bringe nicht Gesinnungen des Hasses gegen die Franzosen mit, vielmehr Streben nach Versöhnlichkeit.

8. März. Ruhe. Lustwandle mit Stosch. Rothschild hat ohne System Luxusgegenstände aufgehäuft. Bismarck soll Fürst, Moltke Feldmarschall werden. Granville, Triqueti und Hyacinthe werden in Briefen meinem Charakter gerecht, abgesehen vom Militärischen, wo der Augenblick entscheidet. Was sittlichen Ernst und politische Überzeugung betrifft, so kann dies nur das Ergebnis innerer Reise und innerer Kämpfe sein, welche man täglich fortzusehen hat und für die man selbst allein einstehen muß. Und wenn ich sehe, daß mein Streben für die Bedrängten in Deutschland und bei seinen Nachbarn derart anerkannt wird, daß man Vertrauen zu

meiner Zukunft gewinnt, so macht mich das glücklich.
— Napoleon sucht im stillen Annäherung an uns,
Ermäßigung der Friedensbedingungen gegen Ver-
sprechen eines gemeinsamen Krieges gegen England.

11. März. Statt des Kaisers nach Rouen, in
Amiens kommt der brave Göben. Die Gotik hat
hier bereits viel von der englischen angenommen.

12. März. Nach Hause, nach fast neunmonat-
licher Trennung.

Von Eduard Engel sind ferner erschienen:

Im Verlag von F. Tempky in Wien und Leipzig:

- Deutsche Stilkunst. 30. Aufl. 37.—46. Tausend. geb. M. 9,—
 Geschichte der deutschen Literatur von den Anfängen bis zur
 Gegenwart. 22. Aufl. 65. Tausend. 2 Bde. geb. M. 27,50
 Geschichte der deutschen Literatur des 19. Jahrhunderts und
 der Gegenwart. 5. Auflage geb. M. 14,—
 Kurzgefaßte deutsche Literaturgeschichte. 24.—33. Auflage.
 geb. M. 4,—

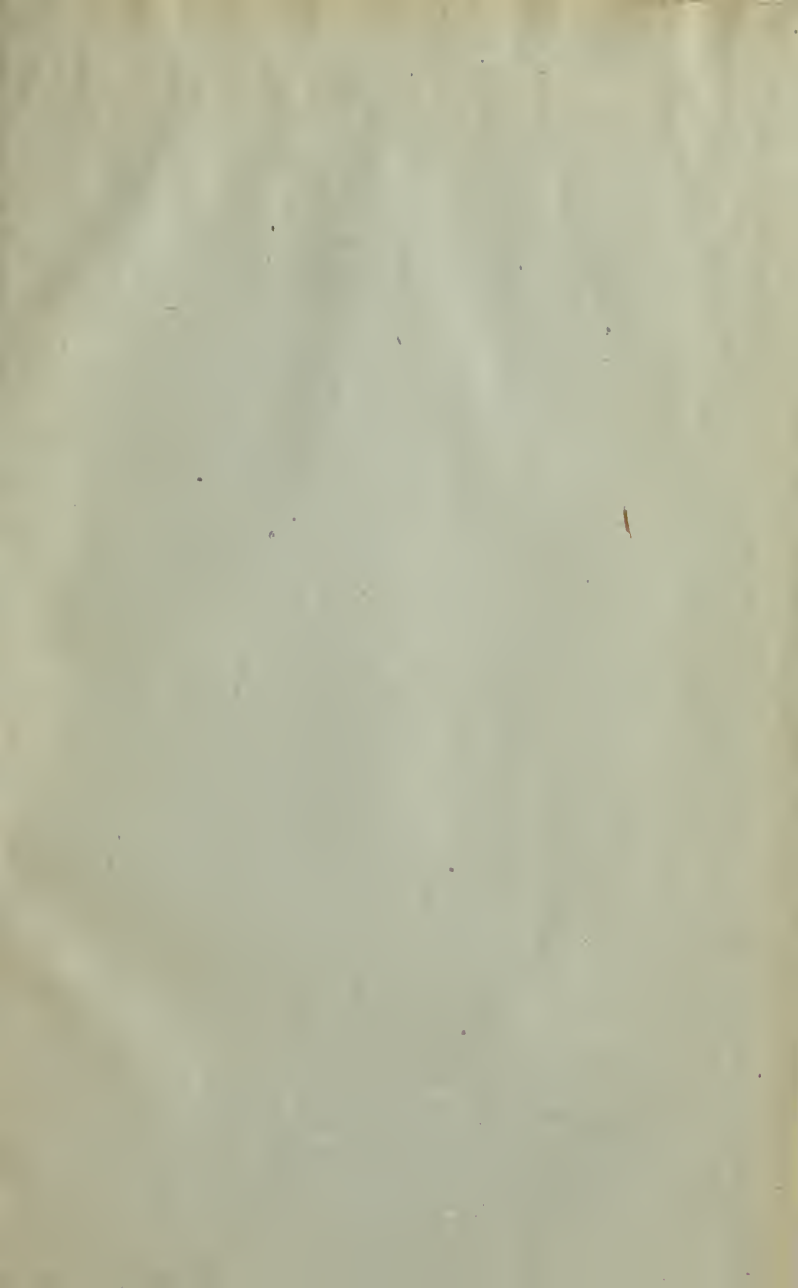
Im Verlag von Hesse & Becker in Leipzig:

- Sprich Deutsch! 40. Tausend M. 2,50
 Entwelschung. 25. Tausend M. 3,60
 Gutes Deutsch. 17. Tausend M. 4,—
 Deutsche Sprachschöpfer. 1.—5. Tausend M. 3,50

Im Verlag von Fr. Brandstetter in Leipzig:

- Geschichte der französischen Literatur von ihren Anfängen bis
 auf die neueste Zeit. Mit 31 Bildnissen. 8. Auflage. VI
 und 587 S. M. 6,—, geb. M. 7,25
 Geschichte der englischen Literatur von den Anfängen bis zur
 Gegenwart. Mit 1 Anhang: Die nordamerik. Literatur.
 Mit 1 Bildnis. 8. Aufl. XI u. 618 S. M. 6,—, geb. M. 7,25
 Geschichte der nordamerikanischen Literatur. 2. Auflage. (In
 neuer Bearbeitung.) 84 S. M. 0,75
 William Shakespeares Leben und Werke. 3. umgearbeitete
 Auflage. Mit Bildnis. 77 S. geb. M. 1,20
 Die Heimat des Odysseus: Lewkas oder Ithaka. Eine wissen-
 schaftliche Untersuchung. Mit Karte. 48 S. . M. 1,—
 Shakespeare-Rätsel. 3. Auflage.

- Novellensammlungen: Parastewula. (Stuttgart, Cotta.) —
 Des Lebens Würfelspiel. (Stuttgart, Union.)
 Griechische Frühlingstage. 3. Auflage. (Jena, Costenoble.)
 Die Aussprache des Griechischen. (Jena, Costenoble.)
 Byron. Tagebücher und Briefe. 4. Aufl. (Berlin, H. Simion.)
 Psychologie der französischen Literatur. 5. Aufl. (Neubearbei-
 tung erscheint demnächst im Verlage von H. Diekmann, Halle.)
 Goethe. Der Mann und das Werk. 10. Auflage. (Braun-
 schweig, G. Westermann) geb. M. 12,—
 Deutsche Meisterprosa. 6.—10. Tausend. (Braunschweig, G.
 Westermann) geb. M. 4,50
 1914/19. Ein Tagebuch. 6.—10. Tausend. (Braunschweig,
 G. Westermann) Heft 70 Pf.



This book is DUE on the last date stamped below

APR -2 1946 *dp*

DC
285 Friedrich
F91ka III -
Kaiser
Friedrichs tage-
buch.

UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY



AA 000 234 030 5

~~Dr. Ludwig~~
~~Meyer~~

DC
285
F91ka

UNIVERSITY of CALIFORNIA
AT
LOS ANGELES
LIBRARY

